

Daten + Analysen

Quartalsheft



I 2003



Zeichenerklärung

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden (genau null)
- = Zahlenwert unbekannt oder geheim zuhalten
- ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- r = berichtigte Zahl
- D = Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)

Impressum

Schriftleitung:

Dezernat 215

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Analysen,
Wahlen, Dienstleistungen und Handwerk

Torsten Haseloff

Telefon: 0331 39 - 465

E-Mail: Torsten.Haseloff@lds.brandenburg.de

Herausgeber:

Landesbetrieb für Datenverarbeitung
und Statistik

Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam

Dortustraße 46, 14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444

Fax: 0331 39 - 418

Internet: www.lds-bb.de/lds/

E-Mail: Info@lds.brandenburg.de

ISSN 1617 - 2809

Erschienen im April 2003

Preis: 4,00 EUR

Auskünfte und Vertrieb

Informationsservice

Tel. 0331 39 - 444

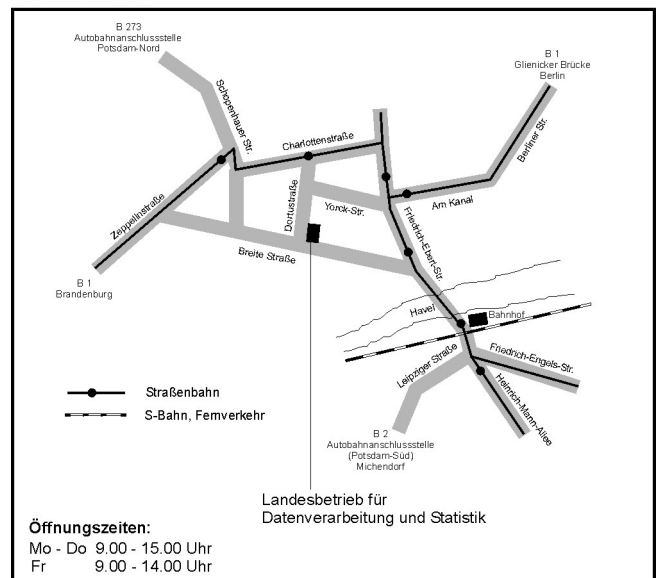
Fax. 0331 39 - 418

Vertrieb

Tel. 0331 39 - 497

Fax. 0331 39 - 418

So finden Sie uns:



© Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, 2003

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.



Daten + Analysen

I 2003

Inhalt

Seite

Kurz + Aktuell	5
-----------------------------	----------

Wussten Sie schon...?	14
------------------------------------	-----------

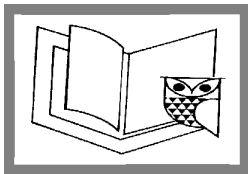
Amtliche Statistik kooperiert mit der Wissenschaft FiDAST – ein Forschungsprojekt	14
Sie wünschen Datenmaterial in gedruckter oder digitaler Form?	16

Beiträge	17
-----------------------	-----------

54. Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts (ISI) vom 13. bis 20. August in Berlin.....	17
Abfallentsorgung im Land Brandenburg 1997 bis 2000	23
Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003.....	28
Gemeindestrukturreform im Land Brandenburg	34
Schwerbehinderte im Land Brandenburg am Jahresende 2001	40
„Statistik-Online“ – Datenerhebung via Internet –.....	45
Eine Haushaltsprognose für das Land Brandenburg – Stand der Vorbereitungen –	48

Aus Brandenburg

Weniger Auszubildende in Brandenburg



Ende des Jahres 2002 befanden sich im Land Brandenburg nach vorläufigen Ergebnissen der Berufsbildungsstatistik insgesamt 52 784 Jugendliche, darunter 20 076 junge Frauen in

einem betrieblichen, betriebsnahen bzw. außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnis.

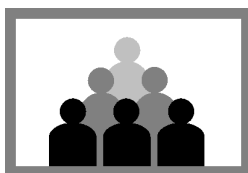
Insgesamt waren das 2 594 Auszubildende bzw. 4,7 Prozent weniger als vor Jahresfrist. Dieser Rückgang wird vor allem durch den Ausbildungsbereich Handwerk (- 1 945) verursacht, in dem seit 1998 jährlich die höchste Abnahme der Auszubildenden zu verzeichnen ist.

Die Gesamtzahl der Auszubildenden verteilt sich auf die einzelnen Ausbildungsbereiche wie folgt: Industrie und Handel: 28 830; Handwerk: 16 899; Landwirtschaft: 2 342; Hauswirtschaft: 549; Öffentlicher Dienst: 1 597 und Freie Berufe: 2 567 Auszubildende.

Auch die Zahl der Auszubildenden, die sich Ende 2002 im 1. Ausbildungsjahr befanden, war weiterhin rückläufig; gegenüber dem Vorjahr um 683, gegenüber 2000 um fast 1 400. Rückgänge gegenüber dem Vorjahr sind vor allem in den Ausbildungsbereichen Handwerk um 424 Auszubildende sowie im Bereich Industrie und Handel um 177 zu verzeichnen.

Insgesamt waren 34 625 Auszubildende in einem betrieblichen Ausbildungsverhältnis (65,6 Prozent) und 18 159 Auszubildende Ende 2002 in einem außerbetrieblichen oder betriebsnahen Ausbildungsverhältnis (34,4 Prozent) registriert.

Die meisten Ehescheidungen im 13. Ehejahr



Im Jahr 2002 wurden im Land Brandenburg 5 829 Ehen von den 25 zuständigen Familiengerichten geschieden. Das waren 214 Ehescheidungen (3,5 Prozent) weniger als im Jahr 2001.

Bei mehr als der Hälfte aller Scheidungen sind Kinder unter 18 Jahren betroffen. Gleichzeitig sank die Zahl der von der Scheidung betroffenen minderjährigen Kinder um 606 (13 Prozent) auf 4 164 im Vergleich zu 2001. Diese Entwicklung ist hauptsächlich durch den Anstieg der Scheidungen

von Ehen ohne Kinder (um sechs Prozent bzw. 166 Scheidungen) zurückzuführen.

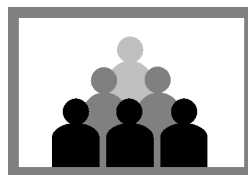
Fast ein Drittel (1 626) aller Scheidungen erfolgte nach einer Ehedauer von zwölf bis sechzehn Jahren. Die meisten Ehen (359) wurden im 13. Ehejahr geschieden, im verfluchten 7. Jahr waren es 276. Nach der Silberhochzeit trennten sich 705 Ehepaare (12 Prozent).

Wie in den vergangenen Jahren auch, wurden die Scheidungsanträge (64 Prozent) überwiegend von den Ehefrauen eingereicht. Nur zwei Prozent der Scheidungen wurden von beiden Partnern gemeinsam beantragt.

62 Prozent der Scheidungen erfolgte einverständlich nach einjähriger Trennung, 28 Prozent (1 614) wurden nicht einverständlich nach einjähriger Trennung geschieden.

Jeder 10. Scheidung ging eine dreijährige Trennung der Partner voraus.

Handys und Computer gehören zunehmend zum Alltag der privaten Haushalte



Bereits 70 Prozent der Brandenburger Privathaushalte besaßen Anfang 2002 ein Handy und in jedem zweiten Haushalt stand ein Personalcomputer (PC).

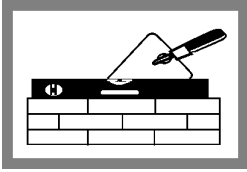
Die Ausstattung mit Handys nahm innerhalb eines Jahres um fast ein Drittel zu. Seit dem Jahr 2000 hat sich diese Ausstattung verdoppelt. Damit sind hier in den letzten beiden Jahren die höchsten Zuwachsraten bei der Ausstattung der Haushalte zu verzeichnen.

Auch die Ausstattung mit PC gehört immer mehr zum Standard der Haushalte. Dabei werden überwiegend stationäre Geräte genutzt. Mit zunehmender PC-Ausstattung erhöht sich auch die Nutzung des Internets. Jeder dritte Haushalt verfügte Anfang 2002 über einen Internetanschluss. Gegenüber 2001 bedeutet dies einen Zuwachs von 58 Prozent. Gegenüber 2000 hat sich diese Ausstattung fast verdreifacht.

Die Ausstattung mit ISDN-Anschlüssen nahm ebenfalls weiter zu. Jeder elfte Haushalt verfügt mittlerweile über einen solchen Anschluss.

Mit zunehmender Anzahl der im Haushalt lebenden Personen erhöht sich auch die Mehrfachausstattung mit bestimmten Gebrauchsgütern. So besaßen Haushalte ab drei und mehr Personen mehrere Handys. Jeder neunte Haushalt hat drei und mehr Geräte.

Im Jahr 2002 rund 14 000 Wohnungen fertig gestellt



Im Land Brandenburg meldeten die Bauaufsichtsbehörden im vergangenen Jahr 12 386 neue Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden als bezugsfertig. Dies entspricht gegenüber dem Jahr 2001 einem Rückgang von 1 981 Wohnungen bzw. 14 Prozent. Hierbei wurden 10 208 Wohnungen in neu errichteten Ein- und Zweifamilienhäusern und 1 830 Wohnungen im Geschossbau fertig gestellt. Im Jahr 2001 waren dies noch 11 270 bzw. 2 841 Wohnungen. In Nichtwohngebäuden entstanden darüber hinaus nochmals 348 Wohnungen (256 im Jahr 2001). Durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden sind weitere 1 594 Wohnungen geschaffen worden.

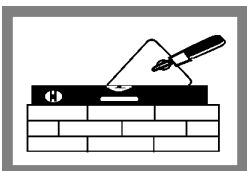
Die durchschnittliche Größe einer fertig gestellten Wohnung in neuen Wohngebäuden beträgt 108,2 m² Wohnfläche. Im Vorjahr lag dieser Wert bei 104,3 m².

Durch den Bauherrn wurden 2002 durchschnittlich 120 Tausend EUR Baukosten je Wohnung aufgewendet. Im Vorjahr betrug dieser Wert 117 Tausend EUR.

In den Brandenburger Gemeinden des engeren Verflechtungsraumes als Teil des gemeinsamen Planungsraumes mit Berlin wurden 8 461 Wohnungen zur Nutzung freigegeben. Das sind knapp zwei Drittel aller im Land Brandenburg im zurückliegenden Jahr fertig gestellten Wohnungen. Allerdings sind das 1 192 Wohnungen (- 12,3 Prozent) weniger als im Vorjahr.

In Ein- und Zweifamilienhäusern wurden 6 507 Wohnungen fertig gestellt. Nur 891 Wohnungen wurden in Mehrfamilienhäusern bezugsfertig.

2002 rückläufige Entwicklung im Bauhauptgewerbe



Der Betriebs- und Beschäftigtenabbau im Brandenburger Bauhauptgewerbe setzt sich im Jahr 2002 weiter fort. Die Anzahl der **Betriebe** von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen reduzierte sich um 105 (- 15,8 Prozent) auf 556 Betriebe gegenüber 2001. Die **Beschäftigtenzahl** ging um 4 629 (- 14,8 Prozent) auf 26 595 zurück.

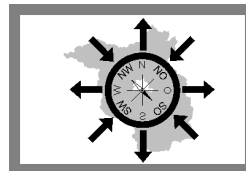
Die 556 Betriebe erwirtschafteten 2002 einen baugewerblichen **Umsatz** in Höhe von 2 632 Millionen EUR, 194 Millionen EUR (- 6,9 Prozent) weniger als im Vorjahr. Die Sparte gewerblicher und industrieller Tiefbau, die 2002 gegenüber 2001 ein Plus von 36 Millionen EUR (+ 8,0 Prozent) erzielte, konnte diesen Rückgang nicht kompensieren.

Der größte Umsatzrückgang ist beim Wohnungsbau mit 132 Millionen EUR (- 21,1 Prozent) eingetreten.

Die **Auftragseingänge** des Bauhauptgewerbes erreichten im Jahr 2002 mit insgesamt 2 221 Millionen EUR das Niveau des Vorjahres. Ein deutlicher Zuwachs an Auftragseingängen ist im gewerblichen und industriellen Tiefbau mit 74 Millionen EUR (+ 21,0 Prozent) zu verzeichnen.

Eine rückläufige Auftragsvergabe an Bauaufträgen ist im Wohnungsbau mit 87 Millionen EUR (- 18,8 Prozent) und im Straßenbau mit 41 Millionen EUR (- 8,0 Prozent) festzustellen.

Exportsteigerung im Monat November 2002



Im November 2002 exportierte das Land Brandenburg Waren im Wert von über 412 Millionen EUR und erreichte damit das bisher höchste Monatsergebnis im Jahr 2002. Gegenüber Oktober 2002 konnten die Ausfuhren um mehr als 15 Millionen EUR (+ 3,8 Prozent) gesteigert werden. Das Ergebnis von November 2001 wurde um 0,4 Prozent übertroffen.

Das Exportvolumen stieg in den elf Monaten des Jahres 2002 auf einen Wert von 4,1 Milliarden EUR. Das Defizit zum vergleichbaren Vorjahreszeitraum konnte nur geringfügig abgebaut werden und betrug 142,6 Millionen EUR bzw. - 3,4 Prozent.

Während die Ernährungswirtschaft ein leichtes Plus (+ 0,8 Prozent) verbuchte, verfehlte die gewerbliche Wirtschaft das Vorjahresergebnis um 3,6 Prozent. Insbesondere lag die Ausfuhr von Enderzeugnissen um fast 300 Millionen EUR (- 11,7 Prozent) unter dem Vorjahresniveau. Allein der Export von Luftfahrzeugen ging um 273 Millionen EUR (- 37,2 Prozent) zurück. Trotzdem standen diese mit einem Anteil von 11,2 Prozent am Gesamtexport neben pharmazeutischen Erzeugnissen (12,2 Prozent) an der Spitze der Ausfuhrüter.

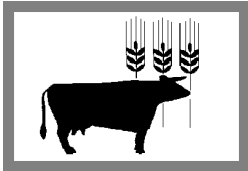
Hauptexportländer waren die Vereinigten Staaten, Polen und das Vereinigte Königreich, in die zusammen knapp ein Drittel der Brandenburger Ausfuhren gelangte.

Die Importe des Landes Brandenburg erreichten im Zeitraum Januar bis November 2002 einen Wert von 5,1 Milliarden EUR und lagen damit um 382 Millionen EUR bzw. 7 Prozent unter dem Ergebnis des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes.

Rückgänge waren ausnahmslos bei allen Warengruppen zu verzeichnen, u. a. auch bei Brandenburgs wichtigsten Importgütern Erdöl und Erdgas, Luftfahrzeugen sowie Per-

sonenkraftwagen und Wohnmobilen. Hauptlieferland blieb die Russische Föderation, gefolgt von Polen und Frankreich. Aus allen drei Ländern wurden mehr Waren eingeführt als im Vorjahr. Zusammen erreichten sie einen Anteil von 58 Prozent am Gesamtimport.

Höhere Milchleistung je Kuh



Im Jahr 2002 erzeugten die landwirtschaftlichen Betriebe Brandenburgs 1,33 Millionen Tonnen Kuhmilch. Das war etwas weniger als im Vorjahr.

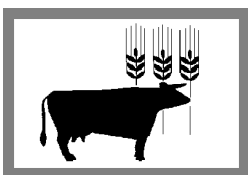
In den vergangenen Jahren war eine ständige Verringerung des Milchkuhbestandes festzustellen. Im November 2002 wurden noch rund 178 700 Milchkühe ermittelt. Das war der niedrigste Bestand seit mehr als 50 Jahren.

Die **Milchleistung je Kuh** erhöhte sich auf 7 338 Kilogramm. Das war der bisher höchste Wert im Land Brandenburg. Der Zuwachs zum Vorjahr betrug 214 Kilogramm bzw. drei Prozent.

Die im Landkreis Oder-Spree gehaltenen Kühe erzielten mit 7 814 Kilogramm je Kuh das höchste Ergebnis aller Kreise des Landes Brandenburg.

Die Milcherzeuger lieferten 96,4 Prozent der Milch an die Molkereien zur Weiterverarbeitung zu Trinkmilch, Käse, Butter, Joghurt und anderen milchtypischen Erzeugnissen. Die übrige Milch wurde hauptsächlich für die Jungviehaufzucht verwendet. Die Direktvermarktung der Milch bzw. die Verarbeitung unmittelbar im Landwirtschaftsbetrieb hat in Brandenburg nur eine geringe Bedeutung.

Sinkende Fleischerzeugung in Brandenburg



Die Schlachthöfe des Landes Brandenburg erzeugten im Jahr 2002 nach vorläufigen Angaben 164 600 Tonnen Fleisch, 900 Tonnen weniger als im Jahr 2001. Damit ist das niedrigste

Ergebnis der vergangenen fünf Jahre zu verzeichnen.

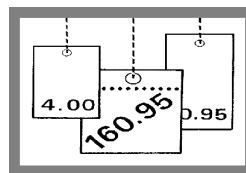
Hauptgrund des Rückgangs der Fleischerzeugung insgesamt war die niedrigste Schweinefleischerzeugung der vergangenen neun Jahre. Im Jahr 2002 betrug diese 97 000 Tonnen. Ursachen für die gesunkene Schweinefleischproduktion waren eine verminderte Anzahl geschlachteter Schweine aus heimischer Erzeugung und geringere Importe. Die Importe aus Dänemark und den Niederlanden waren um 42 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen.

Die Erzeugung von Rindfleisch betrug 18 800 Tonnen. Der Rückgang von 3,5 Prozent gegenüber 2001 war auf die gesunkene Anzahl geschlachteter Rinder und die Verringerung der durchschnittlichen Schlachtgewichte um 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen.

Die Erzeugung von Schaffleisch nahm mit fast 900 Tonnen nur einen geringen Umfang ein. Es wurden 50 600 Schafe geschlachtet. Das waren 4 Prozent weniger als im Jahr 2001.

Dagegen stieg die Geflügelfleischerzeugung wieder an. Mit 47 500 Tonnen Geflügelfleisch wurde das beste Ergebnis der letzten 13 Jahre nachgewiesen. Geflügelfleisch hatte einen Anteil von 29 Prozent an der Gesamtfleischerzeugung Brandenburgs. Hauptsächlich wurden Masthähnchen und Enten produziert.

Verbraucherpreisindex Land Brandenburg für die Monate Januar und Februar 2003



Ab Januar 2003 wird der Verbraucherpreisindex auf das neue Basisjahr 2000 umgestellt. Damit werden der Warenkorb und das Wägungsschema aktualisiert sowie methodische

und konzeptionelle Veränderungen wirksam, die einen deutlichen Einfluss auf die Veränderung des Indexverlaufs zur Preisbasis 2000 haben.

Die bisher veröffentlichten Preisreihen werden auf die neue Preisbasis umgerechnet. Für die ersten beiden Monate des Jahres 2003 ist nachfolgende Entwicklung des Verbraucherpreisindex charakteristisch.

Januar 2003: Zur neuen Preisbasis 2000=100 wurde für Januar 2003 ein Indexstand von 104,0 ermittelt. Gegenüber Dezember 2002 ist der Verbraucherpreisindex um 0,2 Prozent gestiegen. Zum Januar des Vorjahres betrug die Teuerung + 0,8 Prozent.

Die Gesamtentwicklung des Verbraucherpreisindex zum Vormonat wurde entscheidend von Preissenkungen bei Pauschalreisen (- 24,5 Prozent) sowie Miete für Ferienwohnungen (- 36,3 Prozent) beeinflusst, die im Januar 2003 wesentlich billiger als im Dezember 2002 angeboten wurden. Ohne Beachtung dieser Güter errechnet sich eine kurzfristige Teuerung von + 1,0 Prozent.

Entschieden teurer als im Vormonat waren saisonbedingt Frischobst und Frischgemüse. Darüber hinaus waren kräftige Preissteigerungen auf Grund von Steuererhöhungen bei Kraftstoffen, Strom, Gas, Heizöl sowie Tabakwaren zu verzeichnen.

Nennenswerte Preiszunahmen wurden auch im Dienstleistungsbereich (Dienstleistungen für soziale Zwecke, Bildungs-, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen) festgestellt.

Wesentlich günstiger als im Dezember 2002 wurden Bekleidung und Schuhe angeboten. Die Wohnungsmieten, die mit dem höchsten Wägungsanteil einen großen Einfluss auf den Verbraucherpreisindex haben, verzeichneten eine moderate Veränderung von + 0,1 Prozent.

Im Vergleich zum Januar 2002 betrug die Teuerung 0,8 Prozent. Sie lag damit aber deutlich unter dem Niveau der Vorjahre (Januar 2002/2001: + 2,3 Prozent, Januar 2001/2000: + 1,2 Prozent, Januar 2000/1999: + 1,9 Prozent). Mit Ausnahme von Frischobst und Frischgemüse wurde die jährliche Teuerung durch Preissteigerungen bei den Gütern verursacht, die auch die monatliche Erhöhung beeinflussten. Für Nahrungsmittel ist ein Rückgang der Preise zum Vorjahresmonat um 3,2 Prozent zu verzeichnen, was auf die wesentlich niedrigeren Preise bei Frischobst und Frischgemüse in diesem Jahr zurückzuführen ist.

Februar 2003: Im Monat Februar 2003 stieg der Verbraucherpreisindex um 0,4 Prozent auf einen Indexstand von 104,4. Die jährliche Teuerung gegenüber Februar 2002 betrug + 1,0 Prozent.

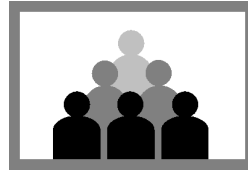
Im Vergleich zum Januar 2003 wurde die Erhöhung des Verbraucherpreisindex wesentlich durch Preisanstiege bei Heizöl (+ 8,7 Prozent), Kraftstoffen (+ 4,2 Prozent) und saisonbedingt bei Pauschalreisen (+ 7,9 Prozent) sowie Miete für Ferienwohnungen (+ 5,1 Prozent) hervorgerufen. Des Weiteren sind Preiszunahmen bei Frischgemüse, Schokoladenerzeugnissen, Bienenhonig, Zigaretten, Gebühren für Trinkwasser, Tarifen für das Wohnen und Telekommunikationsdienstleistungen erwähnenswert.

Preisgünstiger als im Vormonat waren u. a. Frischobst, Bekleidung, Schuhe sowie Heimelektronik.

Der Abstand zum Preisniveaus des Vorjahresmonats erreichte einen Stand von + 1,0 Prozent und ist somit gegenüber den letzten beiden Monaten leicht angestiegen (Januar 2003: + 0,8 Prozent, Dezember 2002: + 0,7 Prozent). Maßgeblich wurde diese Entwicklung durch die Preissteigerungen bei alkoholischen Getränken, Tabakwaren, Tarifen für das Wohnen, Wohnungsnebenkosten, Kraftstoffen, Dienstleistungen für soziale Zwecke, Bildungs-, Beherbergungs-, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen bestimmt.

Aus Deutschland

Bevölkerungszuwachs in Deutschland durch Wanderungsgewinn



Im Jahr **2001** sind wieder mehr Personen nach Deutschland zugewandert als das Bundesgebiet verlassen haben. Der Wanderungsgewinn, d. h. ein Überschuss der Zuzüge über die

Fortzüge, betrug knapp 273 000 Personen. Davon waren 84 000 Deutsche und 188 000 Ausländerinnen und Ausländer.

Für das Jahr **2002** rechnet das Statistische Bundesamt auf Grund der vorliegenden Zahlen mit einem Zuwanderungsüberschuss von 235 000 Personen; dies sind rund 14 Prozent weniger als im Jahr 2001.

Zu Beginn **der neunziger Jahre** war der jährliche Zuwanderungsüberschuss deutlich höher: Er betrug 1991 603 000 Personen und erreichte 1992 mit 782 000 Personen einen Höchststand. Bis 1998 ging der Wanderungsüberschuss auf 47 000 Personen zurück; seit 1999 steigt er wieder. Insgesamt sind zwischen 1991 und 2001 rund 3,6 Millionen Personen – darunter 2,2 Millionen Ausländerinnen und Ausländer – mehr nach Deutschland zugewandert als das Land verlassen haben.

Von 1991 bis 2001 sind – nach den Zahlen des Bundesverwaltungsamtes – knapp 1,8 Millionen deutsche **Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler** nach Deutschland gekommen, in den Jahren 1991 bis 1995 waren es jeweils mehr als 200 000 Personen, die mehr als 70 Prozent der Zuzüge von Deutschen ausmachten. Seit 1998 kamen jährlich weniger als 100 000 Spätaussiedler nach Deutschland, im Jahr 2001 waren es 87 000 oder 45 Prozent der deutschen Zuwanderer insgesamt.

Für den Zeitraum ab 1991 gilt, dass ohne die Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler mehr deutsche Personen fortgezogen wären als zugezogen sind. Die **fortziehenden Deutschen** stammten im Jahr 2001 mit 52 Prozent deutlich überproportional aus der Altersgruppe der 18- bis unter 40-Jährigen. In der Gesamtbevölkerung beträgt der Anteil dieser Altersgruppe 30 Prozent.

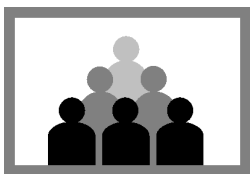
Von 1991 bis 2001 kamen 8,6 Millionen **Ausländerinnen und Ausländer** mit dem Ziel eines nicht nur kurzfristigen Aufenthaltes nach Deutschland, darunter suchten knapp 1,9 Millionen – das sind rund 22 Prozent – um Asyl nach.

In dem gleichen Zeitraum verließen 6,5 Millionen ausländische Personen wieder Deutschland, so dass sich für den gesamten Zeitraum ein Wanderungsüberschuss von 2,2 Millionen nichtdeutschen Personen ergibt. Die höchsten Zuwanderungsüberschüsse resultieren aus den Zu- und Fortzügen von und nach Jugoslawien (Serbien/Montenegro) mit 407 000 Personen, aus und in die Türkei mit 233 000 Personen sowie aus und in die Russische Föderation mit 188 000 Personen.

Die Zahl derjenigen Ausländerinnen und Ausländer, die in Deutschland um Asyl nachsuchen, erreichte 1992 mit rund 438 000 einen Höhepunkt (Angaben des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge). Nach der Änderung des Asylrechts Mitte 1993 sank die Zahl der **Asylbewerberinnen und Asylbewerber** im Jahr 1993 auf 323 000 und nahm in den folgenden Jahren stetig ab. Seit 1998 liegt sie jährlich unter 100 000, im Jahr 2001 bei rund 88 000. Die Anerkennungsquote bei der Feststellung einer politischen Verfolgung – bezogen auf die jährliche Zahl der Asylentscheidungen – bewegte sich in diesem Zeitraum zwischen 9,0 Prozent (1995) und 3,0 Prozent (1999/2000), im Jahr 2001 lag sie bei 5,3 Prozent.

Im Jahr 1991 lebten rund 5,9 Millionen ausländische Personen im Bundesgebiet, was einem Anteil von 7,3 Prozent an der Gesamtbevölkerung entsprach (Auszählung des Ausländerzentralregisters). Dieser Anteilswert stieg bis 1997 auf 9,0 Prozent (7,4 Millionen Ausländerinnen und Ausländer). Seit 1997 geht die Zahl der ausländischen Bürger in Deutschland zurück und betrug Ende 2001 rund 7,3 Millionen (8,9 Prozent der Gesamtbevölkerung). Dazu trugen die **Einbürgerungen** von ausländischen Personen in den Jahren 1999 (143 000), 2000 (186 700) und 2001 (178 100) bei. Mehr als die Hälfte der 7,3 Millionen Ausländerinnen und Ausländer lebte 2001 schon zehn Jahre oder länger in Deutschland, darunter ein Drittel länger als 20 Jahre. Die größte Nationalitätengruppe stellten 2001 Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit mit 1,9 Millionen oder 26,6 Prozent der nichtdeutschen Personen insgesamt. Aus den EU-Ländern stammten knapp 1,9 Millionen (25,6 Prozent) und aus Jugoslawien (Serbien/Montenegro) kamen 628 000 (8,6 Prozent). (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Im 4. Quartal 2002 0,9 Prozent weniger Erwerbstätige als ein Jahr zuvor



Im vierten Quartal 2002 hatten nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes rund 38,9 Millionen **Erwerbstätige** ihren Arbeitsort in Deutschland, 362 000 Personen (- 0,9

Prozent) weniger als ein Jahr zuvor. Damit hat sich auch

im Berichtsquartal der in den letzten vier Quartalen zu beobachtende Beschäftigungsabbau weiter fortgesetzt. Im Jahresdurchschnitt 2002 waren 38,7 Millionen Personen erwerbstätig, 229 000 Personen (- 0,6%) weniger als ein Jahr zuvor.

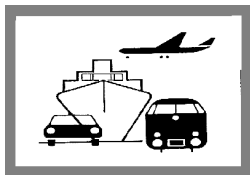
Im vierten Quartal 2002 ist nach vorläufigen Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit (BA) die Zahl der **durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden** je Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 Prozent auf 365 Stunden gesunken. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war im Berichtsquartal der anhaltende Anstieg der Teilzeitbeschäftigung. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen als Produkt aus Erwerbstätigenzahl und Arbeitszeit je Erwerbstätigen verringerte sich im vierten Quartal 2002 im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Prozent auf 14,18 Milliarden Stunden. Im Jahr 2002 lag die durchschnittliche Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen bei 1 444 Stunden, 0,5 Prozent weniger als ein Jahr zuvor.

Das gesamtwirtschaftliche **Arbeitsvolumen** der Erwerbstätigen verringerte sich um 1,0 Prozent auf 55,88 Milliarden Stunden. Vom Rückgang der Erwerbstätigkeit im vierten Quartal 2002 waren besonders stark die Arbeitnehmer betroffen: Ihre Zahl verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Prozent auf 34,8 Millionen Personen, während die Zahl der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen mit rund 4,1 Millionen Personen noch leicht um 0,2 Prozent zunahm.

Nach **Wirtschaftsbereichen** entwickelte sich die Erwerbstätigkeit im vierten Quartal 2002 weiterhin sehr unterschiedlich: Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Personalabbau vor allem im Produzierenden Gewerbe einschließlich Baugewerbe verstärkt fortgesetzt, und die Beschäftigungsexpansion in den Dienstleistungsbereichen kam fast zum Stillstand. Ein Schwerpunkt des Beschäftigungsrückgangs lag im vierten Quartal 2002 – wie bereits in den beiden Quartalen zuvor – im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe: Hier hat sich der Personalabbau im Vorjahresvergleich weiter beschleunigt (- 206 000 Personen oder - 2,4 Prozent). Nahezu ungebremselt war nach wie vor der umfangreiche Beschäftigungsabbau im Baugewerbe (- 171 000 Personen oder - 6,6 Prozent). In der Land- und Forstwirtschaft waren im Vergleich zum vierten Quartal 2001 9 000 weniger Personen (- 0,9 Prozent) erwerbstätig. In den Dienstleistungsbereichen insgesamt ist im vierten Quartal 2002 die anhaltende Beschäftigungsexpansion der Jahre zuvor fast zum Stillstand gekommen. Hier gab es im Vergleich zum Vorjahr nur noch geringe Beschäftigungsgewinne (+ 24 000 Personen oder + 0,1 Prozent).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

2002 rund 7 000 weniger Verkehrstote



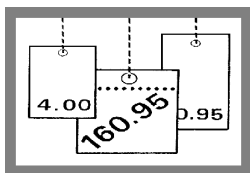
Nach vorläufigen Ergebnissen wurden im Jahr 2002 auf Deutschlands Straßen bei Verkehrsunfällen 6 828 (- 2,1 Prozent gegenüber 2001) Verkehrsteilnehmer getötet und rund 476 000 (- 3,7 Prozent) verletzt. Dies waren die wenigsten **Verkehrstoten** seit Einführung der Statistik der Straßenverkehrsunfälle im früheren Bundesgebiet im Jahr 1953. Die meisten Verkehrstoten gab es 1970 in Deutschland, nämlich 21 332. Die Polizei registrierte im Jahr 2002 insgesamt 2,28 Millionen Unfälle (- 3,9 Prozent gegenüber 2001); darunter 362 000 Unfälle mit Personenschaden (- 3,6 Prozent) und 129 000 schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden (- 4,3 Prozent). Mehr Verkehrstote gab es im Jahr 2002 in Berlin (+ 26 Prozent), in Rheinland-Pfalz (+ 17), in Baden-Württemberg (+ 5) und in Niedersachsen (+ 3). In den übrigen Ländern wurden gegenüber 2001 weniger Verkehrsteilnehmer getötet. Die stärksten Rückgänge gab es in Hamburg (- 38 Prozent), Bremen (- 26) und Sachsen-Anhalt (- 15).

Im Bundesdurchschnitt wurden 2002 rund 83 Verkehrsteilnehmer je 1 Millionen Einwohner getötet. Weit über diesem Durchschnitt lagen die Werte in Mecklenburg-Vorpommern mit 164, in Brandenburg (138) und in Thüringen (110), weit darunter in den Stadtstaaten Hamburg (20), Bremen (21) und Berlin (24).

Im Dezember 2002 erfasste die Polizei in Deutschland nach vorläufigen Ergebnissen 193 200 Straßenverkehrsunfälle (- 11 Prozent gegenüber Dezember 2001). Bei 24 500 Unfällen mit Personenschaden (- 8 Prozent) wurden 489 Verkehrsteilnehmer getötet (- 3 Prozent) und rund 32 900 (- 10 Prozent) verletzt.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Preise für Telekommunikation im Februar 2003 um 0,9 Prozent höher als im Vorjahr



Die Preise für Telekommunikationsdienstleistungen sind aus Sicht der privaten Haushalte im Februar 2003 im Vergleich zum Februar 2002 um 0,9 Prozent höher. Gegenüber dem Vormonat ist der Gesamtindex um 0,4 Prozent gestiegen.

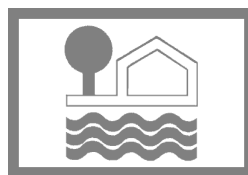
Mit dem Berichtsmonat Februar 2003 werden erstmals die Ergebnisse der Neuberechnung des Verbraucherpreisindex für Telekommunikationsdienstleistungen auf der aktualisierten Basis 2000 veröffentlicht. Der in den Bereichen Festnetz und Mobilfunk überarbeitete Preisindex berücksichtigt neue Leistungen (u. a. Preselection-Tarife) und

passt sich dem geänderten Verbrauchsverhalten der privaten Haushalte an. Nähere Informationen hierzu sind im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes abrufbar.

Der Preisindex für **Telefondienstleistungen** im Festnetz lag im Februar 2003 um 1,7 Prozent über dem Vorjahresniveau. Anschluss- und Grundgebühren erhöhten sich um 5,6 Prozent. Ortsgespräche (- 1,7 Prozent), Auslandsgespräche (- 2,2) und Verbindungen in die Mobilfunknetze (- 0,1) waren billiger als im Vorjahr. Dagegen lagen die Preise für Inlandsferngespräche (+ 0,1 Prozent) leicht höher. Im Vergleich zum Vormonat stiegen die Preise für das Telefonieren im Festnetz um 0,6 Prozent. Das Mobiltelefonieren war im Februar 2003 um 0,4 Prozent billiger als im Februar 2002. Gegenüber dem Vormonat blieben die Preise unverändert.

Die Preise für die **Internet-Nutzung** lagen im Februar 2003 um 1,3 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Im Vormonatsvergleich sanken die Preise um 0,2 Prozent. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Wassereinsatz der Wärmekraftwerke gesunken



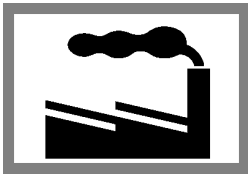
Nach vorläufigen Angaben wurden im Jahr 2001 für die Erzeugung von Strom und Fernwärme rund 25,1 Milliarden m³ **Frischwasser** eingesetzt. Das geht aus den Ergebnissen einer

Erhebung bei 310 Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung hervor. Damit hat sich der Wassereinsatz gegenüber der vorherigen Erhebung 1998 bei gleichzeitig gestiegener Elektrizitätserzeugung (+ 3,1 Prozent) bei den Wärmekraftwerken um 5,6 Prozent verringert. In erster Linie ist diese Entwicklung auf eine effektivere und sparsamere Nutzung des Wassers im Produktionsprozess durch den vermehrten Einsatz neuer Technologien zurückzuführen.

Insgesamt stieg die Kreislaufnutzung um 20,0 Prozent, die einmalige Nutzung von Wasser ging dagegen um 6,2 Prozent zurück. Dementsprechend wurde durchschnittlich jeder Liter Frischwasser 2001 fast dreimal verwendet, was einer Gesamtnutzung von 73,9 Milliarden m³ entspricht. Hauptsächlich wurde das Wasser (81,9 Prozent) zur Kühlung von Stromerzeugungsanlagen genutzt. Zum größten Teil wurde das Wasser (99,1 Prozent oder 24,8 Milliarden m³) durch betriebseigene Gewinnungsanlagen selbst gefördert und stammte dabei fast ausschließlich aus Oberflächenwasser (99,0 Prozent). Entsprechend des geringeren Wassereinsatzes sind auch die Abwassermengen um 5,8 Prozent auf 24,5 Milliarden m³ zurückgegangen. In der Regel (99,0 Prozent) wird das **Abwasser** unbehandelt in ein Oberflächenwasser eingeleitet.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Rund 37 600 Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2002



In Deutschland wurden im Jahr 2002 84 428 **Insolvenzen** verzeichnet, davon entfielen davon 37 579 auf Unternehmen einschließlich Kleinunternehmen und 46 849 auf andere Schuldner. Zu letzteren zählen Verbraucher (21 441), natürliche Personen, die beispielsweise als Gesellschafter betroffen waren (6 381), ehemals selbstständig Tätige (16 660) und Nachlassinsolvenzen (2 367).

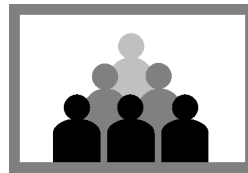
Die gravierende Zunahme der Insolvenzen gegenüber 2001 (49 326) ist in erster Linie im Zusammenhang mit der letzten Reform des Insolvenzrechts zum Jahresende 2001 zu sehen, die sich insbesondere auf die Insolvenzzahlen von natürlichen Personen ausgewirkt hat. Seit 1. Dezember 2001 können natürliche Personen, auch wenn sie mittellos sind, ein Insolvenzverfahren beantragen, da ihnen nunmehr die Möglichkeit eröffnet wurde, sich die Verfahrenskosten stunden zu lassen. Ein Insolvenzverfahren ist die Voraussetzung, um nach einer sechsjährigen „Wohlverhaltensphase“ von den restlichen Schulden befreit zu werden. Diese Erleichterung erstreckt sich auf alle natürlichen Personen, also nicht nur auf Verbraucher, sondern auch Kleinunternehmer, Freie Berufe, ehemals selbstständig Tätige und Gesellschafter. Daher ist ein Vergleich mit dem Vorjahr nicht sinnvoll.

Nur bei den **Insolvenzen von Personengesellschaften** (z. B. OHG, KG, GbR) und Kapitalgesellschaften (z. B. GmbH, AG), auf die sich das geänderte Insolvenzrecht nicht ausgewirkt hat, macht der Vorjahresvergleich die Insolvenzentwicklung deutlich: Die Zahl der Insolvenzen von Unternehmen mit diesen Rechtsformen stieg 2002 binnen Jahresfrist um 13 Prozent auf 24 025 Fälle. Die Gerichte bezifferten die offenen Forderungen aller Insolvenzgläubiger im Jahr 2002 auf 61,5 Milliarden EUR, darunter 51,8 Milliarden EUR gegen Unternehmen. Damit haben sich die offenen Forderungen gegenüber dem Vorjahr in etwa verdoppelt. Hierbei muss in Betracht gezogen werden, dass sich im Jahr 2002 7 der 10 größten europäischen Unternehmenszusammenbrüche in Deutschland vollzogen haben.

Bei den Unternehmen waren zum Zeitpunkt, als über deren Insolvenzanträge entschieden wurde, ca. 274 000 Arbeitnehmer beschäftigt. Die Zahl der betroffenen **Arbeitnehmer** dürfte aber höher liegen, da bei einem knappen Fünftel aller Fälle von den Gerichten keine Angaben zu den Beschäftigten gemacht werden konnten. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Aus Europa

Arbeitslosenquote der Eurozone auf 8,7% gestiegen



Die **saisonbereinigte Arbeitslosenquote** der Eurozone ist im Februar 2003 auf 8,7 Prozent gestiegen, im Vormonat Januar lag die Quote bei 8,6 Prozent. Ein Jahr zuvor, im Februar 2002,

hatte man eine Quote von 8,1 Prozent verzeichnet. Die Arbeitslosenquote der 15 Mitgliederstaaten der EU blieb gegenüber Januar unverändert und lag im Februar 2003 weiter bei 7,9 Prozent. Ein Jahr zuvor, im Februar 2002, hatte die Quote bei 7,4 Prozent gelegen.

Die niedrigsten Arbeitslosenquoten verzeichneten im Februar 2003 Luxemburg (2,8 Prozent), die Niederlande (3,4 Prozent im Januar), Österreich (4,2 Prozent), Irland (4,5 Prozent) und Dänemark (5,0 Prozent). Spanien verbuchte mit 11,9 Prozent weiter die höchste Arbeitslosenquote der EU.

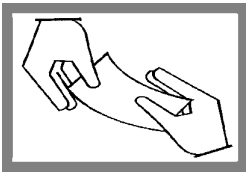
Im Jahresverlauf verzeichneten elf der dreizehn Mitgliedstaaten, für die Daten für die letzten beiden Monate vorliegen, einen Anstieg der Arbeitslosenquote. Die deutlichsten relativen Anstiege wurden in Portugal (von 4,3 auf 6,7 Prozent), den Niederlanden (von 2,4 Prozent im Januar 2002 auf 3,4 Prozent im Januar 2003) und Luxemburg (von 2,2 auf 2,8 Prozent) verzeichnet. Dagegen sank die Arbeitslosenquote in Finnland von 9,2 Prozent auf 8,8, in Italien blieb sie stabil bei 9,0 Prozent (jeweils Januar 2002 und 2003).

Die Arbeitslosenquote der **Männer** ist in der Eurozone von 6,9 Prozent im Februar 2002 auf 7,6 Prozent im Februar 2003 angewachsen, die Arbeitslosenquote der **Frauen** stieg von 9,7 Prozent auf 10,1 Prozent. In den 15 Mitgliedstaaten erhöhte sich die Arbeitslosenquote der Männer von 6,6 Prozent im Februar 2002 auf 7,2 Prozent im Februar 2003, die Arbeitslosenquote für Frauen stieg im gleichen Zeitraum von 8,5 Prozent auf 8,9 Prozent.

Die Quote für die unter 25-Jährigen lag in der Eurozone im Februar 2003 bei 16,8 Prozent und in den 15 Mitgliedsstaaten bei 15,5 Prozent. Ein Jahr zuvor hatte sie bei 15,8 Prozent bzw. 14,8 Prozent gelegen. Sie rangierte von 6,9 Prozent in den Niederlanden (im Januar 2003) und Österreich bis 27,7 Prozent in Italien.

Im Vergleich dazu lag in den USA die Arbeitslosenquote im Februar 2003 bei 5,8 Prozent, in Japan bei 5,2 Prozent. (Quelle: Eurostat)

Sozialschutzausgaben in Europa im Jahr 2000



In der EU sank der Anteil der **Sozialschutzausgaben** am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 27,5 Prozent in 1999 auf 27,3 Prozent im Jahr 2000. Damit ist er seit 1996, als er 28,4 Prozent betrug, kontinuierlich zurückgegangen.

In den einzelnen Mitgliedstaaten ist der Anteil der Sozialschutzausgaben am BIP sehr unterschiedlich. Am niedrigsten war er im Jahr 2000 in Irland (14,1 Prozent) und in Spanien (20,1 Prozent), am höchsten in Schweden (32,3 Prozent), Frankreich (29,7 Prozent) und Deutschland (29,5 Prozent).

Auch hinsichtlich der in Kaufkraftstandards (eine ermittelte Kunstwährung, die Preisniveauunterschiede zwischen den Ländern berücksichtigt und die Vergleichbarkeit der Daten verbessert) ausgedrückten Sozialschutzausgaben je Einwohner bestehen zwischen den Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede. Im Jahr 2000 beliefen sich diese **Pro-Kopf-Ausgaben** in Spanien und Portugal auf 60 Prozent, in Dänemark auf 125 Prozent und in Luxemburg auf 150 Prozent des EU-Durchschnitts. Diese Unterschiede spiegeln z. T. den unterschiedlichen Lebensstandard in den einzelnen Ländern wider, z. T. sind sie jedoch auch Ausdruck der unterschiedlichen nationalen Sozialschutzsysteme sowie der speziellen demografischen, wirtschaftlichen, sozialen und institutionellen Strukturen jedes einzelnen Landes.

Auf die **Funktionen** Alter und Hinterbliebene entfällt fast die Hälfte der **Sozialschutzausgaben** in der EU. Im Jahr 2000 verteilten sich die Sozialschutzausgaben in der EU wie folgt: Auf die Funktionen Alter und Hinterbliebene entfielen 46,4 Prozent, auf Krankheit und Gesundheitsversorgung 27,3 Prozent, auf Familie und Kinder 8,2 Prozent, auf Invalidität/Gebrechen 8,1 Prozent, auf Arbeitslosigkeit 6,3 Prozent und auf Wohnen und soziale Ausgrenzung 3,7 Prozent.

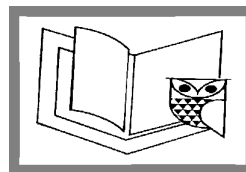
Obwohl in allen Mitgliedstaaten außer Irland der größte Teil der Sozialschutzausgaben auf die Funktionen **Alter und Hinterbliebene** entfällt, bestehen auch hinsichtlich der Struktur dieser Ausgaben nach Funktionen beträchtliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. So betrafen in Italien, wo die über 60-jährigen einen großen Teil der Bevölkerung ausmachen, 63 Prozent der Sozialschutzausgaben die Funktionen Alter und Hinterbliebene. In Irland, dem EU-Mitgliedstaat mit der jüngsten Bevölkerung, entfielen die Sozialschutzausgaben dagegen in erster Linie (41 Prozent) auf die Funktionen **Krankheit und Gesundheitsversorgung**.

Innerhalb der EU lag der Anteil der Sozialschutzausgaben für die Funktionen **Familie und Kinder** zwischen weniger als 3 Prozent in Spanien und fast 17 Prozent in Luxemburg. Auf die Funktion **Invalidität/Gebrechen** entfielen zwischen 5 Prozent der Sozialschutzausgaben in Griechenland und Irland und knapp 14 Prozent in Finnland und Luxemburg. Der Anteil der die **Arbeitslosigkeit** betreffenden Ausgaben lag zwischen weniger als 2 Prozent in Italien und mehr als 12 Prozent in Spanien.

Zwischen 1995 und 2000 haben sich die **Sozialschutzausgaben je Einwohner** außer in Finnland (- 0,1 Prozent) in allen Mitgliedstaaten real erhöht. Am stärksten war ihre Zunahme in Griechenland (+ 42,6 Prozent zwischen 1995 und 2000), Portugal (+ 27,1 Prozent) und Irland (+ 21,4 Prozent), am geringsten in Dänemark (+ 1,8 Prozent), Schweden (+ 5,2 Prozent) und Belgien (+ 6,7 Prozent). In der EU insgesamt stiegen die Sozialleistungen je Einwohner zwischen 1995 und 2000 real um 8,9 Prozent. Allerdings war ihr Anstieg je nach Funktion deutlich unterschiedlich. Am stärksten erhöhten sich die Pro-Kopf-Leistungen der Funktionen Familie/Kinder (+ 17,2 Prozent zwischen 1995 und 2000), Wohnen/soziale Ausgrenzung (+ 13,1 Prozent) und Alter/Hinterbliebene (+ 12,1 Prozent). Die Zunahme der Leistungen für die Funktionen Krankheit (+ 9,5 Prozent) und Invalidität/Gebrechen (+ 8,7 Prozent) entsprach dem Durchschnitt; die Leistungen der Funktion Arbeitslosigkeit gingen dagegen um 14,5 Prozent zurück. Dieser Rückgang ist auf eine allmähliche Verbesserung der Wirtschaftslage und eine Reform der Leistungssysteme in einigen Ländern zurückzuführen. (Quelle: Eurostat)

Europäische Kinoindustrie im Jahr 2001

Iren gehen dreimal häufiger ins Kino als Griechen und Finnen



Im Jahr 2001 erhöhte sich die Zahl der **Kinobesuche** in der EU um 10,2 Prozent auf 930 Millionen. Die Kasseneinnahme stiegen um 12,9 Prozent auf über 5 Milliarden EUR. Erste Schätzungen der Besucherzahlen für 2002 lassen im EU-Durchschnitt keine nennenswerten Unterschiede gegenüber dem Vorjahr erkennen.

Wachsende Kinogängerzahlen verzeichneten im Jahr 2001 alle Mitgliedstaaten außer Finnland (- 8 Prozent) und Belgien (- 2 Prozent). Am stärksten war der Zuwachs in Deutschland (+ 17 Prozent), Frankreich (+ 12 Prozent) und Dänemark (+ 11 Prozent).

Im Durchschnitt ging ein EU-Bürger 2,4 Mal im Jahr ins Kino, ein US-Bürger dagegen 5,4 Mal und ein Japaner 1,3 Mal. Innerhalb der EU erwiesen sich die Iren 2001 als die **eifrigsten Kinogänger** (4,2 Besuche je Einwohner), gefolgt von den Spaniern (3,6), während die Kinobegeisterung bei den Finnen und den Griechen am geringsten ausfiel (jeweils 1,3).

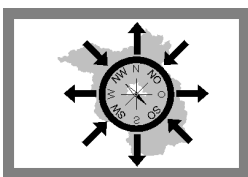
Zwei von drei gesehenen Filmen in der EU sind US-Produktionen. Kassenhit Nr. 1 in der EU war 2001 „Harry Potter und der Stein der Weisen“, der in sechs der elf EU-Länder, zu denen Daten vorlagen, die Besuchercharts anführte. In einigen Ländern wurde er allerdings von europäischen Filmen auf den zweiten oder dritten Platz verdrängt, so in Dänemark (Italienisch für Anfänger), Deutschland, Österreich (jeweils Der Schuh des Manitu), Spanien (The Others und Torrente 2 – Mission in Marbella) und Frankreich (Die fabelhafte Welt der Amelie und Die Wahrheit, die ich meine).

Bei den **Kasseneinnahmen** betrug der Anteil amerikanischer Filme im Jahr 2001 im EU-Durchschnitt zwei Drittel, in Spanien, dem Vereinigten Königreich, Luxemburg, Griechenland und Deutschland waren es etwa 80 Prozent. Umgekehrt waren Angaben der Motion Picture Association of America zufolge in den USA nur 5 Prozent der Kasseneinnahmen auf europäische Filme zurückzuführen.

Im Jahr 2001 gab es in der EU insgesamt mehr als 10 500 **Filmtheater** mit über 24 800 Leinwänden, was 6,6 Leinwänden je 100 000 Einwohner entspricht. Doppelt so hoch war der Anteil der Leinwände in den USA mit 13,2 je 100 000 Einwohner.

(Quelle: Eurostat)

Absatzvolumen im Einzelhandel in der Eurozone um 2,7 Prozent gestiegen



Das Absatzvolumen¹ im Einzelhandel ist im Januar 2003 gegenüber dem Vorjahresmonat Januar 2002 in der Eurozone um 2,7 Prozent und in den 15 Mitgliedstaaten um 3,0 Prozent

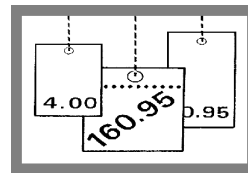
gestiegen. Im Vergleich zum Vormonat Dezember 2002 erhöhte sich der Absatz – nach Schätzungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg – in der Eurozone um 2,5 Prozent und in den 15 Mitgliedstaaten um 1,8 Prozent.

Der Absatz von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren steigerte sich im Januar 2003 gegenüber Januar 2002 in der Eurozone deutlich um 4,2 Prozent und in den

15 Mitgliedstaaten um 4,5 Prozent. Dagegen ging der Verkauf von Nahrungsmitteln im Facheinzelhandel in der Eurozone um 0,7 Prozent zurück und blieb in den 15 Mitgliedstaaten stabil, während der Absatz im Nicht-Facheinzelhandel um 4,9 Prozent bzw. 5,3 Prozent zunahm. Der Absatz im Nicht-Nahrungsmittelsektor stieg in der Eurozone um 1,6 Prozent und in den 15 Mitgliedstaaten um 2,0 Prozent. Von den Teilspektoren in diesem Bereich verzeichneten Textilien, Bekleidung und Schuhe in der Eurozone einen um 2,6 Prozent und in den 15 Mitgliedstaaten einen um 3,2 Prozent höheren Absatz. Im Bereich Haushaltswaren ging der Absatz in der Eurozone um 0,6 Prozent zurück und blieb in den 15 Mitgliedstaaten unverändert.

(Quelle: Eurostat)

Jährliche Inflationsrate der Eurozone auf 2,4 Prozent geschätzt



Die jährliche **Inflationsrate der Eurozone** (gemessen wird die Preisveränderung im laufenden Monat gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat) für März 2003 wird auf 2,4 Prozent

vorausgeschätzt. Im Februar hatte die Rate bei 2,4 Prozent gelegen.

Zur Eurozone gehören Belgien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland.

Die Berechnung der **Vorausschätzung** erfolgt wie folgt: Die Inflation der Eurozone wird anhand des Verbraucherpreisindex der Eurozone (VPI-EWU) gemessen. Zur Berechnung der Vorausschätzung des VPI-EWU verwendet Eurostat frühzeitig vorliegende Preisdaten für den Berichtsmonat aus den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, sowie frühzeitig vorliegende Informationen über die Energiepreise.

Bei dem Schätzverfahren werden Informationen über die Vergangenheit und über die aktuelle Preisentwicklung mit Hilfe von Regressionstechniken und Zeitreihenmodellen zu einem Gesamtindex für die Eurozone kombiniert. Eine detaillierte Untergliederung liegt nicht vor. Simulationen haben gezeigt, dass die Prozedur zuverlässig ist (während der letzten beiden Jahre wurden die endgültigen Zahlen 13 Mal richtig vorhergesagt, 9 Mal war der Unterschied 0,1 und 2 Mal lag er bei 0,2 - das letzte Mal im April 2002).

(Quelle: Eurostat)

Amtliche Statistik kooperiert mit der Wissenschaft

FiDASt – ein Forschungsprojekt

FiDASt steht für Firmendaten aus der amtlichen Statistik sowie für ein Forschungsnetzwerk bundesdeutscher Hochschulen und Statistischer Landesämter, in dem es um die Nutzung der amtlichen Industriestatistik als betrieblichen Paneldatensatz geht.

Im März 2003 wurden in einem Workshop des Forschungsteams weitere Ergebnisse zur Thematik „Dynamik des Verarbeitenden Gewerbes und Entwicklungsverläufe mittelständischer Industriebetriebe“ vorgestellt und diskutiert. Im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Untersuchungen standen insbesondere die „Analysen zur regionalen Industrieentwicklung auf Basis einzelbetrieblicher Daten der amtlichen Statistik“, unter anderem auch über Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes der Länder Brandenburg und Berlin.

Zur Stärkung von Forschung, Entwicklung und Wissenstransfer hat die Technische Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (FHTW) neben vielen anderen Forschungsprojekten das Projekt „FiDASt“ aufgenommen. „FiDASt“ steht für Firmendaten aus der Amtlichen Statistik und für ein Forschungsnetzwerk bundesdeutscher Hochschulen und Statistischer Landesämter, in dem es um die Nutzung von Industriedaten aus der amtlichen Statistik als Paneldatensatz geht. Derartige Auswertungen auf der Basis von Einzeldaten steigern den Informationsgehalt für wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Beobachtungen und Entscheidungen, bilden aber auch die Grundlage für die einzelbetriebliche Planung.

Zielstellung des Projektes ist die Untersuchung, welche Entwicklung das Verarbeitende Gewerbe Berlins in den 90er Jahren genommen hat, wie weit der Strukturwandel in der Industrie gediehen ist, welche Fortschritte in der Produktivität und bei der Internationalisierung erreicht worden sind und wie groß der Beitrag von Kleinunternehmen und neu gegründeten Unternehmen war. Durchgeführt wird diese Untersuchung in enger Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern des Forschungsprojektes und mit den Projektgruppen des Forschungsnetzwerkes in anderen Bundesländern, um so Regionalvergleiche ermöglichen zu können.

Im Rahmen der Projektarbeit wurde von der FHTW Berlin in Kooperation mit dem Statistischen Landesamt (Stala) Berlin zunächst die Beschäftigungsdynamik im Verarbeitenden Gewerbe Berlins untersucht, auch getrennt nach Berlin-West und Berlin-Ost. In den Projektgruppen des FiDASt-Forschungsnetzwerkes wurden in Brandenburg, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – jeweils in Kooperation mit den Statisti-

Forschungsprojekt „FiDASt“ der FHTW Berlin Firmen-Daten aus der Amtlichen Statistik-

Thema: Dynamik des Verarbeitenden Gewerbes und Entwicklungsverläufe mittelständischer Betriebe in Berlin

Projektleiter: Prof. Dr. Semlinger, FHTW Berlin Fachbereich Wirtschaftswissenschaften I

Kooperationspartner:

Statistisches Landesamt Berlin

Universität Lüneburg

Universität Potsdam

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Laufzeit/Finanzierung:

a) Seit Dezember 1997 - mit Unterbrechungen – bis laufend/ FHTW Berlin Eigenmittel

b) seit Dezember 2001 bis Mai 2003 Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft im Rahmen des Programms zur Förderung der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung und drittmittelfinanziert

schen Landesämtern – ebenfalls Analysen zur Dynamik des Verarbeitenden Gewerbes und der Entwicklungsverläufe mittelständischer Betriebe erstellt. Zur Vergleichbarkeit der Ergebnisse bedienten sich die Wissenschaftler der gleichen Methodik, jedoch mit unterschiedlichen variablen Annahmen.

In Abständen stellt das Forschungsteam seine Ergebnisse in Workshops vor. So stand der **Workshop 2003**, der am 6. und 7. März in der FHTW Berlin stattfand, unter dem Thema **„Analysen zur regionalen Industrieentwicklung auf der Basis einzelbetrieblicher Daten der amtlichen Sta-**

tistik". Die durch empirische Analysen ermittelten Ergebnisse zur Arbeitsplatz- und Beschäftigungsdynamik in Industriebetrieben Berlins und Brandenburgs sowie anderer Bundesländer bildeten die Diskussionsgrundlage zum erreichten Arbeitsstand. Ebenso die analytisch gewonnenen Aussagen zur Entwicklung des Gründungsgeschehens von Betrieben, zur Dauer des Überlebens von neu gegründeten Industrieunternehmen sowie zu den Innovationsbedingungen und dem Risiko einer wahrscheinlichen Schließung bestehender Betriebe.

Im Einzelnen waren folgende Einzelbeiträge Gegenstand des Workshops:

- ❑ Laurence Rambert, Universität Potsdam
Agglomerationseffekte auf die Beschäftigtenentwicklung in der brandenburgischen Industrie – vorläufige Ergebnisse von 1995 bis 2000
- ❑ Ramona Pohl, FHTW Berlin
Kohortenverläufe im Verarbeitenden Gewerbe – Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Berlin-Ost und Berlin-West im Zeitraum von 1991 bis 2000
- ❑ Michael Gold, Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen München
Determinanten der Beschäftigungsdynamik: Ein Ländervergleich zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen
- ❑ Harald Strotmann, Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen
Determinanten des Überlebens von Neugründungen in der baden- württembergischen Industrie
- ❑ Michael Niese, Technische Universität Bergakademie Freiberg
Lerneffekte, Innovationsbedingungen und Stilllegungsrisiko, untersucht am Beispiel der Betriebe in Sachsen
- ❑ Peter Eitner, Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Betriebsdynamik im Verarbeitenden Gewerbe und Gewinnung von Steinen und Erden in Ostdeutschland – die Entwicklung des Gründungsgeschehens
- ❑ Andreas Stephan, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin
Verteilung der Unternehmenseffizienzen innerhalb von und zwischen den Wirtschaftszweigen

- ❑ Martin Rosemann, Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung Tübingen

Faktische Anonymisierung wirtschaftsstatischer Einzeldaten – Strategien, Vorgehen, erste Ergebnisse

Die Veröffentlichung dieser Arbeitsergebnisse übernimmt als Kooperationspartner der FHTW Berlin das Statistische Landesamt (StaLa) Berlin. Voraussichtlich im Juni 2003 werden sie im Statistischen Monatsheft des StaLa publiziert.

Im Verlauf der Analysetätigkeit der Forschungsprojektgruppen in der FHTW Berlin und der Universität Potsdam wurde u. a. festgestellt, dass die Vergleichbarkeit der Ergebnisse für Berlin und Brandenburg zur Beschäftigungsdynamik im Verarbeitenden Gewerbe nicht ohne weiteres gegeben ist wie zwischen den anderen Bundesländern. Infolge der Wiedervereinigung beider deutschen Staaten bildete sich in Berlin und Brandenburg ein neuer sozioökonomischer Verflechtungsraum heraus. Es entwickelte sich eine neue Struktur regionaler Arbeitsteilung, die seit Anfang der 1990er Jahre – auch im Verarbeitenden Gewerbe – Wanderungen von Unternehmen/Betrieben und ihrer Beschäftigten zwischen beiden Ländern zur Folge hatten. Es ist anzunehmen, dass es sich in Brandenburg in der amtlichen Statistik bei „neu auftretenden“ Betrieben nicht fraglos um Neugründungen von Betrieben handeln muss; es können beispielsweise einfach nur Verlagerungen von Berlin nach Brandenburg sein. Umgekehrt dürfen zum Beispiel aus der amtlichen Statistik des Verarbeitenden Gewerbes in Berlin „verschwindende“ Betriebe nicht bedingungslos als Schließung bzw. Stilllegung interpretiert werden. Bislang wurden diese Annahmen als Näherungswerte ermittelt. Diese ergaben jedoch unklare Aussagen bei der Zunahme der im Verarbeitenden Gewerbe tätigen Beschäftigten (Neugründungen) bzw. bei deren Abnahme (Schließungen) und damit unsichere Ergebnisse zur Dynamik der Unternehmen/Betriebe.

In Fortführung der wissenschaftlichen Projektarbeit für Berlin und Brandenburg wird daher – als ein Ergebnis des durchgeführten Workshops – ein Austausch der wirtschaftsstatischen Einzeldaten angestrebt. Mit den amtlichen Institutionen beider Bundesländer, also dem LDS BB bzw. dem StaLa Berlin und den beiden Hochschulen (Universität Potsdam und FHTW Berlin) wird die Kooperationsvereinbarung zum Forschungsprojekt FiDAS^t erweitert. Das Ziel der Projekterweiterung besteht darin, die Beschäftigungsdynamik im Verarbeitenden Gewerbe in Brandenburg und Berlin unter Berücksichtigung des Standortwechsels von Unternehmen/Betrieben zwischen diesen beiden Bundesländern zu untersuchen.

Regina Rothe

Sie wünschen Datenmaterial in gedruckter oder digitaler Form?

Besuchen Sie den Internet-Shop des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg!

Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (LDS BB) bietet auf seinen Internetseiten unter www.lids-bb.de einen Shop an, über den alle Veröffentlichungen des LDS BB in gedruckter oder z. T. in elektronischer Form bezogen werden können.

Sie finden dort das komplette Angebot unserer **Veröffentlichungen**, sowohl aktuelle als auch der letzten Jahre.

Das Angebot umfasst nahezu alle Bereiche der amtlichen Statistik von Gebiet und Bevölkerung, über Gesundheit, Soziales, Bildung, Wirtschaft, Umwelt bis hin zu Wahlen. Die meisten Veröffentlichungen beziehen sich auf einzelne Statistiken und erscheinen periodisch als **Statistische Berichte**.

Darüber hinaus vertreiben wir auch **Verzeichnisse**, z. B.:

- ☐ das Verzeichnis der Allgemein bildenden Schulen,
- ☐ das Verzeichnis der Ämter, der amtsfreien Gemeinden und kreisfreien Städte,
- ☐ das Verzeichnis der Krankenhäuser,
- ☐ das Verzeichnis der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen,
- ☐ das Verzeichnis der Pflegeeinrichtungen.

Weitere Angebote sind **Querschnittsveröffentlichungen** wie das Statistische Jahrbuch – ein Querschnitt mit Informationen über alle Lebensbereiche von A wie Ausbildung bis Z wie Zierpflanzenanbau.

Unter dem Angebot **Beiträge zur Statistik** sind thematische Veröffentlichungen zu finden, wie z. B. „10 Jahre Mikrozensus“ – ein umfassender Überblick über die strukturellen und sozialen Verhältnisse der Brandenburger Haushalte über einen Zeitraum von 10 Jahren.

Einige Veröffentlichungen gibt der LDS BB gemeinsam mit anderen Einrichtungen heraus, sogenannte **Gemeinschaftsveröffentlichungen**. Auch diese können über uns bezogen werden.

Bei allen Publikationen sind Erscheinungsfolge, regionale Gliederung, Stand der Ausgabe und Preis angegeben.

Die gewünschten Produkte legen Sie einfach in den Warenkorb und am Ende klicken Sie auf „Bestellung“. Danach geben Sie Ihre vollständige Liefer- und Rechnungsanschrift und bei Bedarf auch gern Ihre Abo-Wünsche an und binnen weniger Tage erhalten Sie von uns die bestellten Veröffentlichungen inklusive Rechnung.

Ein weiterer Bestandteil des Shops ist der **Download-Bereich**. Gegenwärtig stehen hier zum Download als pdf-Datei bereit:

- ☐ das Veröffentlichungsverzeichnis,
- ☐ das Leistungs- und Entgeltverzeichnis,
- ☐ die Monatsveröffentlichung „Daten + Konjunktur“

Zusätzlich gibt es noch den **E-Mail-Service**. Nach erfolgter Registrierung können Sie sich per E-Mail über Neuerscheinungen von Pressemitteilungen und der Schriftenreihe „Daten+Konjunktur“ informieren lassen.

Sowohl der Internet-Shop als auch der Download-Bereich sowie der E-Mail-Service werden schrittweise weiter ausgebaut. Es lohnt sich also, immer mal wieder unter oben genannter Internetadresse in unsere Angebote hinein zu schauen.

Andrea Frick

54. Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts (ISI)

vom 13. bis 20. August in Berlin

Vorbemerkungen

„The ISI Executive Committee / Council, at its meeting held on August 28, 1995 in Beijing reviewed the plans for future ISI Sessions and acknowledged, with sincere thanks, the kind invitation from Germany to hold the 2003 Session of ISI in Germany.

I am pleased to inform you that your interest in holding the ISI Session in 2003 in Germany was welcomed very warmly indeed. Among others it was noted that this would mark the 100th anniversary of the 1903 ISI Session which was held in Berlin.“

Diese Passage aus dem Schreiben des Präsidenten des Internationalen Statistischen Instituts (ISI) Sir David Cox an den damaligen Vorsitzenden der Deutschen Statistischen Gesellschaft, Prof. Dr. Joachim Frohn, vom 28. August 1995 hat bei den deutschen Statistikern sicherlich größte Freude ausgelöst. Schließlich war dies ein erstes offizielles Signal der großen internationalen statistischen „Gemeinde“, nach genau 100 Jahren erneut einen Kongress in Deutschland abzuhalten. Berlin war – nicht nur aus historischen Gründen – naheliegend als Veranstaltungsort in Deutschland, aber für diese Entscheidung musste dann doch noch einiges an Vorarbeit geleistet werden. Ein ernsthafter Mitbewerber um die Ausrichtung des 54. Weltkongresses des Internationalen Statistischen Instituts war die Hansestadt Hamburg.

Letztendlich war es dann wohl doch der historische Aspekt, der den Ausschlag gegeben hat und eine Entscheidung für Berlin ermöglichte. Als Veranstaltungsort wurde das Berliner ICC gewählt.

Im Jahr 1997, zum 51. Weltkongress des ISI in Istanbul, wurde dem ISI-Exekutiv-Ausschuss die deutsche Einladung zum 54. Weltkongress überreicht. Im Jahr 1999, zum 52. Weltkongress in Helsinki, fiel die offizielle Entscheidung des ISI über die Annahme der Einladung der Bundesregierung. Im Jahr 2001 hat sich Deutschland den Teilnehmern des 53. Weltkongresses des ISI in Seoul als Gastgeber des kommenden, des 54. Weltkongresses, präsentiert und für den Besuch in Deutschland geworben. Der Kongress wird unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten stehen.

In dem vorliegenden Beitrag soll zum einen das Internationale Statistische Institut vorgestellt werden, zum anderen soll darüber berichtet werden, wie die Statistik in der Bundesrepublik Deutschland den 54. Weltkongress vorbereitet.

Der Weltkongress ist das wichtigste Informationsforum des Internationalen Statistischen Instituts

Der Beginn der internationalen Zusammenarbeit von Statistikern in Europa fällt mit der Entwicklung der Industriegesellschaft am Anfang des 19. Jahrhunderts zusammen. Im Jahr 1853 fand der 1. Internationale Statistische Kongress in Brüssel statt. Er ist der Vorläufer des 1885 in London gegründeten Internationalen Statistischen Instituts (ISI) und tagte bis zu seiner Umorganisation und Umbenennung unter anderem in Paris, Wien, London und Berlin (1863). Das ISI gehört weltweit zu einer der ältesten internationalen wissenschaftlichen und beruflichen Vereinigungen. Die mehr als 2 000 individuellen, gewählten Mitglieder kommen aus über 130 Ländern. Hinzu kommen noch über 3 000 Mitglieder, die in den zum ISI gehörenden fünf spezialisierten Sektionen mitarbeiten.

Dies sind die

- ☐ Bernoulli Gesellschaft für Mathematische Statistik und Wahrscheinlichkeitsrechnung,
- ☐ Internationale Vereinigung der Erhebungsstatistiker,
- ☐ Internationale Vereinigung für automatisierte Datenverarbeitung,
- ☐ Internationale Gesellschaft für amtliche Statistik,
- ☐ Internationale Vereinigung für Aus- und Fortbildung von Statistikern.

Das ISI steht unter der Leitung eines Präsidenten sowie seiner Stellvertreter, zu denen u. a. auch die fünf Sektionspräsidenten gehören. Es unterhält ein Ständiges Büro, das seit 1913 seinen Sitz in Voorburg/Niederlande hat. Für jeden Weltkongress wird ein Programm-Komitee und ein Programm-Koordinierungskomitee eingesetzt. Vorsitzende dieser beiden Komitees ist derzeit die Britin Susan Linacre. Ihr

Stellvertreter kommt aus dem Gastgeberland des Weltkongresses; für den 54. Weltkongress also aus Deutschland.

Wenn am 13. August 2003 in Berlin der 54. Weltkongress des ISI seine Beratungen aufnimmt, verbinden die Statistiker in aller Welt – und insbesondere die deutschen Statistiker – dies gleich mit mehreren Jubiläen.

Der Vorläufer des ISI, der Internationale Statistische Kongress, tagte vor 150 Jahren in Brüssel und vor 140 Jahren, also im Jahr 1863, in Berlin¹⁾.

Seit der Gründung des ISI im Jahr 1885 fanden 53 Weltkongresse in einem Zwei-Jahres-Rhythmus statt, der nur während des 1. und 2. Weltkrieges unterbrochen worden war. Der erstmals 1903 in Berlin tagende ISI-Weltkongress jährt sich 2003 zum 100. Mal.

Die Ziele der Zusammenkünfte von Statistikern aus aller Welt haben sich seit der Gründung des ISI nicht wesentlich verändert. Dazu gehört der gesamte Bereich der Weiterentwicklung theoretischer Fragen der Statistik mit der Einschätzung statistischer Methoden und Verfahren und der Förderung der statistischen Forschung. Dazu gehört auch die Verbesserung der statistischen Aus- und Fortbildung, und nicht zuletzt geht es um größere Anstrengungen für eine Verbesserung der internationalen Vergleichbarkeit von statistischen Ergebnissen. Gerade dieser letzte Aspekt hat in der jüngsten Vergangenheit an Bedeutung gewonnen: zum einen als Antwort auf die zunehmende

Globalisierung, die mit einer wachsenden Nachfrage nach weltweit vergleichbaren statistischen Informationen einhergeht, zum anderen als Antwort auf die rasante Entwicklung der Informationstechnik und der damit verbundenen Möglichkeiten für die Erstellung, Verbreitung und Auswertung von Statistiken.

Das ISI hat konsultativen Status im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) und bei der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO).

Das Nationale Organisationskomitee ist verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung des 54. ISI-Weltkongresses in Deutschland

Die Grafik verdeutlicht, wie die Statistiker der Bundesrepublik Deutschland die erforderlichen Vorbereitungen zum 54. Weltkongress organisiert haben. Dabei konnte man sich auf die übermittelten Erfahrungen der früheren Ausrichter von ISI-Weltkongressen stützen, hat aber auch ganz bewusst Schlussfolgerungen für die anstehende Arbeit aus den eigenen Beobachtungen – insbesondere während der vorangehenden Weltkongresse in Helsinki und Seoul – gezogen.

Das Nationale Organisationskomitee trägt die Gesamtverantwortung für die Vorbereitung und Durchführung des 54. ISI-Weltkongresses. Zu seinen Mitgliedern gehören



1) Dieser Berliner Kongress stand für die deutschen Statistiker allerdings unter denkbar ungünstigen Vorzeichen. Zwei Tage vor Beginn des Kongresses im Preußischen Herrenhaus löste der König das Abgeordnetenhaus auf, weil die Abgeordneten dem König ihre Zustimmung zur geplanten Heeresreform versagt und die dafür erforderlichen Finanzmittel nicht bewilligt hatten. Aus Protest gegen die Maßnahme des Königs und auch, um international ein Zeichen zu setzen, blieb ca. ein Drittel der deutschen Referenten dem Kongress fern, unter ihnen Dr. Virchow, A. Delbrück und Dr. Mommsen.

Aus: Elsner, E.: Macht und Zahl – Die Mächtigen, das Recht und die Statistik; herausgegeben von der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr; Stuttgart o.J.

Vertreterinnen und Vertreter aus allen Bereichen der Statistik, aus den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Hochschulen und Forschungseinrichtungen, aus Instituten der Marktforschung, der Mathematik und der Datenverarbeitung sowie einer ganzen Reihe von staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, Verbänden und Arbeitsgemeinschaften. Wie man sieht, ist ein nicht geringer Teil an Personen und Institutionen involviert, der jedoch, vor allem in der Startphase, auch dringend erforderlich war, um das Projekt „ISI-Weltkongress in Deutschland“ auf eine größtmögliche Basis zu stellen. Schließlich wird so ein Projekt erst dadurch mit Leben erfüllt, dass sich auch im nationalen Rahmen eine breite (Fach-)Öffentlichkeit mit ihm identifiziert, sei es durch Mithilfe bei der Schaffung organisatorischer Voraussetzungen und natürlich auch insbesondere durch eine breite inhaltliche Mitgestaltung.

Das Exekutivkomitee ist sozusagen der Vorstand des NOK. Bei ihm liegt die Gesamtkoordinierung und -steuerung der Kongressorganisation. Es konkretisiert die Ziele der Arbeit der sieben Ausschüsse, deren Vorsitzende diesem Gremium auch angehören. Das Exekutivkomitee evaluiert die Ergebnisse der Ausschussarbeit, wacht über die Umsetzung der Ausschussbeschlüsse und übernimmt die Vertretung des Nationalen Organisationskomitees nach außen, d. h. es hält Verbindung zum ISI, zur Bundesregierung und zu den Regierungen der Bundesländer.

Das Nationale Organisationskomitee und das Exekutivkomitee werden bei der Erfüllung aller technischen und organisatorischen Aufgaben von ihrer Geschäftsstelle unterstützt, die ihrerseits eng mit einer professionellen Kongressmanagement-Agentur und dem ICC zusammenarbeitet.

Die konzeptionelle und inhaltliche Arbeit wurde und wird hingegen durch die sieben Ausschüsse geleistet. Diese hatten in einem ersten Arbeitsschritt ihre Aufgaben definiert und dem Exekutivkomitee Konzeptionen zur Abstimmung und Entscheidung vorgelegt.

Das wissenschaftliche Programm wird durch das ISI und den Gastgeber gestaltet

Mit dem Erscheinen des „Informationsbulletin Nr. 1“ Anfang September 2002 (abrufbar unter www.isi-2003.de) muss die Vorbereitungsphase als abgeschlossen betrachtet werden. Das heißt, in den wesentlichen Bereichen wie Finanzen, wissenschaftliches Programm und Rahmenprogramm sind die organisatorischen Belange des Kongresses auf den Weg gebracht. Diese Bereiche sollen hier auch kurz beschrieben werden. Auf eine umfangreiche Darstellung kann verzichtet werden, weil das o. g. Informationsbulletin jedem potenziellen Teilnehmer und natürlich auch jedem generell Interessierten umfangreiche

türlich auch jedem generell Interessierten umfangreiche Detailinformationen anbietet.

Bezüglich der Finanzen enthält das „Informationsbulletin Nr. 1“ eine klare Aussage: „Der 54. ISI-Weltkongress ist finanziell von der Bundesregierung abgesichert“. Als Sponsoren für den Weltkongress konnten u. a. die Deutsche Telekom, SAS und die Lufthansa gewonnen werden.

Für die Registrierungsgebühren wurde ein gestaffeltes Preissystem entwickelt, das die Teilnehmer und Gäste des 54. Weltkongresses in fünf Kategorien einteilt (vom ISI-Mitglied, dem Mitglied einer ISI-Sektion über den Studenten zum „einfachen Teilnehmer“ und der Begleitperson) und unterschiedliche Registrierungszeitpunkte ebenso berücksichtigt wie andere Umstände. Zu diesen gehört, dass Kongressteilnehmern aus Entwicklungsländern die Möglichkeit eingeräumt wird, finanzielle Unterstützung zu erhalten. Dies geht auf eine Vereinbarung des ISI mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Carl-Duisberg-Gesellschaft zurück. Der geschäftsführende ISI-Vorstand und der Vorstand der Deutschen Statistischen Gesellschaft haben außerdem vereinbart, dass die Teilnahmegebühr für die Statistische Woche 2003 in Potsdam (50 Euro) auf die Registrierungsgebühren des ISI-Kongresses angerechnet wird, um möglichst vielen Interessenten die Teilnahme an beiden Veranstaltungen zu ermöglichen. Teilnehmer/-innen der Statistischen Woche 2003 erhalten kostenfreien Zugang zum 54. ISI-Weltkongress am letzten Tag der Veranstaltung.

Das **wissenschaftliche Programm** beinhaltet zwei Arten von Kongressbeiträgen: die Invited Papers (angeforderte Beiträge) und die Contributed Papers (freie Beiträge).

Die Verantwortung für die Invited Paper Sessions liegt nicht beim Gastgeberland, sondern beim ISI-Programm-Koordinierungskomitee. Bereits während des 53. ISI-Weltkongresses in Seoul haben das ISI-Programm-Komitee und Vertreter der fünf ISI Sektionen einen Programmentwurf für den 54. Weltkongress mit insgesamt 85 Invited Paper Sessions erarbeitet (aus ca. 160 Vorschlägen) mit der Zielrichtung, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen allgemeinen und spezialisierten Themen zu finden. Für jede Session wurde ein Organisator benannt, der Vorschläge für Referenten in seiner Session macht. Zwölf der 85 Organisatoren für Invited Paper Sessions kommen aus der Bundesrepublik Deutschland. Mit Blick auf die bereits erwähnten Jubiläen wurde eine Session auch zu diesem Themenkreis vorgesehen. Unter dem Titel „Zur Feier von 150 Jahren Statistik seit dem Statistischen Weltkongress 1853“ lädt Jean-Louis Bodin (Frankreich) dazu ein, sich mit statistikhistorischen Aspekten zu beschäftigen.

In der Hand des Gastgeberlandes und somit beim Nationalen Wissenschaftlichen Programm-Komitee liegt die Aus-

gestaltung des Programmparts, der mit den freien wissenschaftlichen Beiträgen bestritten wird, den Contributed Papers. Als solche gelten all jene Beiträge, die von Kongressteilnehmern auf eigene Initiative eingereicht werden, wobei auch eine gemeinschaftliche Autorenschaft möglich ist. Unter der Regie des Nationalen Wissenschaftlichen Programm-Komitees wurde eine Liste mit 100 Themenvorschlägen erarbeitet, die den Kongressteilnehmern für die Einreichung der Contributed Papers als Orientierungshilfe dienen soll. Das gesamte wissenschaftliche Programm des Kongresses verteilt sich auf 15 Zeiteinheiten mit maximal 14 Parallelveranstaltungen.

Auf die Ausgestaltung des **Rahmenprogramms** wird von jedem Gastgeber eines ISI-Weltkongresses große Sorgfalt und Phantasie verwandt. Schließlich erhält der Veranstalter hier Gelegenheit, sich und sein Land gegenüber zweibis dreitausend Wissenschaftlern aus ca. 150 Ländern weltweit zu präsentieren.

Dass dabei jedes gastgebende Land seine eigenen Schwerpunkte setzt, versteht sich von selbst und macht

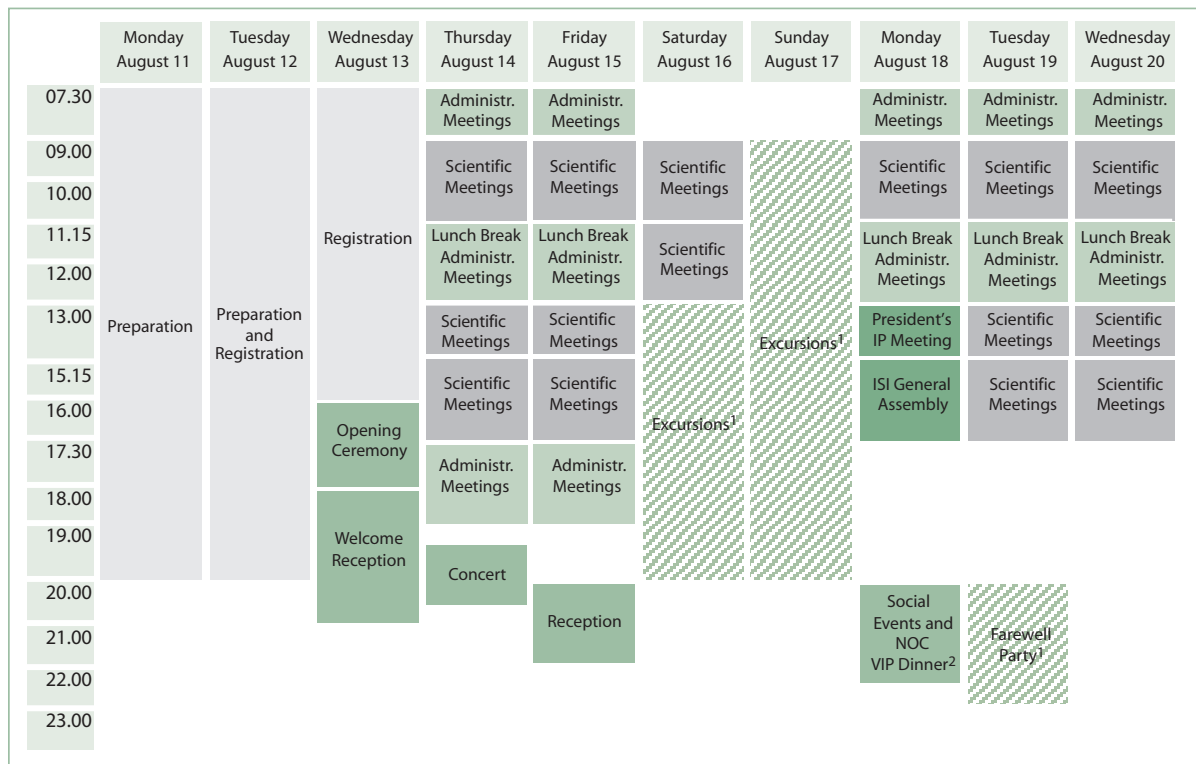
auch den Reiz dieses Teils der ISI-Weltkongresse aus. Auch die Teilnehmer des 54. Weltkongresses erwartet ein abwechslungsreiches und interessantes Rahmenprogramm. In ihm wird es reichlich Gelegenheit zur Kommunikation geben (bei Empfängen im großen und kleineren Rahmen), aber auch Entspannung und Unterhaltung werden nicht zu kurz kommen, sei es bei einem klassischen Konzert oder auch bei Programmeinlagen während der Empfänge. Anderthalb Tage stehen den Kongressteilnehmern am Wochenende zur Verfügung, um bei Bustouren durch Berlin sowie in die nahe (Potsdam und Spreewald) und weitere (Hamburg und Dresden) Umgebung Land und Leute kennen zu lernen.

Die nachfolgende Grafik veranschaulicht den gesamten Kongressablauf.

54. Session of the International Statistical Institute(ISI), Berlin, August 13 to 20, 2003

General Schedule

Stand: Juni 2002



ISI 2003

1 Fee: not included in the registration fee
2 Not part of the official programme

Die Öffentlichkeitsarbeit setzte weit vor Kongressbeginn ein

Während in den meisten Bereichen nach fast erledigter Arbeit dem Beginn des Kongresses entgegengewartet werden kann oder „nur noch“ Feinabstimmungen anliegen, wird ein anderer Bereich nun zunehmend gefordert sein: die **Öffentlichkeitsarbeit**. Bereits weit im Vorfeld des Kongresses hat es hier eine erste Bewährungsprobe gegeben: die Vorbereitung der Präsentation Deutschlands als zukünftigen Gastgeber auf dem 53. ISI-Weltkongress in Seoul. In den nächsten Wochen und Monaten bis zum Kongressbeginn wird der Ausschuss „Öffentlichkeitsarbeit“ in enger Abstimmung mit der Geschäftsstelle und der Kongressmanagementagentur die folgenden Arbeitsbereiche betreuen:

- ❑ Erarbeitung aller Druckerzeugnisse des Kongresses: Informationsbulletin Nr. 1 (liegt seit Anfang September 2002 vor) und Nr. 2 (liegt seit März 2003 vor), Veröffentlichung der Kongressbeiträge, Programm-Taschenbuch, Tagesbulletins, Ausstellungsführer, Kongressbericht;
- ❑ Erarbeitung des kongressbezogenen Internetangebots;
- ❑ Konzipierung und Umsetzung genereller und zielgruppenorientierter Maßnahmen der Werbung für den Kongress;
- ❑ Kontakte zu den Medien vor und während des Kongresses und
- ❑ Gewährleistung eines einheitlichen Erscheinungsbildes.

Eine Ausstellung bietet zusätzliche Informationen rund um die Statistik

Zum Thema „Statistics, Information and Networks“ sind Hersteller moderner Informations- und Kommunikationstechnik im Rahmen einer kongressbegleitenden Ausstellung eingeladen, dem breiten Fachpublikum ihre Produkte vorzustellen. Es ist bislang auf den ISI-Weltkongressen auch üblich gewesen, dass sich sowohl das Gastgeberland als auch die nachfolgenden Gastgeber (dies werden 2005 Australien und 2007 Portugal sein) präsentieren.

Die statistischen Ämter des Bundes und der Länder werden sich und ihre Arbeit auf einem gemeinsamen Ausstellungsstand mit dem Ziel darstellen, dem internationalen Publikum das Funktionieren der amtlichen Statistik in der föderal organisierten Bundesrepublik Deutschland zu veranschaulichen. Dazu werden in erster Linie die Gemeinschaftsprodukte präsentiert. Die einzelnen Landes-

ämter werden insbesondere ihre mehrsprachigen Veröffentlichungen vorstellen. Das Statistische Landesamt Berlin wird die Neuauflage der kleinen Berlin-Statistik in englischer Fassung vorlegen.

Eine Beteiligung an der o. g. Ausstellung haben auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und die Deutsche Statistische Gesellschaft angekündigt. Berlin und Brandenburg werden an einem Gemeinschaftsstand die Stadt und die Region vorstellen.

Neben dem fachbezogenen Teil der Ausstellung wird den Teilnehmern des Kongresses eine Wanderausstellung des Hauses für Deutsche Geschichte präsentiert. Unter dem Titel „Deutschlandbilder – das vereinigte Deutschland in der Karikatur des Auslands“ werden ausgewählte Karikaturen der internationalen Presse gezeigt.

Satellitenveranstaltungen ergänzen das wissenschaftliche Programm vor und nach dem Kongress

Rund um den 54. ISI-Weltkongress werden sieben wissenschaftliche Satellitenveranstaltungen stattfinden (u. a. in Dortmund, Tartu/Estland, Szczecin/Polen, Barcelona/Spanien), zehn so genannte Short Courses, zwei Tutorien und ein Open Meeting. Dem Fachpublikum wird damit zusätzlich Gelegenheit zum Meinungsaustausch und wissenschaftlichen Streitgespräch geboten. Das Statistische Landesamt Berlin wird in den Tagen vor der Eröffnung des Weltkongresses zwei Short Courses in seinem Haus beherbergen.

Zu den Satellitenveranstaltungen gehört auch die Statistische Woche 2003 vom 21. bis 23. August in Potsdam. Tagungsort wird die Universität Potsdam sein. Zu den Mitorganisatoren gehören neben der Deutschen Statistischen Gesellschaft die Deutsche Gesellschaft für Demographie, Eurostat und SCORUS.

Am 13. August 2003 wird im ICC – vor der offiziellen Eröffnung des Kongresses – das ISI-Committee on Professional Ethics das bereits oben erwähnte Open Meeting abhalten.

Schlussbemerkung

Man kann wohl mit Fug und Recht behaupten, dass die Weichen für ein gutes Gelingen des 54. ISI-Weltkongresses in Berlin gestellt sind. Jeder hat in seinem Verantwortungsbereich schon jetzt seinen entscheidenden Beitrag geleistet. Dazu gehören selbstverständlich auch all diejenigen, die sich um die technische Seite des Projektes „Weltkongress“ zu kümmern haben. Wie in allen anderen Bereichen ist man auch hier weit über die Startphase hinausgelangt. Die Bedarfserfassung ist abgeschlossen, und der Einsatz einer zeitgemäßen PC- und Telekommunikationstechnik Tele-

kommunikationstechnik wird im Zusammenspiel zwischen ICC, Sponsoren, Kongressmanagementagentur und Geschäftsstelle abgestimmt.

Mehr als 100 Mitarbeiter/-innen aus dem Statistischen Bundesamt und aus den Landesämtern Berlin und Brandenburg haben sich bereit erklärt, bei der Vorbereitung und ganz besonders auch bei der Durchführung des 54.

ISI-Weltkongresses dabei zu sein. Sie werden in den unterschiedlichsten Bereichen eingesetzt.

Dieses große persönliche Engagement kann nicht hoch genug geschätzt werden, denn – die Wiederholung sei gestattet – das Projekt kann nur gelingen, wenn es auch national auf einer sehr breiten Basis steht, und zwar sowohl organisatorisch als auch inhaltlich.

Sybille Gram
Statistisches Landesamt Berlin

Abfallentsorgung im Land Brandenburg 1997 bis 2000

In Brandenburg besteht bei der Abfallentsorgung im untersuchten Zeitraum ein deutlicher Trend zu weniger unspezifiziertem Abfall. Die Abfallsortierung und -behandlung haben dagegen zugenommen.

In vier Jahren wurde rund ein Viertel weniger Hausmüll eingesammelt. Die Mengen an eingesammelten Verpackungen nahm jedoch um die Hälfte zu.

In Sortieranlagen und Zerlegeeinrichtungen wurden im Jahr 2000 fast 80 Prozent mehr Abfälle behandelt als im Jahr 1996. Zugenommen hat auch der Einsatz von Abfällen auf Kompostieranlagen, der im Jahr 2000 mehr als das Doppelte von 1996 betrug.

Vorbemerkungen

Seit dem Jahr 1996 werden die Statistiken der Abfallwirtschaft gemäß der Paragraphen 3 bis 5 des Gesetzes über Umweltstatistiken (Umweltstatistikgesetz – UStatG) vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2530) erstellt.

Entsprechend § 3 Abs. 1 Nr. 1 des UStatG werden Betreiber von zulassungsbedürftigen Anlagen der Abfallentsorgung jährlich, unter anderem nach der Menge der bewältigten Abfälle befragt, wobei die amtliche Statistik zwischen Anlagen der Entsorgungswirtschaft und betrieblichen Anlagen unterscheidet. Dabei werden nur die nicht besonders überwachungsbedürftigen Abfälle¹⁾ erhoben. Die Mengen der nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) besonders überwachungsbedürftigen Abfälle, über die Nachweise zu führen sind, werden als Sekundärstatistik maschinell von den zuständigen Behörden übernommen (§ 4 UStatG).

Gemäß § 3 Abs. 2 geben im Abstand von 4 Jahren die zuständigen Entsorgungsträger im Land Brandenburg sowie von ihnen beauftragte Dritte Auskunft über die Mengen an eingesammeltem Hausmüll bzw. die außerhalb der öffentlichen Müllabfuhr eingesammelten Abfälle.

Laut § 5 UStatG werden alle zwei Jahre Unternehmen befragt, die bestimmte Abfälle verwerten. Dazu gehören Betreiber von Anlagen zur Aufbereitung von Bauschutt und Straßenaufbruch, Betreiber von Anlagen zur Aufarbeitung und Verwertung von Kunststoffen sowie Betriebe der Glas- und Papierindustrie, die Altmaterial wieder einsetzen.

Über den Einsatz von Bodenaushub, Bauschutt und Straßenaufbruch bei öffentlichen Bau- und Rekultivierungs-

maßnahmen geben die nach Landesrecht zuständigen Behörden Auskunft.

Jährlich werden Unternehmen und Einrichtungen befragt, die gebrauchte Verkaufsverpackungen bzw. Transport- und Umverpackungen einsammeln.

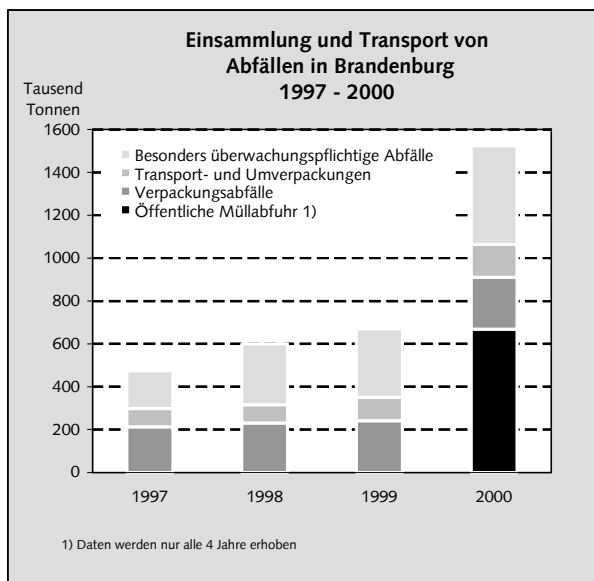
Einsammlung und Transport von Abfällen

Im Land Brandenburg wurden im Jahr 2000 durch die öffentliche Müllabfuhr 693 921 Tonnen Abfall eingesammelt. Gegenüber der letzten Erhebung im Jahr 1996 sind das 193 932 Tonnen weniger. Das entspricht einer Verringerung des Müllaufkommens um 21,8 Prozent. Der Haus- und Sperrmüll verringerte sich in diesem Zeitraum um 20,1 Prozent. Je Einwohner des Landes fielen im Jahr 2000 ca. 252,6 kg Haus- und Sperrmüll an, das sind fast 70 kg pro Kopf weniger als 1996.

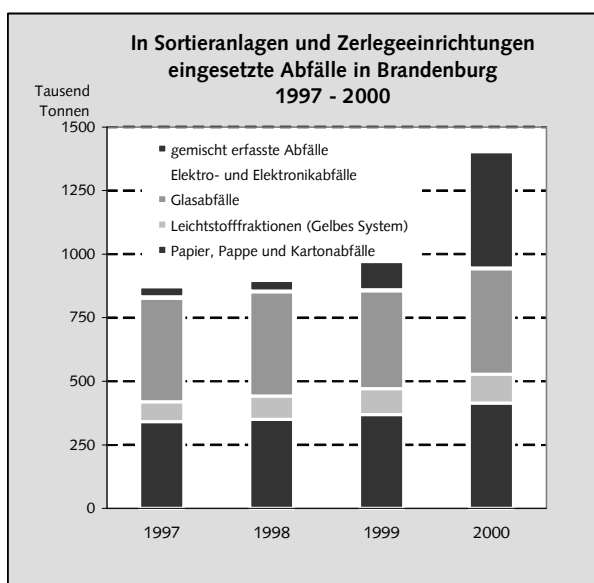
Bei privaten Endverbrauchern wurden in den Jahren von 1997 bis 2000 im Durchschnitt 231 000 Tonnen Verkaufsverpackungen eingesammelt. Dabei steigerte sich die Menge von 212 780 Tonnen im Jahr 1997 auf 241 767 Tonnen im Jahr 2000 bzw. um 13,6 Prozent. Den größten Anteil haben im Jahr 2000 mit 43,5 Prozent die Verpackungen aus Glas, gefolgt von den Leichtstofffraktionen mit 33,8 und den Papier-, Pappe- und Kartonverpackungen mit 22,4 Prozent.

Die Erhebung der Einsammlung von Transport-, Verkaufs- und Umverpackungen bei industriellen Endverbrauchern ergab eine Steigerung um 79,6 Prozent. Wurden 1997 insgesamt 86 016 Tonnen Verpackungen eingesammelt, so waren es im Jahr 2000 bereits 154 475 Tonnen. Den größten Anteil haben im Jahr 2000 mit 57,8 Prozent die Verpackungen aus Papier, Pappe und Karton.

1) Besonders überwachungsbedürftige Abfälle sind laut KrW-/AbfG Stoffe, die nach Art, Beschaffenheit oder Menge in besonderem Maße gesundheits-, luft- oder wassergefährdend, explosibel oder brennbar sind oder Erreger übertragbarer Krankheiten enthalten oder hervorbringen können.



Von den Betrieben und Unternehmen des Landes Brandenburg wurden im Jahr 1997 insgesamt 175 319 Tonnen besonders überwachungsbedürftige Abfälle erzeugt und abgegeben. Im Jahr 2000 waren es 459 684 Tonnen, das ist ein Anstieg auf mehr als das 2,5-fache. Der Schwerpunkt der Abfallentstehung, über ein Viertel der Abfälle, lag im Jahr 1997 noch im Wirtschaftszweig „Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen“. Im Jahr 2000 kamen ca. 25 Prozent der Abfälle aus dem Wirtschaftszweig „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung“ sowie weitere 21 Prozent aus dem Wirtschaftszweig „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“. Bei den besonders überwachungsbedürftigen Abfällen handelt es sich zu 75 Prozent um Bau- und Abbruchabfälle.



Behandlung von Abfällen

Die nicht besonders überwachungspflichtigen Abfälle werden im Land Brandenburg den verschiedensten Behandlungen unterzogen, um sie weiterhin verwerten zu können. So wurden 1997 insgesamt 871 259 Tonnen an Sortieranlagen bzw. Zerlegeeinrichtungen angeliefert. Im Jahr 2000 waren es 1 402 604 Tonnen, das sind 61 Prozent mehr.

351 374 Tonnen Abfälle wurden 1997 an Schredderanlagen geliefert, im Jahr 1999 waren es 450 528 Tonnen, das ist eine Steigerung um 28,2 Prozent. Im Jahr 2000 hingegen verringerte sich die Menge auf 328 413 Tonnen.

An übrige Behandlungsanlagen, wie chemisch-physikalische, mechanisch-biologische Bodenbehandlungs- und sonstige Anlagen wurden 1997 zusammen 85 140 Tonnen Abfälle angeliefert. Im Jahr 2000 waren es 438 956 Tonnen. Das entspricht einer Steigerung auf mehr als das Fünffache. Auch an Kompostieranlagen wurden in dieser Zeit 59,4 Prozent mehr Abfälle angeliefert. Waren es 1997 noch 510 495 Tonnen, so steigerte sich die Anlieferung bis zum Jahr 2000 auf 813 507 Tonnen.

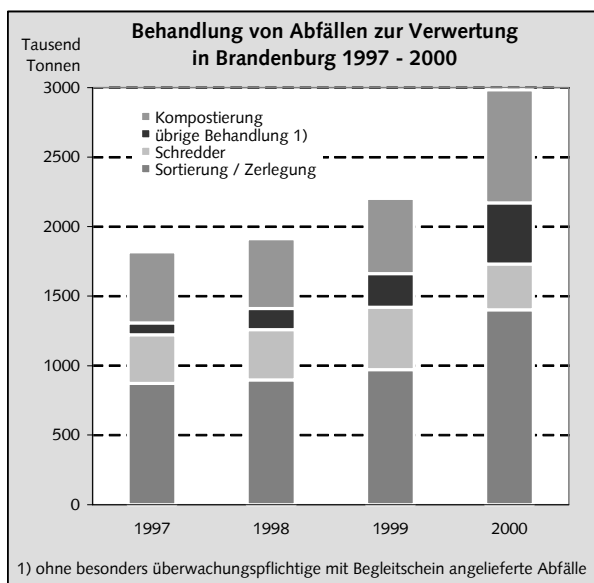
In Anlagen zum Recycling von Bauschutt, Baustellenabfällen, Bodenaushub und Straßenaufbruch wurden 1998 rund 6,3 Millionen Tonnen eingesetzt. Im Jahr 2000 waren es 6,2 Millionen Tonnen, 1,7 Prozent weniger.

1998 wurden in Anlagen zur Aufarbeitung und Verwertung von Kunststoffen 76 586 Tonnen Kunststoffe aufgearbeitet und 16 056 Tonnen werkstofflich verwertet. Zwei Jahre später wurden 82 525 Tonnen aufgearbeitet und 7 582 Tonnen verwertet. Das ergibt bei der Aufarbeitung eine Steigerung um 7,8 Prozent. Im Jahr 2000 wurden bei der werkstofflichen Verwertung aber nur 47,2 Prozent und bei der rohstofflichen Verwertung 66,5 Prozent der Mengen der Vorerhebung eingesetzt.

Der Einsatz von Altmaterial in der Papierindustrie steigerte sich um 5,5 Prozent von 688 277 Tonnen im Jahr 1998 auf 726 336 Tonnen im Jahr 2000. In der Glasindustrie ist im gleichen Zeitraum der Einsatz von 394 930 Tonnen Altglas auf 347 208 Tonnen bzw. um 12,1 Prozent gesunken.

Ablagerung und thermische Behandlung von Abfällen

Auf Deponien der Entsorgungswirtschaft wurden 1997 noch 4,4 Millionen Tonnen Abfälle (ohne besonders überwachungspflichtige) angeliefert. Bis zum Jahr 2000 verringerte sich diese Menge auf 3,1 Millionen Tonnen, das sind nur noch 70,8 Prozent. Rund zwei Drittel dieser deponierten Abfälle stammen aus dem Land Brandenburg.



75 bis 85 Prozent der von Betrieben behandelten oder eingesetzten Abfälle wurden auf betriebseigenen Deponien abgelagert. Die Mengen waren über die Jahre 1997 relativ stabil. Im Jahr 2000 waren es 2,6 Millionen Tonnen gegenüber 2,7 Millionen Tonnen im Jahr 1997; also ein Rückgang um 1,1 Prozent.

Auch im Bergbau werden Abfälle zur Auffüllung von Gruben und Hohlräumen verwertet. Zur Verfüllung von über-tägigen Abbaustätten ¹⁾ wurden 1997 noch 7,3 Millionen Tonnen Abfälle eingesetzt, 63,2 Prozent davon waren Bau- und Abbruchabfälle. Im Jahr 2000 wurden 4,8 Millionen Tonnen Abfälle eingesetzt, das sind nur noch knapp zwei Drittel, davon waren nur noch 34,9 Prozent Bau- und Abbruchabfälle.

Im untertägigen Bergbau erfolgt die Verfüllung ²⁾ nach Bergrecht zur Abwehr von Gefahren. Die jährlich einge-brachten Mengen mineralischer Abfälle unterliegen star-ken Schwankungen. So wurden in den Jahren von 1997 im Durchschnitt 80 940 Tonnen Abfälle eingebracht.

Die thermische Beseitigung von Abfällen in Anlagen der Entsorgungswirtschaft lässt sich im Land Brandenburg aus Datenschutzgründen nicht darstellen. Hier kommen fast ausschließlich besonders überwachungspflichtige Abfälle zum Einsatz.

In betrieblichen Abfallverbrennungsanlagen schwankt der Einsatz von Abfällen in den betrachteten Jahren stark. Wurden in den Jahren 1997 und 1998 nach 54 203 bzw. 65 801 Tonnen Abfälle in Verbrennungsanlagen einge-



setzt, waren es 1999 sogar 152 691 Tonnen. Im Jahr 2000 nur 37 141 Tonnen, was 68,5 Prozent der Menge von 1997 ausmacht, verbrannt.

10 bis 15 Prozent der gesamten betrieblichen behandelte Abfälle wurden in Feuerungsanlagen eingesetzt. 1997 wa-ren es 337 717 Tonnen Abfälle und 538 207 Tonnen im Jahr 2000. Das entspricht einer Steigerung um 59,4 Pro-zent.

Verwertung von Abfällen

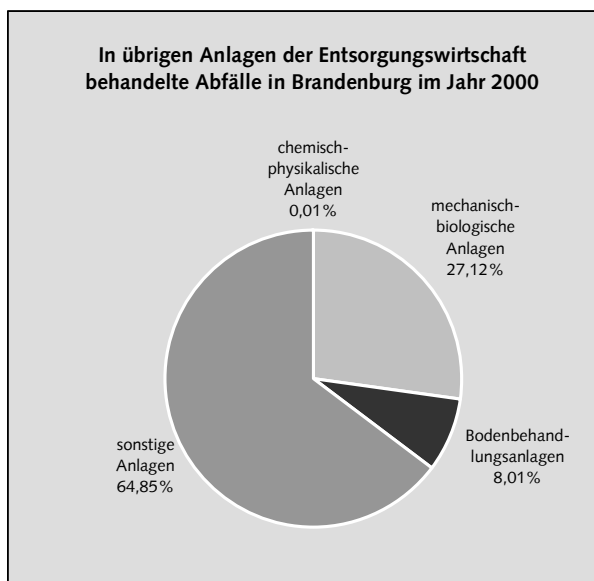
Die Betrachtung der Mengen der in chemisch-physikali-schen, mechanisch-biologischen sonstigen Anlagen und Bodenbehandlungsanlagen behandelten Abfälle geben kein umfassendes Bild der Leistung dieser Anlagen wieder, da einerseits nur die Mengen an nicht besonders überwa-chungspflichtigen Abfällen angegeben sind, andererseits Angaben auf Grund des Schutzes von Einzelangaben ge-heim zu halten sind.

Von den betrachteten betrieblichen Abfällen wurden 1997 etwa 3,2 Prozent an weiterverarbeitende Betriebe und rund 0,2 Prozent an Dritte zur Verwertung abgegeben. Im Jahr 2000 erhöhten sich diese Mengen auf 3,3 bzw. 0,6 Prozent.

In Bauschuttrecyclinganlagen wurden 1998 6,1 Millionen Tonnen verwertbare Erzeugnisse gewonnen, das sind 96 Prozent der eingesetzten Abfälle, im Jahr 2000 waren es 5,9 Millionen Tonnen, das ist ein Verwertungsanteil von 94,9 Prozent.

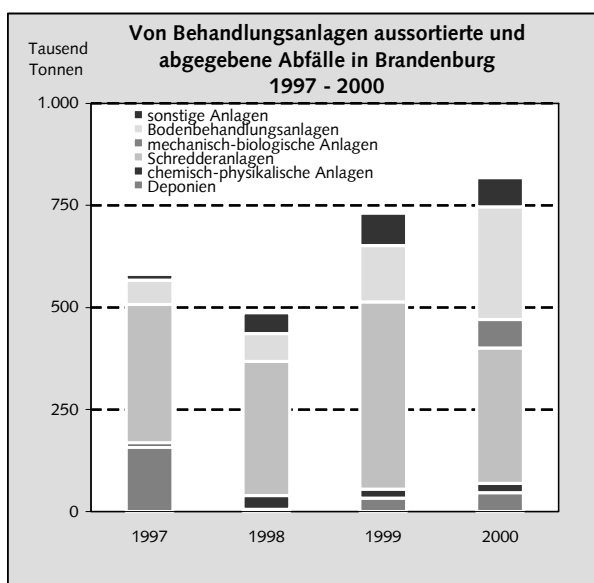
1) Die Verfüllung von über-tägigen Abbaustätten gilt als Verwertung von Abfällen im Sinne des KrW-/AbfG, im Gegensatz zur Ablagerung von Abfällen auf Deponien. Hierbei gelten einschränkende Zulassungskriterien.

2) Die Verwertung bergbaufremder Abfälle im untertägigen Bergbau dient im Land Brandenburg der Abwehr von Gefahren aus stillgelegten bergbaulichen Anlagen.



Von den in Anlagen der Entsorgungswirtschaft eingesetzten Abfällen (ohne reine Sortieranlagen und ohne Kompostieranlagen) wurden 1997 insgesamt 580 978 Tonnen und im Jahr 2000 sogar 817 440 Tonnen nach der Aus-sortierung wieder abgegeben. Das ist eine Steigerung auf 140,7 Prozent. Davon wurden 1997 noch 73,1 Prozent zur weiteren Verwertung abgegeben, im Jahr 2000 waren es 66,0 Prozent. In dieser Menge ist der Ausstoß der Schredderanlagen im Jahr 1997 mit 338 373 Tonnen enthalten, im Jahr 2000 lag er bei 331 606 Tonnen; das ist ein leichter Rückgang um 2 Prozent. Über 90 Prozent der Menge wurde an Verwerterbetriebe geliefert.

Auf Bodenbehandlungsanlagen wurden 1997 noch 59 972 Tonnen abgegeben, davon fast alles (99,9 Prozent) zur weiteren Verwertung. Im Jahr 2000 waren es dagegen 275 704 Tonnen, aber nur knapp die Hälfte



(48,7 Prozent) konnte einer Verwertung zugeführt werden.

In sonstigen Anlagen wurden 1997 nur 13 984 Tonnen nicht besonders überwachungsbedürftige Abfälle abgegeben, davon rund zwei Drittel zur Verwertung. Im Jahr 71 229 Tonnen, davon gingen 92,6 Prozent an Verwerterbetriebe.

Von den in Sortieranlagen und Zerlegeeinrichtungen behandelten Abfälle wurden 1997 insgesamt 340 862 Tonnen, rund 83 Prozent, an Verwerterbetriebe abgegeben. Im Jahr 2000 waren es 1,15 Millionen Tonnen, knapp 82 Prozent der eingesetzten Menge.

Die Mengen des erzeugten Komposts in Kompostieranlagen lassen sich den eingesetzten Abfallmengen nur bedingt gegenüber stellen, da Kompost mehrere Jahre zur Reife benötigt. Im Jahr 1998 wurden 331 072 Tonnen erzeugt. Davon wurden abgegeben: 17,1 Prozent an Land- und Forstwirtschaftliche Betriebe, 53,5 Prozent zur Landschaftsgestaltung und -pflege und 12,5 Prozent an private Haushalte. Im Jahr 2000 wurden 398 177 Tonnen erzeugt, von denen 14,5 Prozent in die Land- und Forstwirtschaft, 54,7 Prozent zur Landschaftsgestaltung und -pflege sowie 9,2 Prozent an private Haushalte gingen.

Trends und Entwicklungen

Im Ergebnis der abfallstatistischen Erhebungen im Jahr 2000 ist ein deutlicher Trend zu weniger unspezifiziertem Abfall und mehr Sortierung und Behandlung zu erkennen.

So wurde rund ein Viertel weniger Hausmüll eingesammelt als noch vor vier Jahren. Die Mengen an eingesammelten Verpackungen dagegen stiegen im gleichen Zeitraum um 50 Prozent.

In Sortieranlagen und Zerlegeeinrichtungen wurden im Jahr 2000 im Vergleich zu 1996 fast 80 Prozent mehr Abfälle behandelt.

Insgesamt ist die Abfallmenge im Land Brandenburg rückläufig. Die Erhebungen der betrieblichen Abfälle und der Abfälle, über die Nachweise zu führen sind, zeigen zusammen im gleichen Zeitraum eine Verringerung der Abfallmenge um rund 4 Prozent.

In Anlagen zum Recycling von Bauschutt ging der Einsatz bis zum Jahr 2000 um über 15 Prozent zurück. Auch der Einsatz von Altglas in der Glasindustrie zeigt seit 1998 einen leicht rückläufigen Trend. Dagegen ist im Jahr 2000 der Einsatz von Kunststoffen zur Aufarbeitung um fast 8 Prozent und der Einsatz von Altpapier in Papierfabriken um über 5 Prozent angestiegen.

Der Trend zu mehr Behandlung zur Verwertung und weniger Ablagerung zeigt sich besonders bei den Kompostieranlagen. Gegenüber den Ergebnissen im Jahr 1997 wurden 59,4 Prozent mehr Abfälle im Jahr 2000 auf Kom-

postieranlagen eingesetzt. Dagegen verringerte sich die gesamte endgültige Ablagerung von Abfällen auf Deponien und Bergbaulagerstätten um über 26 Prozent.

Dagmar Kiersch

"Kreiszahlen – Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland" Ausgabe 2002



Die neue Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder "**Kreiszahlen - Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland**" Ausgabe 2002 ist soeben erschienen. Die Broschüre bietet einen Querschnitt der wichtigsten Daten und Fakten wie demografische, soziale und wirtschafts-

statistische Kennzahlen für alle kreisfreien Städte und Landkreise.

Die "Kreiszahlen" basieren auf der jährlich erscheinenden CD-ROM "Statistik regional", die darüber hinaus noch Daten in Form von Zeitreihen enthält.

Aus dem vielfältigen Datenangebot ergeben sich interessante **Vergleichsmöglichkeiten** für alle kreisfreien Städte und Landkreise Deutschlands.

So wird die geringe **Bevölkerungsdichte** in der Prignitz (45,1 Einwohner je km²) und in Ostprignitz-Ruppin (45,0) durchaus im Norden Deutschlands noch unterboten. In den Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns Mecklenburg-Strelitz (42,1) und Müritz (40,8) sowie

im niedersächsischen Landkreis Lüchow-Dannenberg (42,7) lebten noch weniger Menschen auf einem Quadratkilometer. Bei der **Arbeitslosenquote** war Potsdam Mitte 2001 mit 11,6 mit Braunschweig und Essen (jeweils 11,5) vergleichbar. Die Brandenburger **Industriedichte** lag mit 35,2 Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe je 1000 Einwohner im Jahr 2000 zwar knapp über der Berlins (33,1), aber deutlich unter dem Deutschland-Durchschnitt von 78,3.

Die Broschüre "Kreiszahlen - Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland" Ausgabe 2002 ist zum Preis von 13 EURO und die CD-ROM "Statistik regional" zum Preis von 148 EURO zu beziehen beim:



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52
14410 Potsdam



Fax: 0331 39-418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ist eine der großen Haushaltsbefragungen der amtlichen Statistik in der Bundesrepublik Deutschland, die seit 1962/1963 alle fünf Jahre durchgeführt wird. Im Jahr 2003 findet nun die neunte bzw. in den neuen Ländern die dritte EVS statt. Sie wird im wesentlichen an die vorangegangene anknüpfen, sich aber auch in einigen Punkten von ihr unterscheiden.

Auf freiwilliger Basis geben private Haushalte unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen Auskunft über ihre Einnahmen und Ausgaben. Darüber hinaus werden Angaben zur Ausstattung mit technischen Gebrauchsgütern wie z. B. Pkws, Mobiltelefonen, Videocameras, Computern und Internetanschlüssen sowie zu Wohnverhältnissen, zu Geldvermögen und Krediten erfragt. Wozu benötigt man eine EVS? Wie viele Haushalte sollen in die Erhebung einbezogen werden und was für Haushalte sind das? Wie ist die EVS konzipiert und wie läuft sie ab? Was hat sich gegenüber der letzten Erhebung 1998 geändert? Wie erfolgt die Aufbereitung der Daten und wann ist mit ersten Ergebnissen zu rechnen?

Auf diese und ähnliche Fragestellungen wird im folgenden Beitrag eingegangen.

Vorbemerkungen

Die zunehmende Belastung privater Haushalte durch direkte und indirekte Steuern, durch Sozialabgaben und die steigenden Aufwendungen für den Privaten Konsum sind gerade nach Einführung der neuen Währung vermehrt Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Diese Fragen sind jedoch ohne aktuelles Datenmaterial nicht zu beantworten. Die Ermittlung von Daten über die Struktur der Einnahmen und Ausgaben bildet naturgemäß den Schwerpunkt jeder EVS.

Wie sich das Einkommen privater Haushalte entwickelt hat und wie es sich zusammensetzt, ob und um wie viel der Anteil der Ausgaben für das Wohnen gestiegen ist, wie sich die Anteile der Ausgaben für die Ernährung und Bekleidung oder das Reisen entwickelt haben, ob die Zahl der Internetanschlüsse und Handybesitzer sprunghaft gestiegen ist oder welche Anlageformen bei privaten Haushalten im Trend liegen, lässt sich nur aus den Ergebnissen der EVS klären.

Da es sich bei der EVS um eine Erhebung auf freiwilliger Basis handelt, werden die privaten Haushalte durch Werbemaßnahmen und eine kleine finanzielle Anerkennung zur Mitarbeit gewonnen. Auf Bundes- und Landesebene wird mit Presseerklärungen, Plakataktionen, Faltblättern, Medienbeiträgen und zielgruppenorientierten Maßnahmen intensiv geworben, um interessierten Haushalten die Möglichkeit einer Teilnahme aufzuzeigen. Auch in größeren Unternehmen, Ämtern und öffentlichen Einrichtungen mit Publikumsverkehr wird umfangreiches Informationsmaterial ausgelegt. Neben der finanziellen Anerkennung liegt die besondere Betonung beim persönlichen Nutzen für den privaten Haushalt bei einer Teilnahme an der Er-

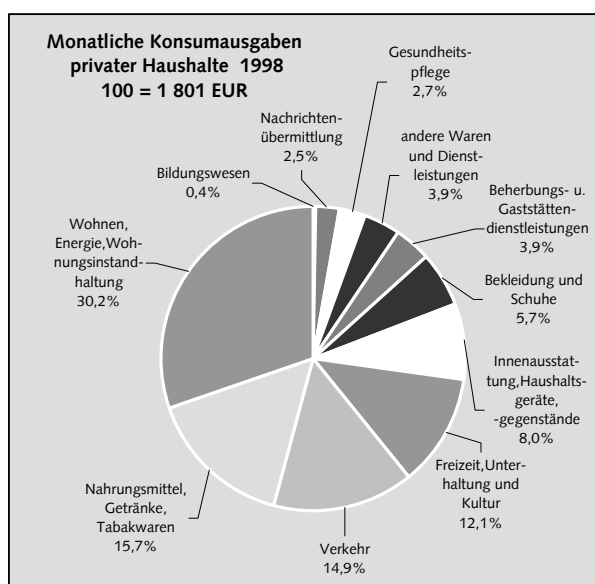
hebung, in dem er sich einen finanziellen Überblick über den Verbleib seines Geldes verschaffen kann.

Die EVS ist Bestandteil des Gesamtsystems der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte, das neben der EVS noch die monatliche Durchführung der laufenden Wirtschaftsrechnungen beinhaltet. Gesetzliche Grundlage ist das Gesetz über die Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte in der im Bundesgesetzblatt (BGBl.) Teil III, Gliederungs-Nr. 708-6, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 26. März 1991 (BGBl. I S. 846).

Erhebungsziele

An den Erhebungszielen der EVS hat sich im Grunde seit der ersten Erhebung im Jahr 1962/1963 nichts Wesentliches geändert. Es geht um einen möglichst umfassenden Einblick in die wirtschaftliche und soziale Lage privater Haushalte aller Gruppen der Bevölkerung. Wichtigste Aufgabe der EVS ist die Darstellung der erhobenen Daten über Einnahmen, Ausgaben, Vermögen, Schulden u. ä. in möglichst tiefer Gliederung nach sozioökonomischen Merkmalen von Haushalten.

Viele gesellschaftliche Bereiche sind auf solche Ergebnisse angewiesen. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft benötigen sie ebenso wie Medien, Verbände, Gewerkschaften, Kirchen und sogar Privatpersonen. Ohne Kenntnis der mit der EVS nachgewiesenen Strukturen laufen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Entscheidungen Gefahr, den tatsächlichen Lebensverhältnissen nicht ausreichend Rechnung zu tragen.



Ohne ihre Ergebnisse sind viele sozialwissenschaftliche Untersuchungen und Analysen nicht denkbar. So werden z. B. ihre Daten zur Festlegung der Sozialhilfesätze herangezogen und fließen in die Gestaltung von Steuerfreibeträgen für Haushalte mit Kindern sowie in Unterhaltsregelungen ein.

Schließlich sind die Daten der EVS wesentliche Grundlage für die Erstellung des Armuts- und Reichtumsberichtes als Basis für Entscheidungen der Bundesregierung.

Daneben werden die Ergebnisse für die Zusammensetzung des Warenkorb und die Ermittlung des Wägungsschemas für den Verbraucherpreisindex sowie für die Berechnung des Privaten Konsums im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen insbesondere bei Kaufkraftberechnungen genutzt.

Erhebungskonzept

Auch das Erhebungskonzept der EVS 2003 sieht wieder mehrere Erhebungsteile vor. Im Januar 2003 beginnt die Erhebung bei den privaten Haushalten mit dem sogenannten Einführungsinterview. Dabei sind zum Stichtag 1. Januar 2003 Fragen zur Zusammensetzung des Haushalts, zu den sozioökonomischen Merkmalen der Haushaltsmitglieder und zum Haushaltseinkommen sowie Fragen zu den Wohnverhältnissen und zur Ausstattung mit technischen Gebrauchsgütern zu beantworten.

Im Land Brandenburg ist das Einführungsinterview, wie in der Mehrzahl der Bundesländer, durch die privaten Haushalte selbst auszufüllen. In einigen Bundesländern wird das Einführungsinterview von geschulten Interviewern durchgeführt.

Zusätzlich zum Einführungsinterview erhalten die Haushalte einen kleinen Fragebogen zur Vermögenssituation und zu Schulden, die alle Haushalte in Ruhe und ungestört selbst ausfüllen und zurückschicken.

Danach werden die Haushalte gebeten, ein Haushaltsbuch zu führen. Dazu wird die Gesamtheit der teilnahmebereiten Haushalte in vier Teile zerlegt, wobei jede Teilstichprobe über einen Zeitraum von drei Monaten ihre Einnahmen und Ausgaben nach vorgegebenen Kategorien je Monat aufzeichnet. Das jeweilige Quartal kann dabei in der Regel nicht frei gewählt werden, sondern wird den Haushalten von den Statistischen Landesämtern vorgegeben. Im Interesse der Sicherung der erforderlichen Teilnahmequoten ist es in Ausnahmefällen aber möglich, entsprechende Hinweise oder Wünsche von Haushalten zu berücksichtigen.

Zur Erleichterung der Aufzeichnungen zu den Ausgaben im Haushaltsbuch erhalten die teilnehmenden Haushalte für jeden Monat ein Sammelnotizheft, in dem sie detailliert sämtliche Ausgaben im Monat notieren können. Nach Ablauf des Monats werden die Ausgaben je Aufgabenkategorie addiert und die Monatssumme in das Haushaltsbuch übertragen.

Die Aufzeichnungen im Haushaltsbuch werden ergänzt um ein Feinaufzeichnungsheft, in dem für einen vorgegebenen Monat des Quartals die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren detailliert nach Menge und Preis einzutragen sind. Da diese Ausgaben im Vergleich zu anderen geringeren Schwankungen unterliegen, werden nur etwa 20 Prozent der insgesamt an der EVS teilnehmenden Haushalte gebeten, dieses Heft zu führen.

Durch die Vorgabe des Erhebungsquartals und Feinaufzeichnungsmonats wird sichergestellt, dass sich die Anschreibungen aller Haushalte einer Schicht möglichst gleichmäßig auf den Erhebungszeitraum verteilen. Ohne dem wäre zu befürchten, dass in den Monaten mit vielen Feiertagen, Festlichkeiten, Urlaubs- und Erholungsreisen die Zahl der anschreibenden Haushalte niedriger wären als in den übrigen Monaten und Käufe mit starker saisonaler Klumpung (z. B. zu Ostern und Weihnachten) unterrepräsentiert wären.

Damit sich der Haushalt einen Überblick über seine Einnahmen und Ausgaben verschaffen kann, wird ihm ein Budgetblatt zur Verfügung gestellt, das aber nicht statistisch erfasst und aufbereitet wird.

Erhebungsablauf der EVS 2003												
Zeitraum	Erhebungsteile											
	1. Quartal			2. Quartal			3. Quartal			4. Quartal		
1. Januar 2003	Einführungsinterview											
Januar	■	■	■									
Februar	■	■	■									
März	■	■	■									
April				■	■	■						
Mai				■	■	■						
Juni				■	■	■						
Juli							■	■	■			
August							■	■	■			
September							■	■	■			
Oktober										■	■	■
November										■	■	■
Dezember										■	■	■

 Führung von Haushaltsbüchern

 Führung von Feinaufzeichnungsheften

Erhebungsmerkmale

Wie bei allen amtlichen Statistiken in Deutschland sind die in der EVS zu erhebenden Merkmale durch die gültige Rechtsgrundlage festgelegt. Danach sind zu erheben:

- ☐ die Zusammensetzung der Haushalte und ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sowie die Ausstattung der Haushalte mit technischen Gebrauchsgütern,
- ☐ die Einnahmen der Haushalte nach Quellen,
- ☐ die Verwendung der Einnahmen für
 - den Privaten Konsum (nach Art, Menge und Betrag),
 - Steuern und Abgaben,

- Beiträge zu Sozialversicherungen und zu privaten Versicherungen,
- Rückzahlungen von Schulden,
- Vermögensbildung,
- sonstige Zwecke.

Hinsichtlich der Anforderungen der Statistiknutzer ist ein gewisser Spielraum gegeben, insbesondere was die Festlegung dessen, was unter den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen zu verstehen ist, betrifft. Spielraum besteht auch bei der Befragung der Ausstattung mit technischen Gebrauchsgütern, die in Abhängigkeit von der Darstellung der Ergebnisse festgelegt werden kann. Zwei Erhebungskomplexe sind jedoch für die Gewinnung von sachlich richtigen, vollständigen und zuverlässigen Ergebnissen für jede EVS unabdingbar: die Erfassung der Wohnsituation und der Vermögensbestände und Schulden.

Aufteilung des Stichprobenumfanges der EVS 2003 auf die Bundesländer

Bundesland	Haushalte insgesamt	Stichproben-Haushalte	Auswahlsatz
	Tausend	Anzahl	Prozent
Baden Württemberg	4 615,2	8 880	0,19
Bayern	5 350,8	10 144	0,19
Berlin	1 787,4	3 781	0,21
Brandenburg	1 147,3	2 537	0,22
Bremen	353,1	878	0,25
Hamburg	894,8	2 029	0,23
Hessen	2 716,6	5 512	0,20
Mecklenburg-Vorpommern	807,7	1 850	0,23
Niedersachsen	3 564,8	7 038	0,20
Nordrhein-Westfalen	8 157,1	14 826	0,18
Rheinland-Pfalz	1 788,4	3 783	0,21
Saarland	500,7	1 203	0,24
Sachsen	2 069,9	4 315	0,21
Sachsen-Anhalt	1 207,8	2 657	0,22
Schleswig-Holstein	1 262,2	2 765	0,22
Thüringen	1 079,4	2 402	0,22
Deutschland	37 303,0	74 600	0,20

Erhebungsumfang

Entsprechend der Rechtsgrundlage können maximal 0,3 Prozent aller privaten Haushalte in die EVS einbezogen werden. Der vom Statistischen Bundesamt auf der Basis des Mikrozensus erarbeitete Stichprobenplan sieht im Jahr 2003 ein Erhebungssoll von bundesweit rund 75 000 zu befragenden Haushalten vor. Dies entspricht einem Auswahlsatz von 0,2 Prozent, d. h. der maximale Auswahlsatz wird nicht ausgeschöpft.

Nicht befragt werden Personen, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, sowie Bezieher mit besonders hohem Einkommen (18 000 EUR und mehr monatliches Haushaltsnettoeinkommen).

Stichprobenverfahren

Auch die EVS 2003 stellt eine geschichtete Quotenstichprobe dar. Testerhebungen haben ergeben, dass die Beteiligungsbereitschaft an einer Erhebung mit freiwilliger Beteiligung bei Anwendung eines methodisch vorteilhafteren Zufallsverfahrens zu gering ist. Darüber hinaus verteilen sich die Antwortausfälle nicht zufällig, sondern konzentrieren sich auf bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie z. B. die Haushalte von Arbeitern und Selbstständigen.

Der Quotenplan für die EVS 2003 wurde auf Basis des Mikrozensus 2000 für jedes Bundesland gesondert erstellt. Quotierungsmerkmale sind der Haushaltstyp, die soziale Stellung des/der Haupteinkommensbezieher/Haupteinkommensbezieherin und das Haushaltsnettoeinkommen. Die Merkmale (siehe nächste Seite) bestimmen entscheidend das Verbrauchsverhalten privater Haushalte und sind für die Ergebnisdarstellung von zentraler Bedeutung.

Organisation der Erhebung

Die EVS 2003 wird wie die früheren Erhebungen gemeinsam vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern durchgeführt. Die methodisch-technischen Vorbereitungsarbeiten, die Erstellung des Quotenplans, die Festlegung des Erhebungsprogramms, die Erstellung und der Druck der Erhebungsunterlagen erfolgen zentral in Verantwortung des Statistischen Bundesamtes im Benehmen mit den Statistischen Landesämtern.

Aufgabe der Statistischen Landesämter ist die Feldarbeit, vor allem die zeit- und kostenaufwendige Werbung der privaten Haushalte, die vom Statistischen Bundesamt durch eine allgemeine Öffentlichkeitsarbeit unterstützt wird sowie die Werbung und Schulung der Interviewer, falls diese in einem Bundesland eingesetzt werden.

Quotierungsmerkmale der EVS 2003 je Bundesland**Haushaltstyp**

- ☐ Einpersonenhaushalte,
- ☐ Ehepaare/Lebenspartnerschaften ohne Kinder (und ohne weitere Personen),
- ☐ Alleinerziehende mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren und ledigen Kindern unter 27 Jahren (und ohne weitere Personen),
- ☐ Ehepaare/Lebenspartnerschaften mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren und ledigen Kindern unter 27 Jahren (und ohne weitere Personen) höchstens ein Partner berufstätig,
- ☐ Ehepaare/Lebenspartnerschaften mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren und ledigen Kindern unter 27 Jahren (und ohne weitere Personen) beide Partner berufstätig,
- ☐ sonstige Haushalte.

Soziale Stellung des/der Haupteinkommensbeziehers/Haupteinkommensbezieherin

- ☐ Landwirte
- ☐ Selbstständige (ohne Landwirte),
- ☐ Beamte/Beamtinnen,
- ☐ Angestellte,
- ☐ Arbeiter/Arbeiterinnen,
- ☐ Rentner/Rentnerinnen/Pensionäre,
- ☐ sonstige nicht Berufstätige.

Haushaltsnettoeinkommen

- ☐ unter 900 EUR
- ☐ 900 bis unter 1 300 EUR
- ☐ 1 300 bis unter 2 600 EUR
- ☐ 2 600 bis unter 3 600 EUR
- ☐ 3 600 EUR und mehr

Abweichend vom üblichen Arbeitsschnitt in der deutschen amtlichen Statistik erfolgt die Aufbereitung der Daten und die Ergebniserstellung für das Bundesgebiet sowie für die einzelnen Bundesländer zentral durch das Statistische Bundesamt.

Änderungen gegenüber der EVS 1998

Die EVS wurde 1998 im Rahmen der Neugestaltung der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte grundlegend reformiert. Dieses neue Konzept hat sich bewährt, so dass bei der EVS 2003 insbesondere auf Wunsch der Nutzer in erster Linie nur kleinere Änderungen im Erhebungsprogramm vorgenommen wurden. Dazu zählt z. B. die Anpassung der Abfrage zur Ausstattung mit technischen Gebrauchsgütern hinsichtlich moderner Informations- und Kommunikationstechnologien.

Eine größere Änderung wurde bezüglich des Erhebungsablaufs vorgenommen. Im Unterschied zur EVS 1998 werden 2003 die Angaben zum Vermögen und zu den Schulden zu Beginn der Erhebung in einer gesonderten Anlage zum Einführungsinterview erfragt. Die Daten werden dadurch zum einheitlichen Stichtag 1. Januar 2003 erhoben und stehen zu einem früheren Zeitpunkt für die Auswertung zur Verfügung.

Eine weitere Änderung betrifft den organisatorischen Bereich. Auf den Einsatz von Interviewern und Interviewerinnen, der bei der EVS 1998 in den Bundesländern, nahezu flächendeckend erfolgte, wird 2003 unter Kosten-/Nutzaspekten in der Mehrzahl der Bundesländer verzichtet. In diesen Ländern, wozu auch das Land Brandenburg zählt, werden die Haushalte ausschließlich postalisch

befragt. Die Beratung und Information der teilnehmenden Haushalte bzw. die Beantwortung ihrer Fragen erfolgt ebenfalls postalisch oder telefonisch bzw. auch per E-Mail.

Ebenfalls aus Kostengründen führt 2003 kein Statistisches Landesamt das Einführungsinterview mit Laptops durch. 1998 waren es immerhin drei Landesämter, so auch der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, die diese Form der Datenerhebung nutzten.

Auch in der Erfassung und Aufbereitung kommt es zu Änderungen gegenüber der EVS 1998. Das Einführungsinterview wird bis Ende März 2003 dezentral in den Statistischen Landesämtern mittels einer Blaise-Anwendung am PC erfasst und plausibilisiert. Dadurch soll sich vor allem die Ergebnisbereitstellung für diesen nicht uninteressanten Erhebungsteil der EVS beschleunigen.

Ergebnisdarstellung und -veröffentlichung

Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt hauptsächlich für den Haushalt insgesamt und nach den Quotierungsmerkmalen. Einige Merkmale können zumindest auf Bundesebene auch personenbezogen dargestellt werden, wie z. B. die Angaben für Kinder.

Die erhobenen Daten der EVS 2003 werden anhand des aktuellen Mikrozensus auf die Gesamtzahl der Haushalte hochgerechnet, um repräsentative Ergebnisse für Deutschland insgesamt und je Bundesland ausweisen zu können. Diese werden in Form von Pressemitteilungen, Fachserien, Statistischen Berichten und dem Statistischem Jahrbuch durch das Statistische Bundesamt und die Statistischen

Landesämter veröffentlicht. Auch in Form von Aufsätzen und Beiträgen in Sonderpublikationen der amtlichen Statistik werden die Ergebnisse nach unterschiedlichen Themenkomplexen analysiert und den Nutzern zur Verfügung gestellt. Zunehmend erfolgt eine Verbreitung der Ergebnisse durch das Internetangebot der Statistischen Ämter.

Das Statistische Bundesamt und einige Statistische Landesämter führen auch Pressekonferenzen oder Pressegespräche für die Präsentation ihrer Ergebnisse durch. Insbesondere für die Herausgabe erster Ergebnisse wird diese Form der Veröffentlichung gewählt. Entsprechend dem Arbeits- und Zeitplan der EVS 2003 sollen im vierten Quartal 2003 Ergebnisse zur Ausstattung der Haushalte mit technischen Gebrauchsgütern und zu den Wohnverhältnissen vorliegen. Mit Angaben zu Vermögen und Schulden ist bis Anfang 2004 zu rechnen. Die Veröffentlichung der Einnahmen und Ausgaben ist bis zum Herbst 2005 geplant und die Daten zu den detaillierten Ausgaben der Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, die aus den Feinaufzeichnungsheften gewonnen werden, sollen bis Anfang 2006 zur Verfügung stehen.

Aus den verschiedensten Gründen konnten in der Vergangenheit die Ergebnisse der EVS erst mit einem beträchtlichen Abstand zum Zeitpunkt der Erhebung vorgelegt werden. Zum Teil liegen die Gründe in der erheblichen Vielfalt der Erhebungsmerkmale und in den ständig gewachsenen Ansprüchen an die Differenziertheit des Aufbereitungsprogramms, insbesondere auch durch die Anforderungen der Nutzer. Die durchaus verständliche Kritik an der Dauer der Aufbereitungszeit hat zu den wesentlichen Änderungen hinsichtlich des Erhebungsverfahrens insbesondere bei der EVS 1998 geführt, so dass diese Ergebnisse erstmals beträchtlich früher zur Verfügung standen als bei den Erhebungen davor. Auch der Einsatz

modernerer Aufbereitungsverfahren hat bereits zu einer Verkürzung der Aufbereitungszeiten bei der EVS geführt. Trotz dieser Fortschritte ist das bei der EVS 1998 erzielte Resultat noch nicht zufriedenstellend. Daher werden die Überlegungen und Bemühungen der amtlichen Statistik, die Ergebnisbereitstellung zu beschleunigen, weiter fortgesetzt, was letztendlich auch zu den Änderungen bei der EVS 2003 gegenüber 1998 geführt hat.

Wesentlich zu einer schnelleren Ergebnisbereitstellung beitragen würde auch der Einsatz moderner Erhebungstechnologien. Mit dem Einsatz von Laptops bei der EVS 1998 wurden bereits erste Schritte in diese Richtung unternommen. Leider konnte aus den genannten Gründen dieser Weg 2003 nicht fortgesetzt werden, was aber einen Einsatz bei der nächsten EVS nicht ausschließt.

Eine weitere Möglichkeit stellt die Bereitstellung elektronischer Erhebungsunterlagen dar. Mit zunehmender Ausstattung der Haushalte mit moderneren Informations- und Kommunikationstechnologien sind sowohl die Befragten als auch die amtliche Statistik zunehmend daran interessiert. Dadurch kann sich sowohl die Aufzeichnung der Daten durch den Haushalt als auch die weitere Aufbereitung in den Statistischen Ämtern erheblich vereinfachen.

Trotz intensiver Bemühungen der amtlichen Statistik, bereits bei der EVS 2003 elektronische Erhebungsunterlagen einsetzen zu können, konnte aus unterschiedlichen Gründen diese Möglichkeit noch nicht realisiert werden. Insbesondere die Kosten und personellen Ressourcen spielen dabei eine wesentliche Rolle. Aber spätestens bei der nächsten EVS 2008 wird die amtliche Statistik in Deutschland nicht umhin kommen, eine solche Erhebung wie die EVS medienbruchfrei mit modernen Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren durchzuführen.

Elke Zimmer

Gemeindestrukturreform im Land Brandenburg

Nachdem im März des Jahres 2001 im Land Brandenburg das Gemeindereformgesetz in Kraft trat, wurde die Gemeindegebietsreform 2002 fortgesetzt und findet mit den im März 2003 vom Landtag verabschiedeten Gesetzen zur Gemeindereform ihren Abschluss.

Vor dem Erlass des Gemeindereformgesetzes gab es im Land Brandenburg 1 474 Gemeinden (einschließlich der vier kreisfreien Städte). Nach dem Stand vom 31.12.2002 reduzierte sich die Anzahl der Gemeinden auf 886. Das sind 588 bzw. fast 40 Prozent weniger gegenüber dem 31.12.2000. Am Tag der Kommunalwahl 2003 gibt es im Land Brandenburg noch 422 Gemeinden, also ca. ein Viertel der Anzahl vor der Gemeindegebietsreform.

Die Gemeindestruktur im Land Brandenburg wird nachfolgend vom Zeitpunkt der Kreisgebietsreform des Landes Brandenburg am 06. Dezember 1993 bis zum Stand der im März 2003 verabschiedeten Gesetze zur Gemeindereform im Land Brandenburg betrachtet. Die vier kreisfreien Städte sind im Sinne der Kommunalverwaltung in die Zahl der Gemeinden einbezogen.

Von 1993 bis zum Jahr 2003 verringerte sich die Gemeindeganzahl von 1 700 Gemeinden um nahezu drei Viertel

(- 1 278 Gemeinden) auf 422. Die laut Gesetz am Tag der landesweiten Kommunalwahl 2003 wirksam werdenden Gebietsänderungen (26.10.2003) sind erstmals kreisübergreifend. Das betrifft die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Cottbus und Potsdam sowie die Landkreise Potsdam-Mittelmark und Spree-Neiße. Darüber hinaus ist eine kreisübergreifende Änderung zwischen den Landkreisen Havelland und Potsdam-Mittelmark zu verzeichnen.

Entwicklung der Anzahl der Gemeinden im Land Brandenburg 1993 – 2003

Verwaltungsbezirk	31.12.1993	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2002	26.10.2003
Kreisfreie Städte	4	4	4	4	4
Brandenburg an der Havel	1	1	1	1	1
Cottbus	1	1	1	1	1
Frankfurt (Oder)	1	1	1	1	1
Potsdam	1	1	1	1	1
Landkreise	1 696	1 470	1 088	882	418
Barnim	73	62	57	49	26
Dahme-Spreewald	146	126	114	106	38
Elbe-Elster	136	106	54	46	33
Havelland	94	93	82	65	26
Märkisch-Oderland	135	107	93	83	45
Oberhavel	93	71	57	57	19
Oberspreewald-Lausitz	84	81	57	47	25
Oder-Spree	138	136	76	67	38
Ostprignitz-Ruppin	127	105	94	88	23
Potsdam-Mittelmark	175	173	140	74	38
Prignitz	109	108	74	32	26
Spree-Neiße	104	89	63	59	31
Teltow-Fläming	119	61	43	37	16
Uckermark	163	152	84	72	34
Land Brandenburg	1 700	1 474	1 092	886	422
engerer Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin	275	247	212 ¹⁾	199 ¹⁾	.

1) engerer Verflechtungsraum ohne ehemals selbstständige Gemeinde Neuendorf im Landkreis Oberhavel

Reduzierung der Anzahl der Gemeinden im Land Brandenburg 1993 – 2003

Verwaltungsbezirk	31.12.2002 gegenüber 31.12.1993	31.12.2002 gegenüber 31.12.2000	31.12.2002 gegenüber 31.12.2001	26.10.2003 gegenüber 31.12.2002
Kreisfreie Städte	–	–	–	–
Brandenburg an der Havel	–	–	–	–
Cottbus	–	–	–	–
Frankfurt (Oder)	–	–	–	–
Potsdam	–	–	–	–
Landkreise	- 814	- 588	- 206	- 464
Barnim	- 24	- 13	- 8	- 23
Dahme-Spreewald	- 40	- 20	- 8	- 68
Elbe-Elster	- 90	- 60	- 8	- 13
Havelland	- 29	- 28	- 17	- 39
Märkisch-Oderland	- 52	- 24	- 10	- 38
Oberhavel	- 36	- 14	–	- 38
Oberspreewald-Lausitz	- 37	- 34	- 10	- 22
Oder-Spree	- 71	- 69	- 9	- 29
Ostprignitz-Ruppin	- 39	- 17	- 6	- 65
Potsdam-Mittelmark	- 101	- 99	- 66	- 36
Prignitz	- 77	- 76	- 42	- 6
Spree-Neiße	- 45	- 30	- 4	- 28
Teltow-Fläming	- 82	- 24	- 6	- 21
Uckermark	- 91	- 80	- 12	- 38
Land Brandenburg	- 814	- 588	- 206	- 464
engerer Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin	- 76	- 48	- 13	.

Seit der Kreisgebietsreform im Jahr 1993 entwickelte sich die Anzahl der Gemeinden folgendermaßen:

Seit dem Jahr 2001 hat sich die Anzahl der Gemeinden insbesondere in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark, Prignitz und Oberspreewald-Lausitz stark reduziert. Der Landkreis Potsdam-Mittelmark hatte am 31.12.2001 mit 140 Gemeinden bzw. 13 Prozent den höchsten Anteil der Gemeinden im Land Brandenburg. Bis zum Tag der Kommunalwahl 2003 sind es 102 Gemeinden weniger. Damit beträgt der Gemeindeanteil nunmehr ca. 9 Prozent; mit 38 Gemeinden steht dieser Landkreis mit den Landkreisen Dahme-Spreewald und Oder-Spree nun an zweiter Stelle. Die meisten Gemeinden hat der Landkreis Märkisch-Oderland mit einem Anteil von ca. 11 Prozent.

Infolge der Gemeindereform veränderten sich auch die Raumflächen der Gemeinden. Die durchschnittliche Fläche je Gemeinde beträgt nach dem neuesten Stand im Jahr 2003 69,8 km², 1993 waren es 17,3 km².

Zahl der Ämter verringerte sich

Die Gemeindeneubildungen bzw. -eingliederungen führten vorrangig zur Umwandlung der Ämter in amtsfreie Gemeinden. Die Ämterzahl reduzierte sich im Vergleich zum Ende des Jahres 1993 um 104.

Die meisten Ämter gab es 1993 aufgrund der hohen Gemeindezahlen in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark, Märkisch-Oderland und Elbe-Elster. In diesen Landkreisen sowie in den Landkreisen Teltow-Fläming, Dahme-Spreewald, Havelland, Oberhavel und Uckermark wurden durch Gebietsveränderungen die meisten Ämter aufgelöst.

Seit der Ämterbildung hat sich ihre Anzahl in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming am stärksten reduziert. Im letztgenannten Landkreis gibt es am Tag der landesweiten Kommunalwahl 2003 nur noch das Amt Dahme/Mark mit 3 Gemeinden.

Entwicklung der Anzahl der Ämter im Land Brandenburg 1993 – 2003

Verwaltungsbezirk	31.12.1993	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2002	26.10.2003
Kreisfreie Städte	–	–	–	–	–
Brandenburg an der Havel	–	–	–	–	–
Cottbus	–	–	–	–	–
Frankfurt (Oder)	–	–	–	–	–
Potsdam	–	–	–	–	–
Landkreise	158	152	130	122	54
Barnim	10	9	9	9	4
Dahme-Spreewald	12	12	12	12	4
Elbe-Elster	13	12	9	9	5
Havelland	11	11	10	9	3
Märkisch-Oderland	14	13	13	11	7
Oberhavel	9	8	6	6	1
Oberspreewald-Lausitz	9	9	6	6	3
Oder-Spree	12	12	12	12	6
Ostprignitz-Ruppin	9	9	8	8	3
Potsdam-Mittelmark	18	18	15	13	5
Prignitz	9	9	8	5	4
Spree-Neiße	9	9	8	8	3
Teltow-Fläming	11	9	7	7	1
Uckermark	12	12	7	7	5
Land Brandenburg	158	152	130	122	54
engerer Verflechtungsraum					
Brandenburg-Berlin	35	35	30	27	1

Die Anzahl der Ämter im Land Brandenburg reduzierte sich gegenüber dem 31.12.2000 um 98.

Gemeindeneubildungen bzw. -eingliederungen führten bei 84 Ämtern während der Gemeindegebietsreform zur Umwandlung in 83 amtsfreien Gemeinden. Die Ämter Groß Kreuz und Emster-Havel werden aufgelöst, es entsteht daraus eine amtsfreie Gemeinde im Landkreis Potsdam-Mittelmark.

13 Ämter gibt es infolge von Eingliederungen in andere Gemeinden bzw. Ämter nicht mehr.

2 Ämter werden zu einem Amt zusammengeschlossen, das sind die Ämter Lieberose und Oberspreewald im Landkreis Dahme-Spreewald.

Entwicklung der Ämter nach der Anzahl ihrer Gemeinden 2001 – 2003

Anzahl der Gemeinden im Amt	31.12.2001	31.12.2002	26.10.2003
2	6	8	–
3	10	13	5
4	12	15	12
5	17	23	19
6	19	23	15
7	15	9	–
8	15	8	3
9	1	2	–
10	3	4	–
11	7	5	–
12	3	2	–
13	3	2	–
14	8	2	–
15	2	–	–
16	3	1	–
17	2	2	–
18	1	1	–
19	1	1	–
20	2	1	–
Insgesamt	130	122	54

5 Ämter mit jeweils 3 Gemeinden gibt es 2003 in folgenden Landkreisen:

Oder Spree	Amt Neuhardenberg Amt Neuzelle Amt Spreehagen
Potsdam-Mittelmark	Amt Wusterwitz
Teltow-Fläming	Amt Dahme/Mark

Ämter mit jeweils 8 Gemeinden dagegen in den Landkreisen:

Dahme-Spreewald	Amt Lieberose/Oberspreewald
Spree-Neiße	Amt Döbern-Land Amt Peitz

Es gibt zum Stand der landesweiten Kommunalwahl 2003 kein Amt mit mehr als 8 Gemeinden.

Reduzierung amtsangehöriger Gemeinden führt zu mehr amtsfreien Gemeinden

Waren es in Brandenburg am 31.12.1993 noch 1 640 Gemeinden, die amtsangehörig waren, so sind es zum Abschluss der Gemeindegebietsreform ca. 83 Prozent weniger, das entspricht einer Reduzierung um 1 368 amtsangehörigen Gemeinden.

Die meisten amtsangehörigen Gemeinden gibt es 2003 in den Landkreisen Märkisch-Oderland (73 Prozent aller Gemeinden im Landkreis), Oder-Spree (68 Prozent) und Uckermark (76 Prozent).

Im Land Brandenburg beträgt 2003 der Anteil der amtsangehörigen Gemeinden ca. 64 Prozent an den Gemeinden insgesamt. Das sind ca. 33 Prozent weniger als 1993.

Entwicklung der Anzahl der amtsangehörigen Gemeinden im Land Brandenburg 1993 – 2003

Verwaltungsbezirk	31.12.1993	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2002	26.10.2003
Kreisfreie Städte	–	–	–	–	–
Brandenburg an der Havel	–	–	–	–	–
Cottbus	–	–	–	–	–
Frankfurt (Oder)	–	–	–	–	–
Potsdam	–	–	–	–	–
Landkreise	1 640	1 408	1 006	793	272
Barnim	71	59	54	46	19
Dahme-Spreewald	139	119	107	99	24
Elbe-Elster	133	102	47	39	22
Havelland	91	90	78	60	16
Märkisch-Oderland	130	101	87	75	33
Oberhavel	86	63	47	47	5
Oberspreewald-Lausitz	81	78	52	42	17
Oder-Spree	132	130	70	61	26
Ostprignitz-Ruppin	125	103	91	85	16
Potsdam-Mittelmark	171	169	133	65	24
Prignitz	106	105	70	26	19
Spree-Neiße	100	85	58	54	22
Teltow-Fläming	116	56	36	30	3
Uckermark	159	148	76	64	26
Land Brandenburg	1 640	1 408	1 006	793	272
engerer Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin	244	216	176	160	3

Entwicklung der Anzahl der amtsfreien Gemeinden im Land Brandenburg 1993 – 2003

Verwaltungsbezirk	31.12.1993	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2002	26.10.2003
Kreisfreie Städte	4	4	4	4	4
Brandenburg an der Havel	1	1	1	1	1
Cottbus	1	1	1	1	1
Frankfurt (Oder)	1	1	1	1	1
Potsdam	1	1	1	1	1
Landkreise	56	62	82	89	144
Barnim	2	3	3	3	7
Dahme-Spreewald	7	7	7	7	13
Elbe-Elster	3	4	7	7	11
Havelland	3	3	4	5	10
Märkisch-Oderland	5	6	6	8	12
Oberhavel	7	8	10	10	14
Oberspreewald-Lausitz	3	3	5	5	8
Oder-Spree	6	6	6	6	12
Ostprignitz-Ruppin	2	2	3	3	7
Potsdam-Mittelmark	4	4	7	9	14
Prignitz	3	3	4	6	7
Spree-Neiße	4	4	5	5	8
Teltow-Fläming	3	5	7	7	13
Uckermark	4	4	8	8	8
Land Brandenburg	60	66	86	93	148
engerer Verflechtungsraum					
Brandenburg-Berlin	31	31	36	39	.

Mehr amtsfreie Gemeinden infolge der Gebietsveränderungen 2003 gibt es gegenüber 1993 insbesondere in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und Elbe-Elster. Die höchste Anzahl der amtsfreien Gemeinden haben die Landkreise Potsdam-Mittelmark und Oberhavel mit einem Anteil an den amtsfreien Gemeinden des Landes insgesamt von fast 10 Prozent nach den Landkreisen Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming von ca. 9 Prozent. Der Anteil der amtsfreien Gemeinden des Landes an den Gemeinden insgesamt betrug ca. 35 Prozent, 1993 waren es nur 3,5 Prozent.

Zum engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin sind nach Abschluss der Gemeindegebietsreform gegenwärtig keine Auswertungen mehr möglich. Ursachen sind einige raumübergreifende Veränderungen durch die Gemeindegebietsreform. Eine raumübergreifende Veränderung fand bereits am 31.12.2001 statt, indem die Gemeinde Neuendorf des Landkreises Oberhavel in die Gemeinde Löwenberger Land eingegliedert wurde, die jedoch zum äußeren Entwicklungsraum des Landes Brandenburg gehört.

Gemeinden unter 500 Personen drastisch reduziert

Teilt man das Land Brandenburg nach einzelnen Gemeindegrößenklassen auf, so ergibt sich folgendes Ergebnis:

Gebietsstand am 26.10.2003 landesweiten Kommunalwahl nach Gemeindegrößenklassen			
Größenklasse (Personen)	Anzahl der Gemeinden	Bevölkerung am 30.09.2002	
		insgesamt	darunter männlich
unter 100	–	–	–
100 bis unter 200	–	–	–
200 bis unter 300	1	296	161
300 bis unter 500	5	2 270	1 137
unter 500 insgesamt	6	2 566	1 298
500 bis unter 1 000	123	91 437	46 068
1 000 bis unter 2 000	90	127 214	64 359
2 000 bis unter 5 000	73	248 838	124 351
5 000 bis unter 10 000	58	431 145	214 622
über 10 000	72	1 682 257	825 738
Insgesamt	422	2 583 457	1 276 436

**Gemeinden unter 500 Personen in Brandenburg
1993 – 2003**

31.12.1993	31.12.2002	26.10.2003
Anzahl		
1 113	333	6
Prozent		
65,5	37,6	1,4

Durch die jüngste Gemeindegebietsreform sind die Gemeinden unter 500 Personen auf ein Minimum von 6 Gemeinden reduziert worden. Ihr Anteil an den Gemeinden insgesamt beträgt nur noch 1,4 Prozent. Das sind folgende Gemeinden:

Gemeinde	Amt
Diepensee	Sonderstatus
Kümmernitztal	Meyenburg
Treplin	Lebus
Kleßen-Görne	Rhinow
Gollenberg	Rhinow
Ziethen	Joachimsthal (Schorfheide)

In dieser Gruppe ist die Gemeinde Diepensee die kleinste Gemeinde mit 296 Personen und Ziethen mit 491 Personen die größte von der Bevölkerungszahl her.

Seit dem 31.12.1993 waren von den Gemeindegebietsveränderungen 1 107 Gemeinden in der Größenklasse unter 500 Personen betroffen. Das sind 86,9 Prozent an den reduzierten Gemeinden insgesamt (1 278).

Darüber hinaus haben sich die Gemeinden in der Gruppe 500 bis unter 10 000 um 194 gegenüber dem 31.12.1993 reduziert. Die Anzahl der Gemeinden mit über 10 000 Personen stieg gegenüber 1993 um 23 an.

Die Städte Eberswalde (Landkreis Barnim) und Oranienburg (Landkreis Oberhavel) sind mit einer Bevölkerungszahl von über 40 000 Personen, abgesehen von den vier kreisfreien Städten am größten. Beide Städte befinden sich im engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin.

Zwei Gemeinden im Land Brandenburg sind am Tag der Kommunalwahl 2003 weder amtsfrei noch amtsangehörig. Es handelt sich dabei um die Gemeinden Diepensee im Landkreis Dahme-Spreewald und Haidemühl im Landkreis Spree-Neiße. Für diese beiden Gemeinden ist die Devastierung geplant. Bis zur Auflösung werden die Gemeinden durch die Gemeinde Schönefeld bzw. durch die Gemeinde Welzow verwaltet.

Dina Arnold

**„Verzeichnis der Amtlichen Schlüsselnummer der
Gemeinden des Landes Brandenburg“ erschienen**



Das vorliegende Verzeichnis gibt einen Überblick über die kreisfreien Städte und Gemeinden des Landes Brandenburg zum Gebietsstand 31.12.2002 mit den gegenwärtig geltenden Schlüsselnummern in systematischer und alphabetischer Folge. Das Verzeichnis beinhaltet weiterhin eine Fülle zusätzlicher Informationen, wie

- ☐ die amtlich fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum Stichtag 30.06.2002
- ☐ die Flächenangaben aus der Hauptübersicht der Liegenschaften zum 31.12.2001
- ☐ die Bevölkerungsdichte
- ☐ alphabetische Übersichten für die Gemeinden und Ämter.

Zur Hilfestellung beim Suchen nicht mehr selbständiger Gemeinden dient die Gegenüberstellung der Schlüsselnummer und Gemeinden vor und nach den Gebietsveränderungen im Jahr 2002.

Als zusätzliches Merkmal ist die Postleitzahl angegeben. In den Übersichten zur Verwaltungs- und territorialen Gliederung des Landes Brandenburg werden die Angaben für die kreisfreien Städte, Landkreise und darüber hinaus auch für den engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin ausgewiesen.

Das **Verzeichnis** kann als Broschüre (5,75 EUR) und als Datei im Excel-Format (20,75 EUR) beim



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52
14410 Potsdam



0331 39-418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
Internet: www.lds-bb.de

bestellt werden.

Schwerbehinderte im Land Brandenburg am Jahresende 2001

Am Jahresende 2001 waren in Brandenburg rund 185 000 Einwohner und Einwohnerinnen im Besitz eines gültigen Schwerbehindertenausweises. Damit war 7,1 Prozent der Bevölkerung, die männliche und weibliche fast im gleichen Maße von einer Schwerbehinderung betroffen. Mit fortschreitendem Alter steigt die Behinderungsquote an. Mehr als zwei Drittel aller Schwerbehinderten waren 55 Jahre und älter. Ursache der Behinderungen sind überwiegend (82,5 Prozent) allgemeine Krankheiten. Mehr als ein Viertel der Schwerbehinderten war in den höchsten Behinderungsgrad von 100 eingestuft.

Vorbemerkungen

Die Statistik der Schwerbehinderten wird im Land Brandenburg seit dem Jahr 1993 alle zwei Jahre auf der Grundlage des Gesetzes zur Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft (Schwerbehindertengesetz - SchwbG) erhoben. Im Jahr 2001 wurde die Rechtsgrundlage novelliert. Die Erfassung der Schwerbehinderten basiert nun auf § 131 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen –.

In der Schwerbehindertenstatistik werden nur Personen berücksichtigt, die im Besitz eines gültigen Ausweises sind. Zur Aushändigung bereitliegende Ausweise, die noch nicht abgeholt wurden und mit deren Abholung auch nicht mehr zu rechnen ist, sind von der Erhebung ausgeschlossen.

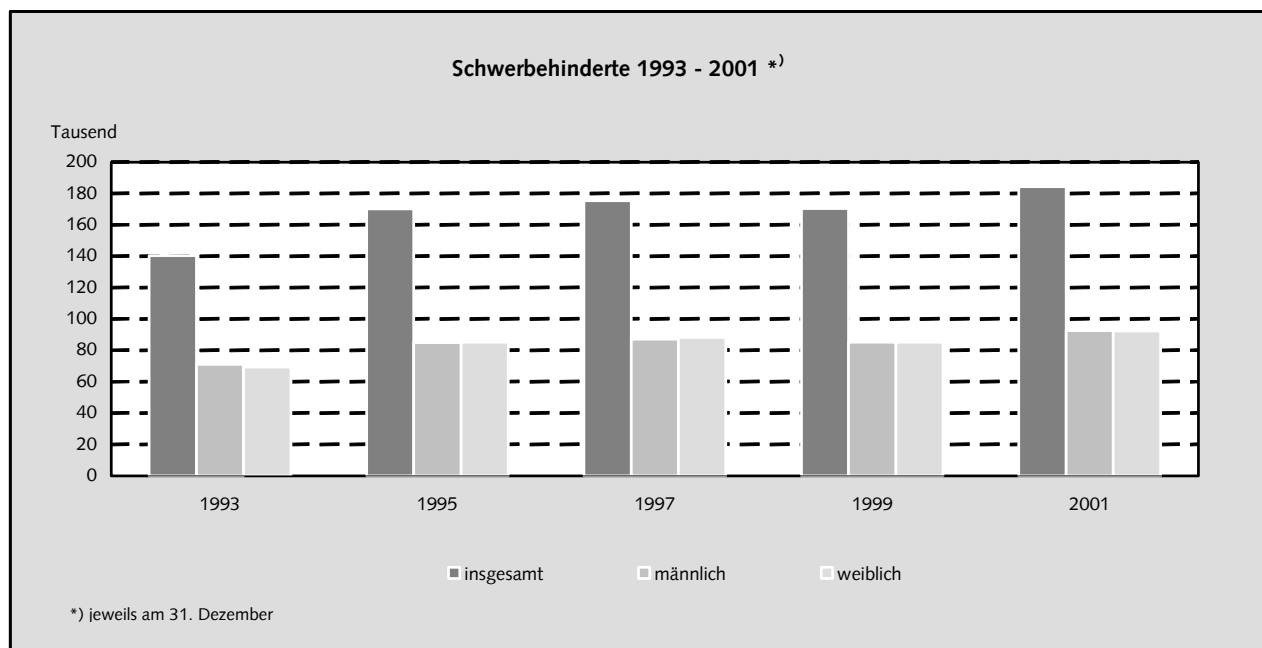
Schwerbehindert im Sinne des Gesetzes sind Personen deren auf Antrag von den Ämtern für Soziales und Ver-

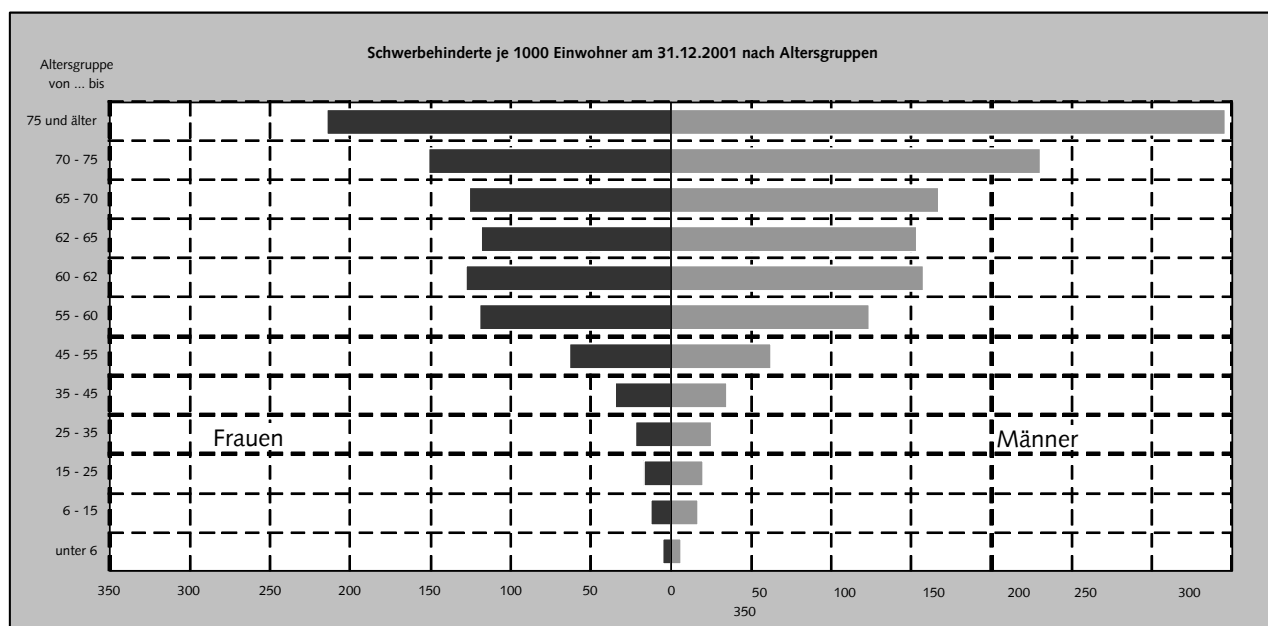
sorgung ein Grad der Behinderung von 50 und mehr zuerkannt wurde und die ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland – hier im Land Brandenburg – haben.

Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie sind von Behinderung bedroht, wenn die Beeinträchtigung zu erwarten ist.

Die Auswirkung der Beeinträchtigung wird durch den Grad der Behinderung ausgedrückt, der für die Schwerbehinderten – nach Zehnerstufen – von 50 bis 100 festgestellt wird.

Mit der statistischen Erhebung wird die Zahl der Schwerbehinderten nach persönlichen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Wohnort sowie Art, Ursache und Grad der Behinderung nachgewiesen.





Jeder 14. Brandenburger schwerbehindert

Am Jahresende 2001 gab es im Land Brandenburg 184 825 Personen bzw. 7,1 Prozent der Bevölkerung mit einem gültigen Schwerbehindertenausweis und einem Grad der Behinderung von mindestens 50, jeweils zur Hälfte Männer und Frauen. Gegenüber dem Jahresende 1993 sind das 44 326 Schwerbehinderte bzw. 31,5 Prozent mehr.

Schwerbehinderte am 31. Dezember 2001 nach Geschlecht und Altersgruppen			
Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Männlich	Weiblich
unter 6	674	379	295
6 - 15	3 275	1 959	1 316
15 - 25	6 572	3 817	2 755
25 - 35	7 160	4 001	3 159
35 - 45	16 310	8 449	7 861
45 - 55	23 459	11 997	11 462
55 - 60	16 860	8 476	8 384
60 - 62	12 165	6 579	5 586
62 - 65	15 890	8 684	7 206
65 und mehr	82 460	38 171	44 289
Insgesamt	184 825	92 512	92 313

Eine Behinderung kommt bei Personen im fortgeschrittenen Lebensalter weit häufiger vor als bei jüngeren Menschen. Mehr als zwei Drittel der Schwerbehinderten waren 55 Jahre und älter. Dieser Anteil lag für Männer bei 67 Prozent und für Frauen bei 71 Prozent.

Der Anteil der unter 25-Jährigen war mit knapp sechs Prozent relativ gering.

Unter den Schwerbehinderten insgesamt überwiegen bis zum Alter unter 75 Jahren die Männer. Über 75 Jahre gibt es deutlich mehr schwerbehinderte Frauen (+ 9 477), was vor allem der höheren Lebenserwartung der Frauen zuzuordnen ist. Die Frauen stellen innerhalb der Altersgruppe der 75-Jährigen und älteren einen Anteil an der entsprechenden Bevölkerung von 72,5 Prozent.

Die Schwerbehindertenrate, die Zahl der Schwerbehinderten bezogen auf 1 000 der Bevölkerung gleicher Altersgruppe und gleichen Geschlechts, verdeutlicht gleichfalls den Zusammenhang zwischen Alter und Behinderung. Sowohl bei Männern als auch bei Frauen nimmt diese Rate mit steigendem Alter stetig zu und erreicht bei den 75-Jährigen und älteren ihr Maximum. Allerdings sind bezogen auf 1 000 Männer 346 schwerbehindert, bezogen auf 1 000 Frauen nur 214.

Mehr als ein Viertel der Schwerbehinderten mit einem Grad der Behinderung von 100

Über die Hälfte (55,1 Prozent) aller Schwerbehinderten wurde mit einem Grad der Behinderung von 50 bis unter 80 eingestuft; 18,6 Prozent weisen einen Grad der Behinderung von 80 bis unter 100 auf. Den übrigen 26,4 Prozent wurde sogar ein Behinderungsgrad von 100 zuerkannt. Die Anteile der Behinderungsgrade unterscheiden sich bei den Geschlechtern nur unwesentlich.

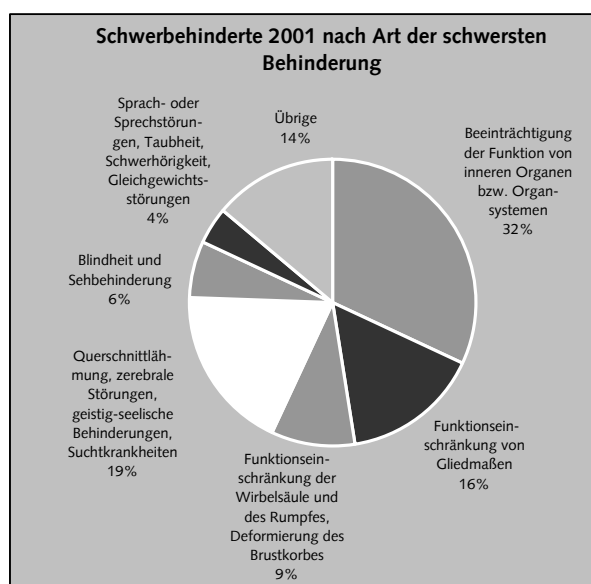
Insgesamt betrachtet treten höhergradige Behinderungen stärker im höheren Lebensalter auf. Die zahlenmäßig größte Gruppe der Schwerbehinderten, die 65-Jährigen und darüber, weisen z. B. einen Anteil von 51,3 Prozent an den mit einem Grad von 100 eingestuften Personen auf. In der Gruppe des Behinderungsgrades 90 bis unter 100 liegt dieser Anteil sogar bei 60,5 Prozent.

Andererseits fällt auf, dass die zahlenmäßig geringste Gruppe der von einer Schwerbehinderung betroffenen Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren sehr oft, nämlich zu 47,1 Prozent einen Grad der Behinderung von 100 aufweist.

Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen häufigste Behinderungsart

Die Art der Behinderung wird anhand eines vorgegebenen Schlüssels erfasst. Dabei entscheidend für die Signierung ist die funktionelle und anatomische Veränderung. Die Krankheitsdiagnose selbst gibt dagegen oft die Behinderung nicht oder nur ungenügend wider.

Als häufigste Behinderungsart lag bei 59 103 Personen, das sind fast ein Drittel aller Schwerbehinderten, eine Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen vor. Unter diesen befanden sich u. a. 21 730 Herz-Kreislaufkranke, 8 641 Personen mit Stoffwechselstörungen und 8 416 mit Funktionsstörungen der Atemwege und Lungen.



Schwerbehinderte am 31. Dezember 2001 nach Altersgruppen und Grad der Behinderung

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Grad der Behinderung von ... bis unter ...					
		50 - 60	60 - 70	70 - 80	80 - 90	90 - 100	100
		Anzahl					
unter 6	674	122	38	26	99	3	386
6 – 15	3 275	663	208	182	641	108	1 473
15 – 25	6 572	1 710	596	395	935	178	2 758
25 – 35	7 160	2 216	739	535	864	203	2 603
35 – 45	16 310	5 691	2 249	1 493	1 964	561	4 352
45 – 55	23 459	8 699	4 049	2 446	2 777	896	4 592
55 – 60	16 860	6 612	3 194	1 874	1 851	706	2 623
60 – 62	12 165	4 658	2 294	1 428	1 340	526	1 919
62 – 65	15 890	5 207	2 978	2 008	1 913	867	2 917
65 und mehr	82 460	15 331	12 621	11 536	11 636	6 213	25 123
Insgesamt	184 825	50 909	28 966	21 923	24 020	10 261	48 746
		Prozent					
unter 6	100	18,1	5,6	3,9	14,7	0,4	57,3
6 – 15	100	20,2	6,4	5,6	19,6	3,3	45,0
15 – 25	100	26,0	9,1	6,0	14,2	2,7	42,0
25 – 35	100	30,9	10,3	7,5	12,1	2,8	36,4
35 – 45	100	34,9	13,8	9,2	12,0	3,4	26,7
45 – 55	100	37,1	17,3	10,4	11,8	3,8	19,6
55 – 60	100	39,2	18,9	11,1	11,0	4,2	15,6
60 – 62	100	38,3	18,9	11,7	11,0	4,3	15,8
62 – 65	100	32,8	18,7	12,6	12,0	5,5	18,4
65 und mehr	100	18,6	15,3	14,0	14,1	7,5	30,5
Insgesamt	100	27,5	15,7	11,9	13,0	5,6	26,4

Bei 34 440 Personen trat als zweithäufigste Art der Behinderung Querschnittlähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen einschließlich Suchtkrankheiten auf. Darunter wiesen 13 213 bzw. 38 Prozent eine Hirnleistungsschwäche oder organische Wesensänderung (mit und ohne neurologische Ausfallserscheinungen am Bewegungsapparat) sowie 10 803 bzw. 31 Prozent Störungen der geistigen Entwicklung auf. Die Anzahl der Querschnittgelähmten belief sich auf 401.

In der Rangfolge an dritter Stelle kam die Funktionseinschränkung von Gliedmaßen bei 28 666 Personen vor, wobei das Schwergewicht primär bei der Funktionseinschränkung eines oder beider Beine (21 464 Personen) lag.

Die Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes sowie Deformierung des Brustkorbes war bei 17 362 Personen Ursache für eine Schwerbehinderung. Von Blindheit und Sehbehinderung waren 11 996 Personen, von Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit oder Gleichgewichtsstörungen 7 638 betroffen. An Entstellungen und ähnlichem litten 4 347 Personen, darunter 4 218 Frauen, denen eine oder beide Brüste amputiert worden waren.

Insgesamt sind bei den Arten der Behinderung geschlechtsspezifische Unterschiede festzustellen. So litten männliche Schwerbehinderte häufiger an einer Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen und einem Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen. Frauen dagegen waren öfter von Blindheit und Sehbehinderung, von der Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes sowie von Entstellungen betroffen.

Fast die Hälfte aller Schwerbehinderten haben Mehrfachbehinderungen

In die bisherige Betrachtung wurde die schwerste Behinderung einbezogen. Bei fast der Hälfte aller Schwerbehinderten traten neben der angegebenen schwersten Behinderungsart noch eine oder mehrere andere Behinderungsarten auf.

Bei schwerbehinderten Frauen war der Anteil der Mehrfachbehinderungen mit 50,4 Prozent größer als bei schwerbehinderten Männern (45,1 Prozent).

Mehrfachbehinderungen kommen bei Personen im fortgeschrittenen Lebensalter häufiger vor als bei jüngeren Menschen. Die 65-Jährigen und älteren erreichten den höchsten Anteilswert mit 60,0 Prozent, darunter das weibliche Geschlecht sogar 63,1 Prozent.

Allgemeine Krankheit häufigste Ursache der Behinderung

82,5 Prozent aller Behinderungen wurden als Folge einer allgemeinen Krankheit einschließlich Impfschaden angegeben. Bei weiteren 8,1 Prozent der schwersten Behinderungen war die Ursache eine angeborene Behinderung. Die restlichen ca. 10 Prozent verteilen sich auf die sechs weiteren Ursachengruppen.

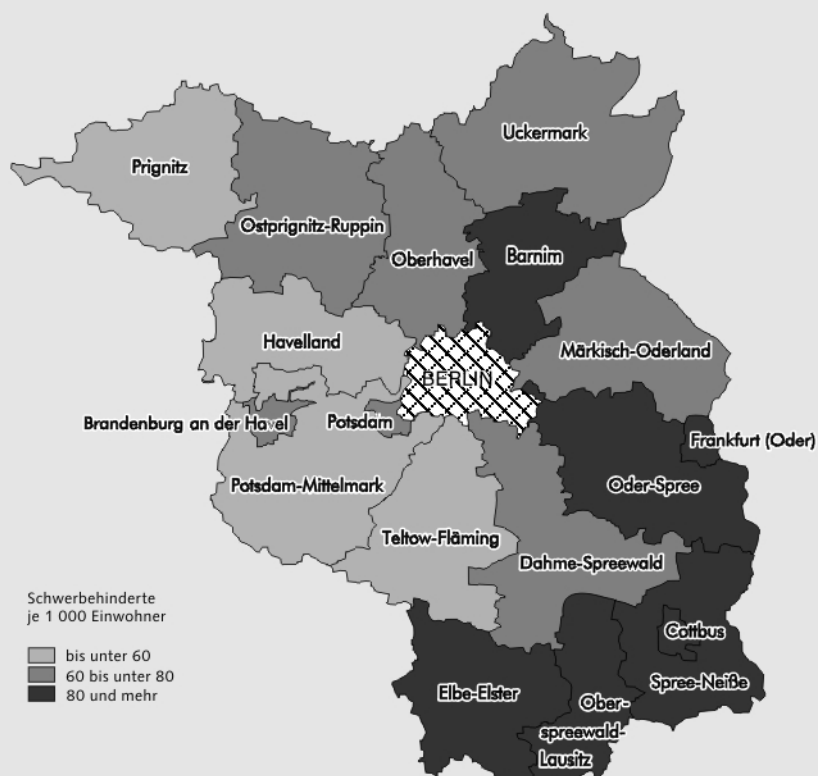
Bei den Ursachen der Behinderungen sind zwischen den Geschlechtern beachtliche Unterschiede zu erkennen. So führte eine Kriegsbeschädigung, ein Arbeits- oder Verkehrsunfall bei Männern eher zu einer Schwerbehinderung, dagegen litten Frauen häufiger aufgrund einer allgemeinen Krankheit an einer Behinderung.

Schwerbehinderte mit Mehrfachbehinderungen am 31. Dezember 2001 nach Altersgruppen und Geschlecht

Alter von ... bis unter ... Jahren	Schwerbehinderte insgesamt	darunter mit Mehrfachbehinderungen					
		zusammen		männlich		weiblich	
	Anzahl	Anzahl	Prozent ¹⁾	Anzahl	Prozent ¹⁾	Anzahl	Prozent ¹⁾
unter 6	674	78	11,6	43	11,3	35	11,9
6 – 15	3 275	624	19,1	367	18,7	257	19,5
15 – 25	6 572	1 344	20,5	775	20,3	569	20,7
25 – 35	7 160	1 351	18,9	736	18,4	615	19,5
35 – 45	16 310	4 187	25,7	2 111	25,0	2 076	26,4
45 – 55	23 459	8 732	37,2	4 493	37,5	4 239	37,0
55 – 65	44 915	22 443	50,0	11 656	49,1	10 787	51,0
65 und mehr	82 460	49 474	60,0	21 516	56,4	27 958	63,1
Insgesamt	184 825	88 233	47,7	41 697	45,1	46 536	50,4

1) bezogen auf die Zahl der Schwerbehinderten gleichen Alters und Geschlechts

Schwerbehinderte je 1 000 Einwohner am 31. Dezember 2001



Schwerbehinderte am 31. Dezember 2001
nach Ursache der schwersten Behinderung
und Geschlecht

Ursache der schwersten Behinderung	Insgesamt	männlich	weiblich
Angeborene Behinderung	15 022	8 185	6 837
Arbeitsunfall (einschl. Wege- und Betriebsunfall), Berufskrankheit	2 653	2 181	472
Verkehrsunfall	1 940	1 394	546
Häuslicher Unfall	465	290	175
Sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall	1 515	1 094	421
Anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung	2 901	2 711	190
Allgemeine Krankheit (einschl. Impfschaden)	152 471	72 471	80 000
Sonstige, mehrere oder ungenügend bezeichnete Ursachen	7 858	4 186	3 672
Insgesamt	184 825	92 512	92 313

Schwerbehinderte im regionalen Vergleich

Regional war die Schwerbehindertenrate sehr differenziert. Sie war im Landkreis Barnim mit 90 Schwerbehinderten je 1 000 Einwohner am höchsten. Überdurchschnittliche Werte ergaben sich auch in den kreisfreien Städten Cottbus (86) und Frankfurt (Oder) mit 85 sowie in den Landkreisen Elbe-Elster (82), Spree-Neiße (82) und mit 81 je 1 000 Einwohner in den Kreisen Oberspreewald-Lausitz und Oder-Spree. Die niedrigste Rate wurde mit 50 Schwerbehinderten je 1 000 Einwohner im Landkreis Potsdam-Mittelmark ermittelt.

Christel-Beate Seifert

„Statistik-Online“ – Datenerhebung via Internet –

Traditionell stand bis vor einigen Jahren der statistische Erhebungsprozess ganz im Zeichen der Verarbeitung gedruckter Erhebungsformulare. Aufwändige Verarbeitungsstufen bestimmten den nachfolgenden Arbeitsablauf in den Statistischen Ämtern.

Mit dem breiten Einzug der modernen Informations- und Kommunikationstechnik in alle Bereiche von Politik, Verwaltung und Wirtschaft ist auch die amtliche Statistik gehalten, den herkömmlichen Erhebungsmodi durch zeitgemäße Formen zu begegnen.

In der amtlichen Statistik wird der zukünftige Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik unter den Signum „E-Statistik 2005“ als Beitrag zur Initiative E-Government geleistet. Das Internet wird als Medium der Datengewinnung eingesetzt. Dabei gilt es die Automatisierung möglichst schon an der „Datenquelle“, also beim Auskunftsgibenden beginnen zu lassen. So führt der Einsatz der Internettechnologie auch bei den Auskunftsgibenden zu den geforderten Einsparungen und führt zu einer Minderbelastung

Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über den Einsatzstand und die Bedingungen bei den Online-Datenerhebungen für die amtliche Statistik im Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (LDS BB).

Vorbemerkungen

Das Internet hat grundlegende Veränderungsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft ausgelöst. Das Potential des Internet darf dabei nicht mit der wirtschaftlichen Entwicklung der „New Economy“ verglichen werden, die den übertriebenen Erwartungen an ihre Entwicklung nicht standhalten konnte.

Auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung steht das Thema Internet und Online-Anwendung auf der Agenda. Das Internet ist mittlerweile zu einem Standardmedium für den täglichen Informationsaustausch geworden.

Zielsetzung

Die Statistischen Ämter haben sich mit dem Projekt „E-Statistik 2005“ ehrgeizige Ziele für die Phasen der Datenerhebung, Datenaufbereitung und der Informationsverbreitung als Beitrag im Rahmen zu „E-Government-Initiativen“ der Regierung gestellt.

Das Internet hat sich in kurzer Zeit als das ideale Verbreitungsinstrument für die amtliche Statistik entwickelt.

Für viele Statistiken sind Datenerhebungen bei Bürgern und Unternehmen vorzunehmen. Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik arbeitet daran, diese Erhebungen Online auf elektronischem Wege durchzuführen. Durch den Einsatz der Internettechnologie wird damit den Wünschen der Unternehmen nach Entlastung entsprochen.

Mit dem Verbundverfahren „Statistik-Online“ wird nun auch das Internet als Medium für die Datenerhebung in der amtlichen Statistik eingesetzt.

Die Statistiker verfolgen damit zwei Ziele:

1. Entlastung der Auskunftspflichtigen und
2. durch medienbruchfreie Datenübermittlung eine schnellere und kostengünstigere Datenaufbereitung.

Insofern ist es nicht übertrieben, mit Einführung von „Statistik-Online“ von einem Wendepunkt bei den Internetanwendungen zu sprechen. So überzeugend die Idee der Nutzung des Internet für die Datengewinnung ist, bedeutet sie aber auch für bisher routinemäßige Arbeitsweisen der Statistiker eine Herausforderung für zeitgemäße Online-Datenerhebung. Bei den „eingefahrenen Verfahren“ überwog die Lieferung der Daten auf Papier per Post oder Fax, d. h. für den statistischen Erhebungsprozess erledigten die Unternehmen ihre Meldungen noch mit Papier und Bleistift.

Online-Meldeverfahren

Mit dem Einsatz von „Statistik-Online“ vollzieht sich ein deutlicher Umbruch auf dem Gebiet der Datenerhebung. Im Folgenden soll erläutert werden, was unter „Statistik-Online“ zu verstehen ist.

Der statistische Verbund, in dem alle 16 Statistischen Landesämter und das Statistische Bundesamt zusammenarbeiten, hat eine einheitliche technisch organisatorische Ver-

bundlösung für ein Interneterhebungsverfahren geschaffen.

Der LDS wird das Internet zukünftig als zusätzliches Instrument für Statistik-Erhebungen einsetzen.

Statistik-Online kann leicht über das Internetangebot des LDS aufgerufen werden. Über www.lids-bb.de erreichen Sie die Homepage des LDS BB. Mit einem Mausklick auf **Online-Erhebungen** gelangt der Anwender auf die Startseite von „Statistik-Online“.

Wer sich zunächst einmal über das Verfahren informieren möchte, kann sich als Gast anmelden und das eigentliche Verfahren aufrufen.

Seit Februar 2003 ist unter o. g. Adresse der Online-Zugriff mit Sichtweise auf die ersten geplanten Online-Erhebungen im Internet sichtbar. In der Test- und Einrichtungsphase kann es noch vorkommen, dass nicht alle Dokumente lesbar sind.

Der herkömmliche Erhebungsvordruck wird durch ein Formular auf dem PC-Bildschirm ersetzt. Dieser Internetfragebogen wird über das Internet vom Server des LDS BB bereitgestellt. Die Internetfragebögen sind einheitlich nach der sogenannten Reitertechnik in Form von Registerkarten gestaltet.

Bei den Erhebungsformularen mit horizontal angeordneten Registern kann das lästige und oft wenig übersichtliche Scrollen der Bildschirmhalte entfallen. Die Internetformulare verzichten auf grafischen Zierrat. Die Online-Fragebögen sind sehr kompakt und überschaubar gestaltet. Sie ermöglichen den Auskunftspflichtigen ein zügiges Arbeiten am PC.

Das Ausfüllen der Registerkarten für den statistischen Teil wird durch eine Reihe von Plausibilitätsprüfungen unterstützt. Der Bearbeiter wird durch die im Programm eingearbeitete Plausibilitätsprüfung sofort auf Fehleingaben, fehlende Angaben oder logische Unstimmigkeiten aufmerksam gemacht. Der Auskunftspflichtige kann direkt darauf reagieren und die ansprechenden Angaben korrigieren, bevor sie zum LDS BB geschickt werden. Dadurch lassen sich Rückfragen beim Unternehmen vermeiden.

Mit der Meldung kann das Unternehmen Adressänderungen, Bemerkungen oder wichtige Hinweise an den LDS BB übermitteln.

Es besteht die Möglichkeit, die Internetformulare bei einzelnen Statistiken mit Angaben vorzubelegen, z. B. die Wirtschaftszweignummer. Das bedeutet, dass der Bearbeiter nicht alles neu eingeben muss.

Das Unternehmen kann die Daten auf seinem eigenen PC archivieren und bei Bedarf wieder in das Formular laden. Der Anwender kann auch Daten aus dem eigenen Rechnungswesen über eine Schnittstelle in die Online-Fragebogen laden.

Die sonst zum Erhebungsvordruck gehörenden methodischen Hinweise, Rechtsgrundlagen, Erläuterungen und Unterrichtungen stehen selbstverständlich auch im Internet zur Verfügung.

Der LDS bereitet den produktiven Einsatz zunächst für den „Monatsbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes“, für die „monatliche Produktionserhebung“ und die „vierteljährliche Produktionserhebung“ vor. Weitere 6 Statistiken, u. a. die Monaterhebung im Tourismus werden in den nächsten Monaten dieses Jahres Online erfasst.

Die komfortable Möglichkeit der Datenübermittlung via Internet will der LDS BB schrittweise für alle geeigneten Statistiken nutzen.

Sicherheitsfragen

Für den Nutzer von Statistik-Online über Internet stellt sich unmittelbar die Frage: Wie sicher ist die Datenübermittlung? Der Datenschutz wird gewährleistet. Die Daten sind zu jedem Zeitpunkt sicher. Das technische Konzept sieht vor, dass die Unternehmen ab der Login Prozedur mit dem Server des LDS BB über eine HTTPS-Verbindung kommunizieren. Während der Datenübertragung werden die Daten mittels SSL-Verschlüsselung transportiert. Die Daten werden auf Servern und Datenbanken im LDS bearbeitet, die hinter mehreren Firewalls liegen.

Aktion - Unternehmensinformation

Der LDS führt zur Information eine Anschreibeaktion der Unternehmen und Betriebe durch, die in den ausgewählten Statistiken berichtspflichtig sind.

Hierbei erhalten die Nutzer von „Statistik-Online“ Informationen über die technischen Voraussetzungen/Bedingungen der benötigten Komponenten für die Nutzung des Angebotes in den Unternehmen sowie die Registrierungsformulare zunächst mit der normalen Briefpost. Später wird auch eine Online-Registrierung möglich sein.

Jeder Teilnehmer am Verfahren „Statistik-Online“ muss zunächst registriert werden. Damit kann der Anwender bei Anmeldung authentifiziert werden.

Technische Bedingungen beim Nutzer

Die technischen Nutzungsvoraussetzungen auf Seiten der Anwender sind niedrig gewählt. „Statistik-Online“ arbeitet ausschließlich auf der Basis des Internet.

Die Anwender benötigen daher lediglich zwei Komponenten für einen störungsfreien Betrieb:

- ☐ Zugang zum Internet sowie
- ☐ einen aktuellen Browser.

Es wird außerdem eine neuere Version des kostenlosen Acrobat-Reader empfohlen.

Als Browser werden zur Zeit unterstützt: MS Internet-Explorer ab Version 5.5, Service-Pack 2 oder Netscape Navigator ab Version 6.1.

Im Browser muss die Ausführung von Java Script zugelassen sein, um die Durchführung der Plausibilitätsprüfung zu gewährleisten.

Als zweckmäßige Bildschirmauflösung wird 1024 x 768 empfohlen.

Einführungsunterstützung

Der LDS BB unterstützt die Unternehmen bei der Einführung, sowohl bei technischen Problemen der Internettechnologie „Statistik-Online“ als auch bei deren Handhabung. Die Aufgaben der Registrierdatenbank im Anmeldeverfahren sind in einer Registrierstelle angesiedelt. Diese ist für die Vergabe, Versand und Verwaltung der User ID und des Passwortes verantwortlich.

Für sämtliche statistischen Belange sind weiterhin die bekannten Ansprechpartner aus den Statistikdezernaten zuständig.

Im Internet steht über einen Link auf der Start-Seite ein ausführliches Handbuch im pdf-Format zur Verfügung. Das Handbuch beschreibt die Funktionalitäten von „Statistik-Online“ und dient als Benutzeranleitung.

Fazit

Der Einsatz der Datenerhebung via Internet ist für den LDS BB selbst zugleich als Rationalisierungsmöglichkeit für die Verbesserung der internen Produktionsprozesse zu sehen. Hierfür ist die medienbruchfreie Statistik, also die Produktion statistischer Ergebnisse vom Auskunftspflichtigen bis hin zur Veröffentlichung auf elektronischem Wege ein wichtiger abzusichernder Teil der Daueraufgabe der amtlichen Statistik.

Ingo Koltzk

Eine Haushaltsprognose für das Land Brandenburg

– Stand der Vorbereitungen –

Die Bevölkerung eines Landes lebt überwiegend in einem Haushalt, in dem eine Personengemeinschaft zusammen wohnt und wirtschaftet. Unterschiedliche Personengruppen bilden verschiedene Haushaltsformen und verfolgen die unterschiedlichsten Ziele. Für wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Entscheidungen ist daher der Begriff Haushalt und vor allem die Anzahl der Haushalte eine wichtige Planungsgröße, um den tatsächlichen Lebensverhältnissen der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Im Rahmen einer Diplomarbeit, die im Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (LDS BB) betreut wurde, ist für den Zeitraum 2000 bis 2015 eine Untersuchung zur möglichen Haushaltsvorausberechnung für Brandenburg vorgenommen worden. Zugrunde gelegt wurde die Modellberechnung nach dem Haushaltsmitgliederquotenverfahren, die in Form eines Excel-Programms des Thüringer Landesamtes für Statistik modifiziert für Brandenburg angewendet wurde. Auf der Basis von amtlichen Mikrozensusdaten und der Bevölkerungsprognose für das Land Brandenburg werden erste Testberechnungen für das Wachstum bzw. die Verringerung der einzelnen Haushaltsformen bis zum Jahr 2015 vorgestellt.

Vorbemerkungen

Unter dem Begriff „Haushalt“ werden je nach dem sachlichen Bezug verschiedene Inhalte verstanden. Im wirtschaftlichen Bereich versteht man eine finanzielle Ausgaben-Einnahmensituation darunter. Bei der Energieversorgung ist es eine Abrechnungseinheit. Der statistische Haushalt ist dagegen eine kleine Wirtschaftseinheit. Die Haushaltsdefinition (Privathaushalt) lautet: Zusammenwohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften. Zum Haushalt können verwandte und familienfremde Personen gehören (z. B. Haushaltspersonal). Anstalten gelten nicht als Haushalte, können aber Privathaushalte beherbergen (z. B. Haushalt des Anstaltsleiters). Haushalte mit mehreren Wohnungen werden u. U. statistisch mehrfach gezählt.¹⁾

Der wichtigste Rahmen für den Haushalt ist die Familie, die Form des Zusammenlebens meist verschiedener Generationen. Familien bestehen aus Ehepaaren, bzw. allein erziehenden Vätern und Müttern, die gemeinsam mit ihren ledigen Kindern zusammenleben (Zweigerationsfamilie).

In einem Privathaushalt können mehrere Familien leben. In ihm werden wichtige private Fragen, mit hoher volks-

wirtschaftlicher Bedeutung geplant, entschieden und gemeinsam wahrgenommen, z. B. die Anzahl der Kinder, die Schulbildung, die eigene Qualifizierung, Einkommens- und Vermögensgestaltung, große Investitionen (Hausbau, Miete, Konsumgüter), der Arbeits- und Wohnort, das Freizeitverhalten (Sport, Kultur, Reisen) u. a. Es bestehen dabei regionale Unterschiede und Besonderheiten.

Die Entwicklung der Haushalte ist deshalb nicht nur statistisch von hohem Interesse.

Haushaltsprognosen nach zwei Modellen

Grundsätzlich lassen sich zwei unterschiedliche Herangehensweisen an die Modellbildung zu einer Haushaltsprognose unterscheiden. Man kann versuchen die demografischen und sozialen Prozesse in einem Quoten- oder in einem Übergangsverfahren darzustellen. Für beide Ansätze waren im Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg Kenntnisse verfügbar. Für das Übergangsverfahren war es Dr. Gert Hullen vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, der das international angewendete Programm ProFamy für seine Analysen nutzte. Zum Quotenverfahren stand ein Excel-Tabellenmodell des Thüringer Landesamtes für Statistik (TLS) zur Verfügung²⁾, dem das Haushaltsmitgliederquotenverfahren zugrunde liegt.

1) Statistisches Jahrbuch 1990 für die Bundesrepublik Deutschland, S. 41

2) Silke Scholz, Entwicklung der Privathaushalte bis 2020 – Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung für Thüringen, Statistische Monatshefte Thüringen, Thüringer Landesamt für Statistik (2001) 3, S. 33

ProFamy

Das Programm ProFamy ist besonders für die Prognose der Haushalteentwicklung in der Welt entwickelt worden. In ihm werden endogene (Eheschließung, Trennung, Partnerschaft, Geburt, Verlassen des Haushaltes u.a.) und exogene (Zuwanderung, Abwanderung, Tod u. a.) Faktoren der Berechnung zu Grunde gelegt.

Die Ausgangswerte basieren für eine brandenburgische Modellberechnung auf den Informationen des Mikrozensus, die programmspezifisch angepasst werden müssen. Es sind:

- ☐ Beziehung zur Bezugsperson (Kind, Eltern, andere Verwandtschaft, Ehepartner, Enkel, Großeltern, nicht verwandt)
- ☐ Alter (Anzahl der Jahre)
- ☐ Geschlecht (weiblich, männlich)
- ☐ Ehestand
- ☐ Anzahl der Geburten (optional)
- ☐ Haushaltstyp (privat oder kollektiv)
- ☐ Wohnsitz (Stadt oder Land)
- ☐ laufende Haushaltsnummer

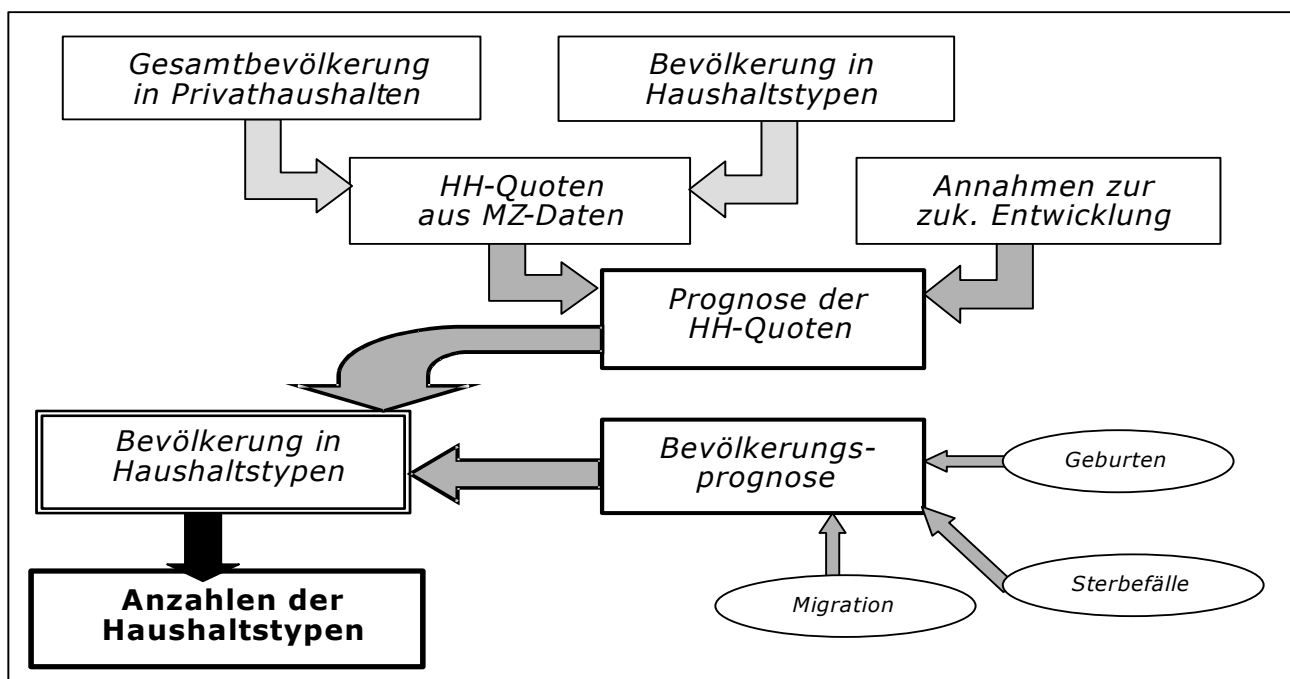
Des Weiteren werden umfangreiche Daten für die Ausgangswerte benötigt. Es handelt sich um 12 Datensätze mit Einzelangaben für jedes Alter von minimal 0 bis maximal 99 Jahren. Zusätzlich ist eine Projektion dieser demografischen Parameter in die Zukunft vorzugeben. Das sind 16 Variable, wie z. B. Lebenserwartung, Alter der ersten Eheschließung und Fruchtbarkeitsrate, Anteil der Wieder-verheiratung nach Verwitwung, Verhältnis der Geschlechter bei der Geburt u. a. Teilweise besteht die Möglichkeit standardisierte Ansätze (chinesisch oder amerikanisch, teilweise auch weiterer Länder) zu wählen.

Die Berechnung der Haushaltsprognose erfolgt dann über ein sehr komplexes nichtlineares Modell. Eine Bevölkerungsprognose ist integriert.

Haushaltsmitgliederquotenverfahren

Das Haushaltsmitgliederquotenverfahren basiert im Wesentlichen auf einer Verteilungsprognose, bei der die prognostizierte Bevölkerung in Privathaushalten entsprechend der Haushaltsmitgliederquote den verschiedenen Haushaltsgrößen zugeordnet wird. Neben der Annahme einer zukünftigen Entwicklung der Haushaltsmitgliederquoten ist eine Vorausberechnung des Bevölkerungsstandes nach Alter und Geschlecht erforderlich. Die Berechnung basiert ebenfalls auf den Daten des Mikrozensus und einer vorhandenen Bevölkerungsprognose.

Datenfluss beim Haushaltsmitgliederquotenverfahren



Mit den beiden Programmen wurden im Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg Testberechnungen durchgeführt. Aufgrund des Vergleiches entschied man sich im Weiteren vorerst für die Nutzung des Thüringer Programms.

Beschreibung des Thüringer Rechenprogramms

Das verwendete Thüringer Excel-Programm ist anwenderfreundlich. Es müssen lediglich die Bevölkerungsprognose, die aufbereiteten Mikrozensusdaten und die Annahmen zur zukünftigen Entwicklung in die dafür vorgesehenen und farblich markierten Stellen der Tabellenblätter eingesetzt werden. Die unterschiedlichen Blätter sind verknüpft und das Ergebnis wird in übersichtlicher Form ausgegeben.

Alle eingetragenen Daten und Berechnungen sind nach Altersklassen getrennt. Sie umfassen jeweils fünf Jahre, die letzte Klasse wurde auf „85 Jahre und älter“ festgelegt. Die Berechnungen werden übersichtlich getrennt nach Geschlecht und Haushaltsgrößen durchgeführt.

Folgende einzelne Schritte sind erforderlich:

- ❑ Im ersten Schritt wird die prognostizierte Bevölkerung in den Privathaushalten berechnet. Die Grundlage hierfür bilden einerseits die Bevölkerungsprognose sowie andererseits das Verhältnis, in dem die Bevölkerung in Privathaushalten zur Gesamtbevölkerung steht. Dieser Verhältnisfaktor wird als Durchschnitt aus den Daten des Mikrozensus der letzten drei Jahre gebildet und dann mit der Bevölkerungsprognose multipliziert.
- ❑ Als Nächstes werden die Start- und Zielwerte für die Prognose festgelegt. Dazu müssen die Haushaltsmitgliederquoten für das erste und letzte Jahr im Prognosezeitraum bestimmt werden. Der Startwert ist der Mittelwert der Haushaltsmitgliederquoten der letzten drei Jahre. Diese Quoten sind zuvor aus den Mikrozensusdaten berechnet. Der Zielwert entspricht dem Startwert, multipliziert mit einem Faktor, der die angenommene Entwicklung widerspiegelt. Die Art und Weise der Ermittlung des wichtigen Parameters – Zielwert – ist im nächsten Abschnitt beschrieben. Zwischen dem Start- und dem Zielwert sind die einzelnen Quoten linear verteilt.
- ❑ Nun wird aus der prognostizierten Bevölkerung in Privathaushalten und den soeben ermittelten zukünftigen Haushaltsmitgliederquoten die Bevölkerung in den unterschiedlichen Haushaltsgrößen im Prognosezeitraum errechnet. Das geschieht durch Multiplikation der Bevölkerungszahlen mit den Quoten.

Bis an diese Stelle fanden alle Berechnungen getrennt nach Geschlecht und Altersgruppen statt. Um die Gesamtbevölkerungszahl eines Haushaltstyps zu erhalten, werden nun die Personen nach Geschlecht und Alter summiert. Diese Summe muss durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder geteilt werden, damit man die Anzahl der einzelnen Haushalte verschiedener Größe erhält. Bei Haushalten mit fünf und mehr Personen sind einheitlich 5,1 Personen pro Haushalt gesetzt.

Annahmen für Thüringen

Im Thüringer Programm sind Annahmen zur weiteren Entwicklung der unterschiedlichen Haushaltsgrößen von 1999 bis 2020 vorhanden. Diese wurden jedoch für Thüringen erstellt und es ist nicht bekannt, in wie weit sie auch für das Land Brandenburg gelten können.

Eine Experten-Schätzung auf der Grundlage eigener Berechnungen lieferte in Thüringen Anhaltspunkte über die zukünftige Verteilung der unterschiedlichen Haushaltsgrößen. Es wurde angenommen:

- ❑ Unter der männlichen Bevölkerung wird der Anteil der Einpersonenhaushalte im Prognosezeitraum um 7,5 Prozent ansteigen.
- ❑ Bei den weiblichen Personen wird der Anteil dieser Haushaltsgröße innerhalb des Zeitraumes sogar um 10 Prozent steigen.
- ❑ Die Anteile der Zwei- und Dreipersonenhaushalte werden bei beiden Geschlechtern konstant bleiben.
- ❑ Unter der männlichen Bevölkerung wird der Anteil der Haushalte mit vier und mehr Personen im Prognosezeitraum um 3 Prozent abnehmen.
- ❑ Der Anteil der Haushalte mit vier und mehr Personen wird unter der weiblichen Bevölkerung um 4 Prozent sinken.

Annahmenfindung für Brandenburg

Diese Annahmen wurden für Brandenburg mit Hilfe einer Regressionsanalyse der zurückliegenden Haushaltsmitgliederquoten überprüft. Dazu wurden zuerst aus den vorliegenden Mikrozensusdaten der Jahre 1993 bis 2001 des Landes Brandenburg die Haushaltsmitgliederquoten gebildet. Bei ersten Proberechnungen musste festgestellt werden, dass dies nicht für alle Altersklassen einzeln erfolgen kann, weil große Schwankungen innerhalb der Einzelergebnisse auftreten. Des Weiteren waren die Resultate aufgrund der teilweise sehr geringen Besetzung einzelner

Altersklassen wenig aussagekräftig. Deshalb wurde die Summe über alle Altersklassen gebildet. Es waren am Ende somit nur noch zehn Datenreihen, welche die Personenanzahl in den vergangenen Jahren enthielten, vorhanden; jeweils für beide Geschlechter und die fünf Haushaltstypen.

Die Haushaltsmitgliederquote für jedes Jahr wird als Quotient aus der Bevölkerung eines Geschlechts je Haushaltstyp und der Bevölkerung in allen Privathaushalten des selben Geschlechts gebildet. Die Haushaltsmitgliederquote für männliche Personen, die in Zweipersonenhaushalten leben, lautet beispielsweise:

$$hmq_{m2} = \frac{\text{männliche Personen in Zweipersonenhaushalten}}{\text{männliche Personen in Privathaushalten}}$$

Diese Quoten sind für alle vorhandenen Jahre, beide Geschlechter und die fünf Haushaltstypen berechnet worden. Anschließend wurde für jede der zehn Datenreihen eine Regressionsanalyse über die Haushaltsmitgliederquoten der Jahre 1993 bis 2001 durchgeführt.

Der Anstieg der Regressionsgeraden liefert den gewünschten Faktor für die Entwicklung der jeweiligen Haushaltsmitgliederquoten. Jede Steigung muss auf den Gesamtanstieg im Prognosezeitraum umgerechnet, d. h. linear extrapoliert, werden. Dieser Wert kann dann indirekt als Faktor in das Excel-Programm eingesetzt werden.

Der Gesamtanstieg im Prognosezeitraum in Prozent berechnet sich vereinfacht, indem die Regressionssteigung mit der Anzahl der Prognosejahre multipliziert wird. Beträgt der Prognosezeitraum 16 Jahre, wie im Berechnungsbeispiel von 2000 bis 2015 und die Steigung der Regressionsgeraden beispielsweise 0,523, so ergibt sich für das Gesamtwachstum ein Prozentsatz von 8,220. Das heißt: geht man in der Zukunft von dem selben Verhalten der Haushaltsmitgliederquoten aus, wie in der Vergangenheit, so würden die Quoten innerhalb des Prognosezeitraumes um 8,2 Prozent steigen. Nun ist natürlich nicht sicher, dass der Anstieg innerhalb des gesamten Prognosezeitraums konstant bleiben wird. Es ist deshalb nicht sinnvoll, die Ergebnisse der Regressionsanalyse unbesehen in die Vorausberechnung einzusetzen. Zweckmäßigerweise wurden die berechneten Wachstumsprognosen mit den Annahmen des TLS verglichen, um aus beiden Ergebnissen eventuell eine neue Annahme ableiten zu können.

Zwischen den Thüringer Annahmen und den Brandenburger Regressionsergebnissen liegen zum Teil recht gute Übereinstimmungen vor, es gibt aber auch Divergenzen. Bei männlichen Personen in Brandenburg wächst der An-

teil der Einpersonenhaushalte schneller als bei den weiblichen, obwohl in Thüringen das Gegenteil festgestellt wurde. Die Vierpersonenhaushalte nehmen nach der Regression wesentlich schneller als in Thüringen ab. Damit wird zwar der Tendenz der Regressionsergebnisse entsprochen, es wurde aber unter Beachtung der anderen Haushalte ein betragsmäßig kleinerer Wert gewählt.

Wachstumsrate der Haushalte von 2000 bis 2015 nach Geschlecht

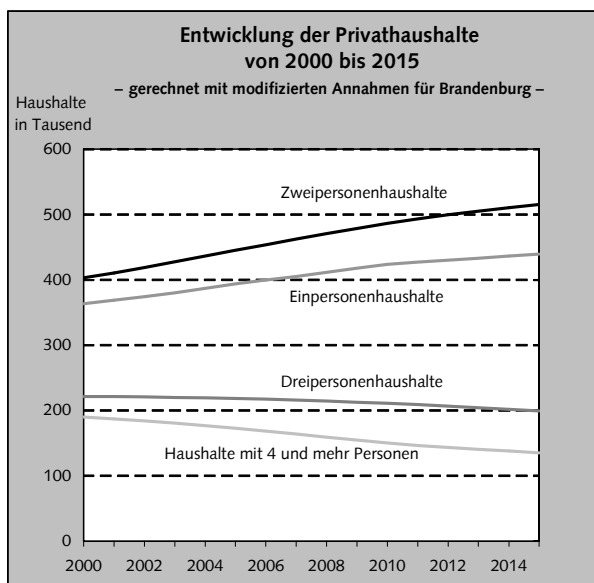
Haushalt	Geschlecht	Regression	Thüringen	Brandenburg
		Prozent		
Einpersonenhaushalte	männlich	8,220	6,0	7,5
	weiblich	3,678	8,0	5,0
Zweipersonenhaushalte	männlich	10,729	0,0	7,5
	weiblich	12,324	0,0	10,0
Dreipersonenhaushalte	männlich	2,952	0,0	0,0
	weiblich	3,760	0,0	0,0
Vierpersonenhaushalte	männlich	- 16,572	- 2,4	- 12,5
	weiblich	- 15,670	- 3,2	- 12,5
Fünfpersonenhaushalte	männlich	- 5,800	- 2,4	- 4,0
	weiblich	- 4,440	- 3,2	- 4,0

Natürlich liegt ein gewisser Ermessensspielraum diesen Annahmen zugrunde. Die Durchführenden müssen die Entscheidung, welche modifizierten Werte nun tatsächlich verwendet werden, auch unter Beachtung der Unsicherheiten gut überlegen.

Ist die Wachstumsrate festgelegt, wird diese verwendet, um im Excel-Programm den Zielwert für das letzte Prognosejahr zu berechnen. Dieser Zielwert ist gleich dem Startwert, welcher der Mittelwert der Haushaltsmitgliederquoten der letzten drei Jahre ist, multipliziert mit dem entsprechenden Faktor. Wird beispielsweise ein Wachstum der Quoten von 7,5 Prozent angenommen, so muss der Startwert mit einem Faktor von $1 + (7,5/100) = 1,075$ multipliziert werden, um den Zielwert zu erhalten. Bei einer angenommenen Verringerung um 10 Prozent müsste der Faktor dann $1 - (10/100) = 0,9$ lauten.

Die Haushaltsmitgliederquoten eines Geschlechts und Alters müssen sich logischerweise in den einzelnen prognostizierten Jahren immer genau zu Eins (100 Prozent) ergänzen. Das kann sich aber aufgrund der verwendeten Algorithmen und der getroffenen Annahmen nur zufällig ergeben.

Deshalb muss an dieser Stelle nochmals eine Feinkorrektur der Startwerte und der Wachstumsrate erfolgen, um diese Bedingung möglichst genau zu erfüllen.



Ergebnisse

Die durchgeführte Beispielvorausberechnung für den Zeitraum 2000 – 2015 für das Land Brandenburg zeigt, welche Unterschiede sich durch die unterschiedlichen Faktoren ergeben können. Die Thüringer und Brandenburger Annahmen sind in den Grafiken jeweils für das Land Brandenburg gegenübergestellt.

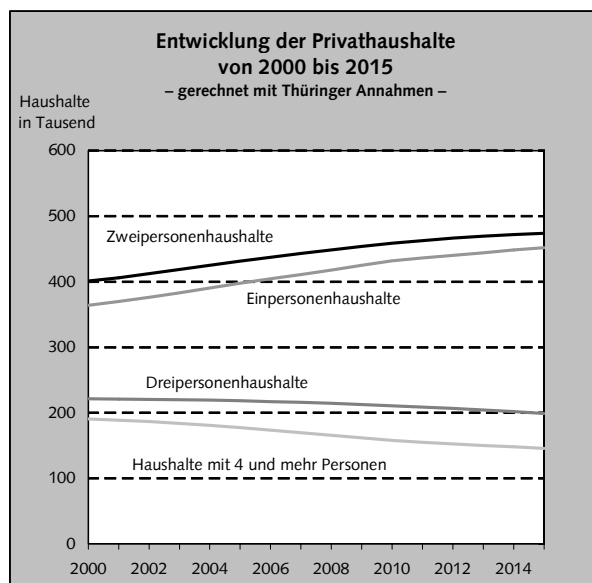
In den beiden Darstellungen erkennt man sehr deutlich, dass in Bezug auf das Wachstum der Ein- und Zweipersonenhaushalte die größten Differenzen vorliegen. Insgesamt steigt die Anzahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte. Nach der Thüringer Vorausberechnung wächst die Zahl der Einpersonenhaushalte schneller als die der Zweipersonenhaushalte, in der Brandenburger Prognose ist es umgekehrt. Die Zahl der Haushalte mit drei und mehr Personen ist in beiden Ländern im Abnehmen begriffen.

Durch die deutliche Tendenz zu kleineren Haushalten wird sich die Haushaltezahl in Brandenburg und Thüringen erhöhen.

Regionale Haushaltsprognosen

Eine Haushaltsvorausberechnung ist natürlich nicht nur für das gesamte Land, sondern auch für die einzelnen Planungsregionen oder Landkreise interessant. Besonders die unterschiedlichen Entwicklungen im engeren Verflechtungsraum und im äußeren Entwicklungsraum sind in Brandenburg von großem Interesse und auch sehr unterschiedlich zu bewerten.

Die in das Thüringer Programm eingegebenen Mikrozensusdaten und die Bevölkerungsprognose einer bestimmten Region ermöglichen ebenso die Haushaltsvorausberechnung



für diese Region, da alle Berechnungen, Annahmen etc. darauf aufbauen.

Es ist wahrscheinlich, dass beispielsweise im engeren Verflechtungsraum und im äußeren Entwicklungsraum ein unterschiedlich starkes Wachstum der einzelnen Haushaltsgrößen stattfinden wird und somit auch unterschiedliche Annahmen den Sachverhalt besser beschreiben würden. Deshalb sollten eventuell zu den verschiedenen regionalen Gliederungen noch weitere vergleichende Untersuchungen durchgeführt werden.

Abschlussbemerkungen

Da die Haushaltsvorausberechnung auf einer weiteren Vorausberechnung, nämlich der Bevölkerungsprognose, aufbaut, gestatten die gewonnenen Ergebnisse nur tendenziell Aufschluss über die Haushalteentwicklung. Deshalb ist es vorteilhaft - etwa alle zwei Jahre - mit jeder neuen Bevölkerungsprognose auch eine neue Haushaltsvorausberechnung zu erstellen. Dabei muss jedoch überprüft werden, in wieweit die getroffenen Annahmen mit der Realität übereingestimmt haben. Die Haushaltsprognose könnte somit alle zwei Jahre mit den aktuellen Mikrozensusdaten und der Bevölkerungsprognose aktualisiert werden – also gleitend der realen Entwicklung nachgeführt werden.

Mit dem Vorliegen der aktualisierten Bevölkerungsprognose Brandenburgs (2001 bis 2020) wird erstmalig unter Zugrundelegung der ermittelten Wachstumsraten und der aktuellen Mikrozensus-Haushaltsgrößen auch eine Haushaltsprognose für Brandenburg, die fünf einzelnen Planungsregionen und für den engeren Verflechtungs- und äußeren Entwicklungsraum erstellt werden können. Das wird etwa im vierten Quartal 2003 der Fall sein.

Gitte Kröger, Dr. Jürgen Hübner



Daten + Analysen

Jahres-Inhaltsverzeichnis 2002

	Heft	Seite
Allgemeine Fragen der Statistik		
Die zentrale Ausbildung des e vor dem Government	I	14
Neue Wege bei der Erhebung, Aufbereitung und Auswertung statistischer Daten - Neue Medien-neue Technologien -	I	17
Haupttendenzen der Wirtschafts- und Sozialentwicklung Brandenburgs 2001	I	49
Der LDS als Landesbetrieb bringt Vorteile	II	10
Registergestützter Zensus – Was ist bisher passiert und wie geht es weiter?	III	13
Bevölkerung		
10 Jahre Haushaltsbefragungen in Brandenburg- Ergebnisse des Mikrozensus 1991-2000	I	25
Entwicklung Brandenburger Haushalte 1991 bis 2000 sowie die Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung	I	41
Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg 2001	III	23
Bevölkerungswachstum 2002 in der Europäischen Union	IV	10
Arbeitskosten		
Entwicklung der Struktur der Arbeitnehmerentgelte	II	22
Arbeitskosten 2000 im Produzierenden Gewerbe	III	36
Arbeitskosten 2000 in ausgewählten Dienstleistungsbereichen	IV	36
Produzierendes Gewerbe und Bautätigkeit		
Entwicklungen im Brandenburger Ausbaugewerbe 1996 bis 2000	I	33
Die Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Land Brandenburg von 1995 bis 2001	II	18
Beschäftigungsdynamik in der Brandenburger Industrie Eine Analyse unter Berücksichtigung der Betriebsgröße	II	27
Die chemische Industrie in Brandenburg von 1995 bis 2001	III	40
Bildung und Kultur		
Schüler und Lehrkräfte an allgemein bildenden Schulen Schuljahr 2001/2002	I	22
Umstellung der Schuldatenerhebung in Brandenburg	II	14
Abschlussprüfungen an Hochschulen und externen Prüfungsämtern im Land Brandenburg	III	28

Dienstleistungen

Dienstleistungsstatistik 2000 – Erste Ergebnisse	III	19
Konjunkturstatistik in ausgewählten Dienstleistungsbereichen	IV	40

Energieverbrauch

Die Entwicklung des Energieverbrauchs im Land Brandenburg bis 2000	II	12
--	----	----

Erwerbstätigkeit

Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Brandenburg 1993 bis 2001	IV	42
---	----	----

Land- und Forstwirtschaft

Milcherzeugung und Milchverwendung 2001	I	20
Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Brandenburg	IV	20

Sozialleistungen

Leistungen der sozialen Pflegeversicherung	IV	27
--	----	----

Öffentliche Finanzen und Steuern

Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik	III	10
Hochschulfinanzen im Jahr 2000	III	12

Umwelt

Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen	IV	32
---	----	----

Wahlen

Bürgermeisterwahlen 2001/2003	I	38
Bundestagswahl am 22. September 2002 im Land Brandenburg	IV	12

Herausgeber:

Landesbetrieb für Datenverarbeitung
und Statistik
Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam
Dortustraße 46, 14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418
Internet: www.lids-bb.de
E-Mail: Info@lds.brandenburg.de

ISSN 1617 - 280

Veröffentlichungen des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik (Land Brandenburg) im März 2003

Veröffentlichungen können beim Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg - Dezernat Informationsmanagement - Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam (Dortustraße 46), Fax: 0331 39-418, E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de bezogen werden.

Veröffentlichungen auf elektronischen Datenträgern sind rechts neben dem Verkaufspreis gekennzeichnet (📀 - Disketten, ☉ - CD-ROM).

Kennziffer	Titel	Preis in EUR
A I 1 - m 11/02	Bevölkerungsstand, November 2002	1,25
A II 1 - m 11/02	Eheschließungen Geborene und Gestorbene, November 2002	1,25
A II 2 - j/02	Gerichtliche Ehelösungen 2002	2,50
A III 1 - m 11/02	Wanderungen, November 2002	1,25
A IV 9 - j/01	Stationäre Behandlung in Krankenhäusern 2001	5,00
C III 3 - m 12/02	Milcherzeugung und Milchverwendung, Dezember 2002	1,50
D III 1 - vj 3/02	Insolvenzen 01.01. - 31.09.2002	2,50
E I 1; 3 - j/02	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden - Betriebsergebnisse und Auftragseingangsindex, 2002	4,25
E I 1; 3 - m 01/03	- Betriebsergebnisse und Auftragseingangsindex, Januar 2003	3,75
E I 2 - m 01/03	- Produktionsindex, Januar 2003	2,00
E I 5 - j/02	- Produktion ausgewählter Erzeugnisse	2,50
E II 1 - m 01/03	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe) - Januar 2003	2,50
E III 1 - vj 4/02	Bauinstallation und Sonstiges Baugewerbe (Ausbaugewerbe) 4. Vierteljahr und Jahr 2002	2,25
E V 1 - hj 2/02	Handwerk 2. Halbjahr 2002	2,50
F II 1; 2 - m 12/02	Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, Dezember 2002	2,50
G III 1; 3 - m 11/02	Aus- und Einfuhr , November 2002, Vorläufige Ergebnisse	2,75
G VI 1 - m 01/03	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr, Januar 2003	3,00
H I 1 - m 01/03	Straßenverkehrsunfälle Januar 2003 - Vorläufige Ergebnisse, Januar 2003	1,25
H I 1 - m 01/03	- Endgültiges Ergebnis, Januar 2003	2,75
H I 4 - vj 4/02	Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen 4. Vierteljahr 2002	2,00
H II 1 - m 02/03	Binnenschifffahrt, Februar 2003	2,50
K VII 1 - j/01	Wohngeld und Wohngeldhaushalte 2001	2,50
M I 2 - m 03/03	Verbraucherpreisindex, März 2003	3,00
Verzeichnis	Amtliche Schlüsselnummern der Gemeinden Stand: 31.12.2002	5,75
		20,75 📀

Ausgewählte bereits erschienene Hefte der Reihe „Daten + Analysen“					
Heft	Themen-/ Querschnittshefte	Preis	Heft	Themen-/ Querschnittshefte	Preis
4/1998	Kinder in Brandenburg	3,50 EUR	2/2001	Ältere Menschen	3,50 EUR
3/1999	Regionen im Vergleich	6,00 EUR	1/2002	Statistischer Jahresbericht 2001	6,50 EUR
5/2000	Industrieinvestitionen 1995 - 1998		2/2002	Der Brandenburger Außenhandel 1991 – 2000	3,00 EUR
	Landtagswahl 1999		I/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
	Tourismus 1999		II/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
	Region Havelland-Fläming	5,25 EUR	III/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
6/2000	Mikrozensus 1999		IV/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
	Insolvenzgeschehen		1/2003	Statistischer Jahresbericht 2002	5,25 EUR
	Handwerk				
	Umweltschutzinvestitionen	4,50 EUR			
7/2000	Baugenehmigungsgeschehen im Bevölkerungszusammenhang				
	Sozialhilfeleistungen 1994-1999				
	Landwirtschaftszählung 1999				
	Strafvollzug				
	Sozialer Wohnungsbau 1999	4,75 EUR			

Statistisches Jahrbuch 2002



Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik hat das Statistische Jahrbuch 2002 für das Land Brandenburg herausgegeben. Mit diesem Nachschlagewerk erhält der Leser auf über 600 Seiten einen Informationsquerschnitt über alle Lebensbereiche von A wie Ausbildung bis Z wie Zulassung von Kraftfahrzeugen.

Das Statistische Jahrbuch gehört zu den bekanntesten und am meisten gefragten Veröffentlichungen des LDS. Der Nutzer findet statistische Angaben zu fast allen Lebensbereichen des Landes Brandenburg sowie ausgewählte, vergleichende Daten zu anderen Bundesländern und Deutschland.

Das Jahrbuch ist auch auf CD erhältlich.

Das **Buch** (ISBN 3-931767-11-6) und die **CD** (ISBN 3-931767-12-4) kosten jeweils 20,00 EUR.

Buch und CD zusammen (ISBN 3-931767-13-2) haben den Vorteilspreis von 30,00 EUR.

Bestellungen bitte an den



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52
14410 Potsdam



0331 39-418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
Internet: www.lds-bb.de